

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit Zukunft sichern, Europa stärken

**Leitantrag des SPD-Parteivorstandes
zum außerordentlichen Bundesparteitag am 25. Juni 2017**

Es ist Zeit für...

mehr Gerechtigkeit!.....	3
mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege	5
moderne Ausbildung und sichere Arbeit	10
eine starke Wirtschaft und Innovationen.....	19
einen starken Sozialstaat.....	27
gerechte Steuern und Abgaben	30
ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land	32
eine gesunde und saubere Zukunft	37
mehr Sicherheit im Alltag.....	42
eine geordnete Migrationspolitik.....	46
eine offene und moderne Gesellschaft.....	49
ein besseres Europa – sozialer und demokratischer	60
mehr Frieden und Stabilität in der Welt	65

1 **Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!**

2 2017 ist ein entscheidendes Jahr. Die SPD tritt an, um mit Martin Schulz als Bundeskanzler die
3 Weichen für die Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen. Die Wahlen in diesem Jahr sind
4 grundsätzliche Entscheidungen darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Werte, die als
5 selbstverständlich galten, stehen auf dem Spiel.

6 Für diese Werte kämpfen wir, wie wir es in unserer langen Geschichte immer getan haben. Für eine
7 Gesellschaft, die jedem Menschen respektvoll begegnet. Unabhängig von Geschlecht, Herkunft,
8 sexueller Identität, Religion. Unabhängig davon, ob jemand eine Behinderung hat, krank oder
9 pflegebedürftig ist. Unabhängig von Beschäftigung und Lebensgrundlage.

10 Wir kämpfen für die Freiheit, seine Meinung sagen und veröffentlichen zu können. Für eine freie
11 Presse und eine unabhängige Justiz. Wenn wir uns umschaun in Europa und der Welt, sehen wir
12 diese Werte in Gefahr. Für diese Werte einzustehen, war der Ursprung der Sozialdemokratie. Dafür
13 stehen wir – damals wie heute.

14 Unser Land ist heute demokratischer, offener, moderner, und freier als jemals zuvor. Hier leben
15 engagierte Menschen in ihren Familien, mit Freunden und Nachbarn. Hier arbeiten motivierte
16 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ebenso wie selbstbewusste Gewerkschaften und erfolgreiche
17 Unternehmen in einer starken sozialen Marktwirtschaft zusammen. Wir sind stolz auf unseren
18 demokratischen Rechtsstaat, der weltweit seinesgleichen sucht. Unser kulturelles Leben ist
19 einzigartig. Ebenso wie unsere Zivilgesellschaft mit ihren vielen unterschiedlichen Vereinen,
20 Verbänden und Initiativen, den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, in
21 denen sich Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren.

22 Viele sagen, dass es ihnen eigentlich gut geht. Aber sie spüren auch, dass es in unserer Gesellschaft
23 nicht überall gerecht zugeht. Sie berichten von ihren Schwierigkeiten, den Hoffnungen ihrer Eltern
24 und Zielen ihrer Kinder. Alle eint der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die zusammenhält.
25 Es ist der Wunsch nach einem Land, in dem wir füreinander da sind und uns gegenseitig mit Respekt
26 begegnen. Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unsere
27 Demokratie. Dazu gehört, dass in unserem Land der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder stärker
28 wird und der anständige Umgang untereinander nicht durch die politische Radikalisierung verloren
29 geht. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben können.

30 **Gerechtigkeit** ist *die* zentrale Voraussetzung für **Zusammenhalt** und **Wohlstand**. Wir werden
31 Einkommen und Chancen gerechter gestalten. Gesellschaften, die zusammenhalten und sozial
32 gerecht sind, können Probleme besser meistern. Gerechte Gesellschaften sind wirtschaftlich
33 erfolgreicher und innovativer. In gerechteren Gesellschaften sind die Menschen zufriedener und das
34 gegenseitige Vertrauen ist stärker. Gerechtigkeit macht unser Land in vielerlei Hinsicht reicher.

35 Wenn wir für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen, dann zahlt sich das für den
36 Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Für den weltweiten Handel und die Digitalisierung unserer
37 Wirtschaft brauchen wir gerechte Rahmenbedingungen und modernste Infrastruktur. Unser Ziel ist
38 es, die Chancen, die sich aus der Digitalisierung und der weltweiten Vernetzung ergeben, zu nutzen.
39 Wirtschaftliche Kraft, Innovationsfreude, technologischer Fortschritt und Nachhaltigkeit sind die
40 Grundlagen für die Zukunft Deutschlands und Europas. Die SPD ist Partnerin der Gewerkschaften,
41 der Wirtschaft und der Wissenschaft – denn wirtschaftliche Stärke ist der gemeinsame Erfolg vieler.
42 Wir wollen eine Gesellschaft der Kultur und Kunst, die unser Leben in vielerlei Hinsicht bereichert
43 und das Nachdenken über uns selbst befördert.

44 Internationale Krisen und Zuwanderung stellen Deutschland und Europa vor neue
45 Herausforderungen. Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie, die **Zusammenhalt**
46 **und Solidarität** fördert, Regeln durchsetzt und damit Sicherheit gewährleistet. Ein friedliches

1 Zusammenleben funktioniert nur mit der Anerkennung von Werten und Regeln, die für alle
 2 gleichermaßen gelten. Das trifft für Deutschland ebenso zu wie für Europa.

3 Die SPD steht wie keine andere Partei für die europäische Idee. Diese Idee eines geeinten Europas ist
 4 für mehr als 500 Millionen Menschen das Versprechen auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit
 5 und Wohlstand. Uns geht es um ein wirtschaftlich dynamisches, demokratischeres und **sozialeres**
 6 **Europa**, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, Verständigung schafft und Zusammenhalt
 7 stiftet.

8 Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als **Friedenspartei** steht für eine Außenpolitik der klugen
 9 Diplomatie. Im Geiste der Entspannungspolitik Willy Brandts ist es unser Anspruch, Brücken zu
 10 bauen. Aufrüstung und Säbelrasseln lösen keine Konflikte. Europa, die USA, Russland und China
 11 tragen gemeinsam Verantwortung für den Frieden in der Welt und den Kampf gegen den
 12 internationalen Terrorismus. Deshalb können nur der Dialog zwischen den Regierungen, die
 13 Verständigung zwischen den Völkern und eine gelebte Solidarität zwischen Nord und Süd zu mehr
 14 globaler Sicherheit führen.

15 Die Zukunft Deutschlands und Europas wird das sein, was wir alle gemeinsam aus ihr machen.
 16 Veränderungsprozesse lassen sich nicht verhindern, sondern sie bieten die Chance, die Dinge zum
 17 Besseren zu wenden. Sie lassen sich politisch gestalten! Was wir brauchen ist die Zuversicht, dass es
 18 sich lohnt, für eine bessere Zukunft zu streiten und den Mut, es anzugehen. Zukunft ist für
 19 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Versprechen auf ein **besseres Zusammenleben,**
 20 **Chancengleichheit und ein gerechtes Miteinander in einer offenen Gesellschaft.**

21 **Dafür arbeitet die SPD und dafür kämpfen wir.** Mit Martin Schulz als Bundeskanzler und einer
 22 starken SPD im Bundestag wird Deutschland **gerechter, fortschrittlicher und solidarischer.**

23 **Es ist Zeit jetzt zu handeln!**

1 **Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege**

2 Es gibt Jahre, in denen die Familie mehr Zuwendung und mehr Zeit braucht als in anderen. Eltern
3 wollen für ihre Kinder da sein und beruflich den Anschluss halten. Oft stehen sie zudem vor der
4 Herausforderung, sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Wir sorgen dafür, dass Familie,
5 Beruf und Pflege besser zusammengehen. Wir ermöglichen Eltern, berufliche und familiäre Aufgaben
6 gerecht aufzuteilen. Dafür brauchen sie ein gutes Angebot an Kitas und Schulen sowie mehr Zeit und
7 Geld. Diese Wünsche und Bedürfnisse sind für unsere Politik zentral, denn Familie ist ein fester Anker
8 in unserem Leben. Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen –
9 von der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau über alleinerziehende Mütter und Väter,
10 Patchworkfamilien bis zum gleichgeschlechtlichen Paar.

11 Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle. Denn noch entscheidet hier zu oft der
12 Geldbeutel der Eltern. Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die
13 Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. Wir werden die Schulen
14 modernisieren und in den Ausbau von Ganztagschulen investieren. Kinder, Eltern und Lehrkräfte
15 sollen erleben, dass uns Bildung viel wert ist. Es ist unsere Aufgabe, junge Menschen dabei zu
16 unterstützen, ihren Weg zu gehen. Das geht nur mit einer eigenständigen Jugendpolitik, die
17 Jugendlichen passende Angebote für ihre jeweilige Lebenssituation macht.

18 Die gleiche Sorgfalt und Energie, die wir für unsere Kinder verwenden, brauchen wir auch für die
19 Älteren in unserer Familie. Ältere Menschen müssen so lange wie möglich am gesellschaftlichen
20 Leben teilhaben und selbst über ihr Leben bestimmen können. Wenn sie Hilfe oder Pflege benötigen,
21 sollen sie sich darauf verlassen können, dass sie die notwendige Unterstützung bekommen. Pflege ist
22 keine Privatsache. Diejenigen, die sich um andere kümmern, lassen wir nicht alleine.

23 Familie ist Lebensmittelpunkt. Und glückliche Familien, die ohne Sorgen leben können, geben uns
24 Kraft für die Zukunft.

25 **Familienarbeitszeit und Familiengeld:**

26 Wir wollen, dass **Familie und Beruf als doppeltes Glück** empfunden wird. Viele Eltern wünschen sich,
27 ihre Arbeit und die Kindererziehung partnerschaftlich aufteilen zu können. Bislang heißt das
28 allerdings, finanzielle und berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Das wollen wir ändern!
29 Wir unterstützen Eltern: mit der Einführung der **Familienarbeitszeit und des Familiengeldes**. Noch ist
30 es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten
31 gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit mit der Familie zu haben. Mütter
32 steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr
33 arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und
34 Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere
35 Aufstiegschancen und später eine geringere Rente.

36 Als ersten Schritt haben wir bereits das ElterngeldPlus eingeführt, das es Eltern ganz kleiner Kinder
37 leichter macht, Elternzeit und Teilzeitarbeit miteinander zu verbinden. In einem nächsten Schritt
38 werden wir eine Familienarbeitszeit einführen. Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich
39 aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn
40 sie jeweils 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten (das entspricht je nach
41 betrieblicher bzw. tarifvertraglich geltender Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden). Und es wird bis zu
42 24 Monate gezahlt. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von
43 Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende das
44 Familiengeld erhalten. Wir werden die Gewerkschaften dabei unterstützen, diese Regelung
45 tarifvertraglich zu begleiten.

1 Zeit für Familie braucht auch einen Kulturwandel in der Arbeitswelt. Dazu gehört auch die **Abkehr**
2 **vom „Präsenz-Wettbewerb“** im Beruf. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten,
3 Homeoffice- und Dienstreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Der
4 Öffentliche Dienst soll dabei Vorreiter sein und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit,
5 Kindererziehung und Pflege fördern.

6 **Gute Bildung von Anfang an:**

7 Wir sorgen für ein ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und
8 Ganztagschulen. **Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab** und entlasten damit alle Familien,
9 die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.

10 Außerdem werden wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen
11 **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit
12 finanzieller Beteiligung des Bundes.

13 Mit einem bundesweiten Gesetz werden wir die **Qualität von Kitas** mit Unterstützung des Bundes
14 steigern. Wir brauchen **besser ausgestattete Kitas und eine gesunde Ernährung**. Mit **zusätzlichen**
15 **Erzieherinnen und Erziehern** können die Kinder in den Gruppen besser betreut werden. Dafür wollen
16 wir den Beruf aufwerten und die Ausbildung verbessern. Wir werden dies mit einer
17 Fachkräfteoffensive unterstützen. Zusätzlich wollen wir die Kindertagespflege weiter
18 professionalisieren und aufwerten.

19 **Kinderarmut bekämpfen:**

20 Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine
21 gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Die Rechte von Kindern und Familien werden wir auch in
22 Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter stärken.

23 **Kinderrechte stärken:**

24 Wir werden die **Rechte von Kindern im Grundgesetz** verankern. Kinder sind eigene Persönlichkeiten
25 und brauchen eigene Rechte. Parlamente, Verwaltungen und Gerichte sollen Kinderinteressen
26 überall dort, wo Kinderrechte berührt sind, vorrangig berücksichtigen.

27 Das Recht von Kindern und Jugendlichen, ohne Gewalt – insbesondere sexualisierte Gewalt –
28 aufzuwachsen, ist ein elementares Kinderrecht. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor
29 sexualisierter Gewalt muss ausgeweitet und weiter verstärkt werden. Dazu gehören ein wirksamer
30 Jugendmedienschutz genauso wie die Funktion des Missbrauchsbeauftragten und die
31 Weiterführung der Hilfen für die Betroffenen. Diese Hilfen müssen so niedrigschwellig und
32 unbürokratisch wie möglich zur Verfügung gestellt werden. Wir werden die Anstrengungen im
33 Kampf gegen sexualisierte Gewalt bundesweit weiter vorantreiben.

34 Zum Schutz gegen Mobbing müssen Eltern, Kinder und Beschäftigte in Bildungseinrichtungen für
35 dieses Thema stärker sensibilisiert werden und Präventionsmaßnahmen in allen Altersstufen
36 durchgeführt werden.

37 **Politik für junge Menschen:**

38 Eine **eigenständige Jugendpolitik** bedeutet für uns, verschiedene Politikfelder schlüssig miteinander
39 zu verbinden. Wir wollen deshalb in einem breiten Diskurs unsere jugendpolitische Gesamtstrategie
40 gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Unser Leitbild ist
41 dabei: Alle jungen Menschen müssen ihren eigenen Weg gehen, Freiräume haben und ein
42 selbstbestimmtes Leben führen können. Eine wichtige Grundlage für unser Handeln ist das bewährte
43 Instrument des Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung. Mit einem „Jugend-Check“, werden
44 wir zudem künftig alle politischen Maßnahmen auf ihre konkrete Wirkung für junge Menschen
45 überprüfen.

1 Junge Menschen brauchen vor allem ein **Bildungs- und Ausbildungssystem**, das optimale Förderung
2 und individuelle Freiräume verbindet. Das heißt zum Beispiel: In Ganztagschulen muss es möglichst
3 viele alternative Angebote geben – und gleichzeitig brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume
4 außerhalb von Schule. Für einen guten Übergang von der Schule in die Ausbildung sind die
5 frühzeitige Berufs- und Studienorientierung und, wenn nötig, eine unterbrechungsfreie
6 Berufseinstiegsbegleitung erforderlich. Diese unterstützen wir mit flächendeckenden
7 Jugendberufsagenturen. Neben der Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen wollen wir
8 zugleich die Qualität der dualen Ausbildung steigern, um beispielsweise die sozialen Berufe
9 attraktiver zu machen. Mit einer Mindestausbildungsvergütung (tarifliche Lösungen haben Vorrang)
10 wollen wir Eigenständigkeit während der Ausbildung ermöglichen. In jeder Lebensphase muss es
11 zudem finanziell möglich sein, zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Wir
12 wollen daher die Leistungen des BAföG verbessern – insbesondere auch, um schon bestehende,
13 alternative Bildungsbiographien etwa durch einen späteren Studienbeginn oder Teilzeitstudien
14 fördern zu können.

15 Wir tragen Sorge dafür, dass Bildungs- und Ausbildungschancen nicht vom Wohnort der Eltern
16 abhängen. Neben einer Ausweitung des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus wollen wir gezielt
17 in Studierenden- und Auszubildendenwohnheime investieren, um junge Menschen bei ihren ersten
18 Schritten außerhalb des Elternhauses zu unterstützen.

19 **Nach der Ausbildung brauchen junge Menschen sichere Zukunftsperspektiven.** Deshalb wollen wir
20 eine Ankündigungsfrist für Arbeitgeber einführen, die Auszubildende nach Ende der Ausbildung
21 nicht übernehmen wollen. Die sachgrundlose Befristung werden wir abschaffen. Auch zweite und
22 dritte Chancen in Schule und Berufsbildung zu eröffnen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir
23 wollen keinen Jugendlichen zurücklassen. Das Ende der Schulpflicht darf deshalb nicht dazu führen,
24 dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule oder Berufsschule zu besuchen. Wir setzen auf
25 Perspektiven durch gezielte Förderung statt auf schärfere Sanktionen für unter 25-jährige im SGB II.

26 Junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. **Wir wollen das Wahlalter bei**
27 **Bundestagswahlen auf 16 Jahre absenken.** So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher
28 politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre
29 Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt. Die politische Bildung für Jugendliche werden
30 wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie durch politische
31 Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.

32 **Orte der Kinder- und Jugendarbeit** gehören genauso wie Kitas und Schulen zur Grundversorgung.
33 Deshalb werden wir sie erhalten und ausbauen. Die Jugendverbände sind ein tragender Pfeiler
34 unserer Jugendarbeit. Wir wollen ihre finanzielle Förderung im Bundeshaushalt weiter erhöhen.
35 Immer mehr junge Menschen zwischen Schule und Studium oder Berufseinstieg nutzen
36 Jugendfreiwilligendienste zur eigenen Orientierung. Dort muss die Zahl der Plätze der Nachfrage
37 entsprechend angehoben werden.

38 **Die junge Generation gestaltet die globalisierte Welt.** Wir wollen daher die internationalen
39 Jugendfreiwilligendienste, den internationalen Jugendaustausch sowie Erasmus+ als das zentrale
40 Bildungsprogramm der EU deutlich ausbauen – und wer sich den Austausch nicht leisten kann, den
41 unterstützen wir.

42 **Beste Schulen:**

43 Egal wo gelernt wird: **Schulen müssen strahlen** – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Und wir
44 brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb wollen wir in einer „Nationalen
45 Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und
46 Kommunen! Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c brechen wir in einem ersten Schritt das
47 Kooperationsverbot auf. Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in

1 Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können. Darüber
 2 hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes. Überall wo es Sinn
 3 macht muss der Bund helfen können, Bildung besser zu machen.

4 Wir werden das Schulsanierungsprogramm des Bundes zu einem **Schulmodernisierungsprogramm**
 5 weiterentwickeln. Damit sorgen wir für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und
 6 moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik.

7 Wir werden gemeinsam mit den Ländern den **flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote**
 8 vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten
 9 Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen. Gemeinsam mit
 10 den Ländern wollen wir die **Schulsozialarbeit ausbauen**. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die
 11 über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams. Gute Ganztagschulen
 12 müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an
 13 der Gestaltung der Angebote beteiligen. Schule ist Ort der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort
 14 für lebendige Demokratie. Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler werden wir
 15 fördern. Auch an Ganztagschulen brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume.

16 Um die **Qualität des Unterrichts zu verbessern**, wollen wir den Austausch von guten Konzepten
 17 fördern und dies durch **begleitende Bildungsforschung unterstützen**. Schule braucht gutes Lern- und
 18 Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet.
 19 Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller
 20 nutzbar gemacht werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend
 21 weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue
 22 Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer
 23 Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen
 24 Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die Qualitätsoffensive
 25 Lehrerbildung von Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

26 Die Digitalisierung verändert, wie wir leben und arbeiten, sie verändert auch, wie wir lernen. Bildung
 27 in und für die digitale Welt umfasst alle Bildungsbereiche und hat die digitale Selbstbestimmung
 28 zum Ziel. Digitale Bildung muss Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung sein.

29 **Kompetenzen im Umgang, Einsatz, Gestaltung und in der Nutzung digitaler Medien und Technik**
 30 **sind wichtig**. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle
 31 Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Schülerinnen und Schüler sollen „digitale
 32 Kompetenzen“ fächerübergreifend erwerben. Digitalisierte Lernmaterialien müssen offen zur
 33 Verfügung stehen, wofür wir verstärkt offene Bildungsinhalte (Open Educational Resources) nutzen
 34 wollen. Damit das funktioniert, brauchen wir vernetzte digitale Lern-Plattformen. Auch müssen Bund
 35 und Länder gemeinsam für eine zeitgemäße technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen
 36 sorgen.

37 Digitale Selbstständigkeit betrifft alle Generationen. Die Volkshochschulen spielen dabei eine
 38 wichtige Rolle in der Erwachsenenbildung. Wir schaffen Angebote für ältere Menschen, damit sie die
 39 Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft besser nutzen können.

40 **Familienarbeitszeit für Pflegende:**

41 Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung.
 42 Wir führen die **Familienarbeitszeit für Pflegende** ein. So ermöglichen wir Menschen, die
 43 Familienmitglieder pflegen, eine **Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung**: Pflegende
 44 Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und
 45 erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld
 46 orientiert. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber hinaus länger ihre Arbeitszeit für die
 47 Pflege von Angehörigen verringern möchten, erhalten sie das Familiengeld für Pflege. Es beträgt 150

1 Euro monatlich und wird für Beschäftigte gezahlt, die 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen
2 regulären Vollzeit arbeiten; das entspricht je nach betrieblicher bzw. tarifvertraglich geltender
3 Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden.

4 Bei der Pflege in der Familie werden immer häufiger Dienstleistungen wie eine Haushaltshilfe in
5 Anspruch genommen. Eine besondere Herausforderung stellen Arbeitsverhältnisse dar, in denen eine
6 **24 Stunden-Pflege und –Betreuung im Haushalt** realisiert wird. Hier wollen wir Alternativen
7 entwickeln. Die bereits bestehende staatliche Unterstützung werden wir auf dieses Ziel hin
8 ausrichten. Uns ist wichtig, dass **staatliche Förderung an die soziale Absicherung der Beschäftigten**
9 **gekoppelt** ist. Um Hilfe- und Unterstützungsangebote gut aufeinander abstimmen zu können, muss
10 die Beratung über die zur Verfügung stehenden Pflegeleistungen verbessert werden.

11 Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen **Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle**. Hier werden
12 pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unterstützt und bekommen bei der
13 Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen. Ihre Unterstützung für pflegebedürftige
14 Menschen und die Angehörigen werden wir ausbauen.

15 **Gut leben im Alter:**

16 Noch nie sind Menschen so gesund wie heute alt geworden. Damit ältere Menschen lange aktiv sein
17 können, unterstützen wir flächendeckende und miteinander vernetzte **Angebote für Gesundheit,**
18 **Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen** – legal, für alle zugänglich und bezahlbar. Hier braucht
19 es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialversicherungen.

20 Würdige Lebensbedingungen müssen für alle Lebensmodelle und Wohnformen sichergestellt
21 werden. Dafür werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das
22 Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen. Wer alt ist, soll mit Menschen jeden Alters
23 zusammenleben können, wenn er oder sie das will – in Mehrgenerationenhäusern oder in Senioren-
24 WGs. Wir werden gemeinschaftliche Wohnformen stärker unterstützen.

1 **Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit**

2 Nach der Schule werden die Weichen neu gestellt. Dabei ist der Einstieg in Ausbildung und Arbeit
3 entscheidend. Junge Menschen haben Träume, Ziele oder sind noch auf der Suche. Damit sie einen
4 erfolgreichen Weg einschlagen, muss es Hand in Hand gehen: Die Jugendlichen müssen motiviert
5 sein und etwas aus ihrem Leben machen wollen, die Ausbildungsbetriebe müssen gute Angebote
6 aufzeigen und die Hochschulen hervorragende Lehre und Forschung bieten. **Berufliche und**
7 **akademische Bildung sind gleichwertig!** Beide Wege wollen wir stärken, da gerade das
8 Ineinandergreifen dieser Fachlichkeiten unsere Innovationskraft ausmacht. Auszubildende und
9 Studierende verdienen gleichen Respekt und gleiche Anerkennung. In beiden Bereichen brauchen wir
10 mehr Absolventinnen und Absolventen.

11 Die duale Ausbildung ist eine der Stärken unseres Bildungssystems. Eine herausragende Rolle spielt
12 dabei das Handwerk, das für rund ein Viertel aller Ausbildungsplätze steht. Die duale Ausbildung
13 sorgt dafür, dass wir auch morgen noch die Fachkräfte haben, die wir für die Sicherung unseres
14 Wohlstandes brauchen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, sie zu modernisieren und noch attraktiver
15 zu machen.

16 Studierende an deutschen Hochschulen sollen exzellente Studienbedingungen haben. Universitäten
17 und Fachhochschulen sind Orte, an denen menschliche Neugier und Kreativität neues Wissen
18 schafft. Autonomie, Beteiligung und verlässliche Finanzen sind wichtige Rahmenbedingungen für
19 gute Hochschulen. So können sie Verantwortung übernehmen und die gesellschaftliche Entwicklung
20 mitgestalten. Wir wollen die MINT-Bildung entlang der gesamten Bildungskette stärken und
21 insbesondere Frauen für eine Ausbildung oder ein Studium in diesen Feldern gewinnen.

22 Wir sorgen für sichere Arbeit. Und für Vollbeschäftigung in Deutschland. Unser Land ist
23 wirtschaftlich erfolgreich. Dies ist vor allem Ergebnis der hohen Leistungsbereitschaft der
24 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Erfolg tagtäglich erarbeiten. Es ist auch das Ergebnis
25 einer Sozialpartnerschaft, in der Gewerkschaften auf Augenhöhe die Interessen der
26 Arbeitnehmerschaft durchsetzen können. Und es ist der Erfolg von verantwortungsbewussten und
27 innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern, die gemeinsam mit den Beschäftigten unser
28 Land voranbringen. Wir bringen all jenen, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement unser Land
29 voranbringen, den Respekt entgegen, den sie verdienen. Das sollen die Menschen in ihrem täglichen
30 Leben spüren.

31 Arbeit befindet sich im Wandel. Technologische Innovationen, digitale Vernetzung, unterschiedliche
32 Lebensentwürfe, der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine wachsende
33 Vielfalt der Beschäftigungsformen sind neue Herausforderungen – auch für die Politik. Wir passen
34 die Rahmenbedingungen an, denn wir wollen Arbeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen
35 ausrichtet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dafür brauchen wir eine neue Partnerschaft
36 auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind überzeugt: Nur gemeinsam bringen wir unser Land voran! Bessere
37 Arbeitsbedingungen nützen allen, nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern
38 auch den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Wer gute Arbeit hat, ist zufrieden. Und wer zufrieden
39 ist und ohne existenzielle Sorgen, kann sich intensiv auf die Arbeit konzentrieren.

40 Unser Ziel: unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Das muss für alle
41 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder der Normalfall sein.

42 Männer und Frauen, die ihren Job verloren haben, sollen schnell wieder gute Arbeit finden. Wir
43 werden die Menschen durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützen. Gleichzeitig
44 schaffen wir mehr Sicherheit durch eine starke Arbeitslosenversicherung.

1 **Modernisierung der beruflichen Ausbildung:**

2 Wer sich für seinen späteren Beruf entscheiden soll, braucht frühzeitig Rat und Unterstützung.
3 Bereits in der Schule muss eine gezielte Berufs- oder Studienorientierung stattfinden. Darüber hinaus
4 sind **Jugendberufsagenturen** wichtige Anlaufstellen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Wir
5 wollen sie flächendeckend etablieren. Nach diesem Vorbild soll auch die Zusammenarbeit aller für
6 die berufliche Ausbildung zuständigen Stellen verbessert werden.

7 Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Wirtschaft, Gewerkschaft, Bund und Ländern werden
8 wir fortführen. Unser Ziel bleibt die Garantie auf einen Ausbildungsplatz und damit der Anspruch für
9 alle in Deutschland lebenden jungen Menschen auf eine qualitativ hochwertige und
10 vollqualifizierende Ausbildung. Der betriebliche Ausbildungsplatz steht dabei im Mittelpunkt. Die
11 **assistierte Ausbildung**, bei der neben den Jugendlichen auch Eltern, Schulen und Unternehmen
12 unterstützt werden, wollen wir bundesweit ausbauen. Gleichzeitig werden wir das Instrument der
13 ausbildungsbegleitenden Hilfen stärken, um so Unterstützung bei Lernschwierigkeiten oder bei
14 Problemen im sozialen Umfeld zu ermöglichen. Wir finden uns nicht damit ab, dass es in
15 Deutschland weiterhin 7,5 Millionen Analphabeten gibt. Daher schaffen wir weitere Angebote des
16 Bundes zur Stärkung der Grundbildung.

17 Die Berufsschulen sind entscheidend für die Qualität der dualen Ausbildung. Hier lernen die
18 Fachkräfte von morgen. Mit einem **Berufsschulpakt** wollen wir ihre Ausstattung modernisieren und
19 dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ein solcher Pakt muss von Bund
20 und Ländern gemeinsam getragen werden. Die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe werden wir
21 einbeziehen.

22 Wer eine anspruchsvolle Ausbildung macht, soll auch ordentlich bezahlt werden. Deshalb braucht es
23 eine angemessene **Mindestausbildungvergütung**. Tarifvertragliche Lösungen haben dabei Vorrang,
24 insbesondere Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, wodurch tariflich geregelte
25 Ausbildungsvergütungen für alle gelten. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig eine
26 **Ankündigungsfrist einhalten**, wenn sie Auszubildende nach ihrem Abschluss nicht übernehmen
27 wollen. Wir werden das **Berufsbildungsgesetz** novellieren und hier einen Schwerpunkt auf die
28 Verbesserung der Ausbildungsqualität legen.

29 Das deutsche Handwerk lebt von seiner ausgezeichneten Qualität und seinem hervorragenden Ruf.
30 Um die Sicherheit und Qualität in der Ausbildung zu gewährleisten, werden wir das System der
31 **zulassungspflichtigen Handwerksberufe sowie den Meisterbrief stärken**.

32 Wir brauchen eine **Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0**, um mit Veränderungen wie der
33 Digitalisierung Schritt zu halten. Dafür muss das Berufsbildungsgesetz weiterentwickelt werden.
34 Eine Schlüsselrolle haben hier die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder. Eine regelmäßige
35 Weiterbildung muss Standard sein. Dies schließt eine zusätzliche Qualifizierung für die Ausbildung
36 von Menschen mit Behinderung ein. Aufgrund der Auflösung von Orts- und Zeitgebundenheit von
37 Weiterbildung durch digitale Bildungsangebote eröffnen sich neue Zugänge für jene, die bisher nur
38 schwerlich an Weiterbildung teilhaben konnten. Somit wird auch eine berufs begleitende
39 Weiterqualifizierung erleichtert.

40 Die Vorteile der beruflichen und der akademischen Bildung wollen wir durch mehr **Durchlässigkeit in**
41 **beide Richtungen** miteinander verknüpfen. Duale Studiengänge sind eine gelungene Form,
42 berufliche und akademische Bildung miteinander zu verbinden. Wir werden sie bundesweit
43 vergleichbarer machen und gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen Qualitätskriterien
44 definieren. Einen Durchbruch wollen wir bei der sozialen Öffnung der Hochschulen erreichen: Wir
45 werden die Anzahl der **Stipendien für Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen verdoppeln**.
46 Zusätzlich wollen wir mehr Weiterbildungsstipendien ermöglichen und duale Studiengänge
47 entschieden ausbauen. Wir werden für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gebühren für

1 Techniker- und Meisterkurse abschaffen. Und wer den **Meisterbrief hat, soll künftig auch zum**
2 **Masterstudium** zugelassen werden können.

3 **Gute Hochschulen:**

4 **Hochschulen und Wissenschaft sind für die Menschen da.** Wir brauchen hervorragende Lehre,
5 exzellente Forschung, Verbindung und Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und
6 Gesellschaft, eine starke internationale Sichtbarkeit, gesellschaftliche Verantwortung und
7 verlässliche Arbeitsbedingungen.

8 Wir werden die **Grundfinanzierung der Hochschulen stärken** und der außeruniversitären Forschung
9 eine verlässliche Perspektive geben. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete
10 werden wir auch nach 2019/20 erhalten und in eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung
11 überführen. Der Bund wird die neuen Möglichkeiten im Grundgesetz nutzen und in diesem Sinne
12 gemeinsam mit den Ländern und der Wissenschaft die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken.
13 Die hochschulmedizinische Forschung werden wir gezielt fördern.

14 Junge Talente sollen ihren Weg in der Wissenschaft gehen können. Deshalb wollen wir den
15 Hochschulen und Forschungseinrichtungen **Anreize für verlässliche Karrierewege** geben. Unser Ziel
16 ist es, Befristungen zurückzudrängen, Gleichstellung in der Wissenschaft zu verankern und
17 Diskriminierungen entgegenzuwirken. Wir setzen uns für einen **Frauenanteil von mindestens 40**
18 **Prozent in Führungspositionen** in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote
19 für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes. Darüber hinaus werden wir uns auch für
20 verlässliche Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräfte einsetzen.

21 Um die **Qualität der Lehre zu verbessern und um die Zahl der Studienabbrüche zu reduzieren**,
22 brauchen wir eine bessere Betreuung der Studierenden. Universitäten werden wir zudem anhalten,
23 sich Kooperationen mit Fachhochschulen bei neuen Promotionsmodellen stärker zu öffnen.

24 Die **Digitalisierung der Hochschulen** können Bund und Länder nur gemeinsam erreichen. Wir setzen
25 uns dafür ein, dass mehr Online-Lernangebote an den Hochschulen entstehen, damit das Studium
26 zunehmend orts- und zeitflexibel möglich wird. Dafür werden wir eine Ausstattungsinitiative
27 starten, mit der wir Hochschulen bei der Digitalisierung ihrer Campus-Systeme und Lernplattformen
28 unterstützen. Wir wollen die Idee einer digitale „Open University“ fördern, an der auch Menschen
29 ohne Abitur teilnehmen können.

30 Bildung und Wissenschaft sollen die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen können. Wir wollen
31 die **offenen Kanäle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation fördern** (Open Access).
32 Wir brauchen auch ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Der Gesetzgeber muss entscheiden,
33 was als lizenzfester Basiszugang gewährleistet werden muss. Wir werden deshalb mehr
34 Rechtssicherheit für alle schaffen. Wir werden dabei auch den Interessen der Urheber Rechnung
35 tragen und eine faire Vergütung für die Nutzung ihrer Werke sicherstellen. In Forschung und Lehre
36 sollen digitale Methoden legal genutzt werden können. Beispiele hierfür sind Text- und Datamining,
37 also die Auswertung digitaler Datenbestände.

38 Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften bilden eine wichtige Säule
39 unseres Wissenschaftssystems. Wir werden sie mit einem **Bund-Länder-Programm** dabei
40 unterstützen, zusätzliches wissenschaftliches Personal zu gewinnen. Daneben werden wir sie bei der
41 Entwicklung und Umsetzung einer Internationalisierungsstrategie fördern.

42 Wir wollen den Erfolg der **Bologna-Reformen sichern**. Dafür müssen wir europaweit Qualitätsanreize
43 setzen, damit Studieneingangsphasen flexibler gestaltet und Freiräume zur Studiengestaltung
44 ausgeweitet werden. Die ausufernde Anzahl von Studiengängen werden wir deutlich begrenzen.
45 Auch hierdurch können wir Studienabbrüche spürbar verringern. Bachelor-Absolventinnen und
46 Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung wollen wir den **Zugang zum**

- 1 **höheren Dienst** des Bundes vollständig eröffnen. Außerdem wollen wir die Anzahl der
2 Masterstudienplätze erhöhen.
- 3 Wir werden im Rahmen eines **Hochschulsozialpaktes** Studienberatung und Betreuung verbessern,
4 die Mensen ausbauen sowie die Sanierung und den Neubau für studentisches Wohnen vorantreiben.
5 Die Studierendenwerke sind wichtige Partner, um diese Ziele zu erreichen.
- 6 **Mehr Chancengleichheit durch besseres BAföG:**
- 7 Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – das BAföG – ist eine sozialdemokratische
8 Erfolgsgeschichte. Es ist neben der Gebührenfreiheit das wichtigste Instrument, für mehr
9 Chancengleichheit in der Bildung. Wir werden daher die **Leistungen verbessern**, die Förderung stärker
10 auf neue Lebenssituationen ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen.
- 11 Das Schüler-BAföG in den allgemeinbildenden Schulen und in den nicht-dualen Ausbildungen wollen
12 wir ausbauen. Das Studierenden-BAföG soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet
13 werden. Die Altersgrenzen werden wir anheben und flexiblere Förderansprüche schaffen – zum
14 Beispiel für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Soziales und politisches Engagement wollen
15 wir stärker bei der Förderung berücksichtigen. Das **Meister-BAföG** werden wir weiterentwickeln und
16 stärken. Wir werden die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach „BAföG-
17 Plus“ stellen.

1 **Sichere Arbeit und gute Löhne:**

2 Wir wollen eine starke Wirtschaft und Unternehmen, die gute Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen
3 einen funktionierenden Arbeitsmarkt, der den Wert der Arbeit anerkennt. Zugleich müssen die
4 Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die Menschen mit mehr Zuversicht in die Zukunft
5 blicken können. Deshalb werden wir **die sachgrundlose Befristung abschaffen**, um insbesondere
6 jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben zu
7 ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken und die Möglichkeit von
8 Kettenbefristungen begrenzen. Den öffentlichen Arbeitgebern kommt hier eine besondere
9 Verantwortung zu.

10 Wir wollen Existenz sichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Die
11 arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von **"Arbeiten auf Abruf"** werden
12 **wir eindämmen**. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen und Beschäftigten den Weg
13 aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Die Ausnahmen beim Mindestlohn für
14 Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär
15 bezahlt werden.

16 Wir wollen einen **Pakt für anständige Löhne** und eine **stärkere Tarifbindung**. Voraussetzung für gute
17 Löhne und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen sind starke Gewerkschaften und eine hohe
18 Tarifbindung. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Privilegierung von
19 Tarifpartnerschaft fortsetzen. Tarifgebundenen Betrieben geben wir mehr
20 Gestaltungsmöglichkeiten, als Betrieben ohne Tarifbindung. Die Möglichkeit der
21 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter verbessern und die
22 Voraussetzungen präzisieren. Die Rechtssicherheit der allgemeinen Verbindlichkeit von
23 Tarifverträgen muss gegebenenfalls auch rückwirkend gewährleistet sein. Wir wollen die kollektive
24 Nachwirkung von Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen,
25 bis zur Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen
26 Tariftreue-Regelungen verstärkt zum Einsatz kommen. Um die Rechte der Beschäftigten besser zu
27 schützen, werden wir ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen.

28 **Digitale Arbeit gestalten:**

29 Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend. Sie eröffnet Chancen und birgt Risiken.
30 Auch digitale Arbeit muss gute Arbeit sein. Der Arbeitnehmer- und Betriebsbegriff muss
31 entsprechend den Veränderungen durch die Digitalisierung angepasst werden, damit die
32 Schutzfunktion des Arbeitsrechts erhalten bleibt. Es ist eine **politische Aufgabe, die Digitalisierung**
33 **unserer Arbeitswelt zu gestalten**. Arbeiten 4.0 heißt für uns: Gesetzliche Rahmenbedingungen,
34 tarifvertragliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen, um die
35 Chancen zu nutzen. Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr
36 Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr **Wahlmöglichkeiten bei**
37 **ihrer Arbeitszeit** und für **ihren Arbeitsort erhalten**, sofern betriebliche Belange dem nicht
38 entgegenstehen. Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen,
39 ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten,
40 finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung
41 betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist hierbei **das**
42 **Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren**.
43 Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen. Dies wirkt sich vor allem bei der
44 Rente aus. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben
45 selbst in der Hand zu behalten.

46 Zudem wollen wir Langzeitkonten für Beschäftigte und Betriebe attraktiver machen. Wenn viel
47 Arbeit anfällt, muss es möglich sein, zusätzlich geleistete Arbeitszeiten anzusparen. In ruhigeren

1 Phasen oder wenn mehr Zeit für die Familie gebraucht wird, kann dann weniger gearbeitet werden.
2 Wir wollen daher prüfen, ob und wie **Langzeitkonten** betriebsübergreifend organisiert werden
3 können. Digitalisierung ermöglicht mehr Flexibilität und bessere Chancen für die Vereinbarkeit von
4 Familie und Beruf.

5 Das Wahlarbeitszeitgesetz soll auch einen rechtlichen Rahmen für mobile Arbeit schaffen. Dabei ist
6 es unser Ziel, dass die Tarifparteien Vereinbarungen dazu treffen. Arbeitgeber sollen begründen
7 müssen, wenn der Wunsch nach mobiler Arbeit abgelehnt wird.

8 Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten weiter nötig! Wir werden eine Klarstellung
9 des **Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit** schaffen, um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler
10 Arbeit verbinden, zu begrenzen. Zur Verringerung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz
11 werden wir das **Arbeitsschutzrecht** um verbindlichere Regelungen erweitern. Dies betrifft besonders
12 die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und den Ausbau der
13 Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte. Die Kontrolle der Einhaltung des
14 Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes muss verbessert werden. Dazu ist auch eine bessere
15 Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit notwendig. Die zunehmende Digitalisierung von
16 Wirtschaft und Gesellschaft hat zu gravierenden Veränderungen auch auf den Postmärkten geführt.
17 Während aber die wesentlichen regulatorischen Rahmenbedingungen in diesem Bereich fast 20
18 Jahre alt sind, hat sich in der besonders personalintensiven Postdienstleistungsbranche ein privater
19 Wettbewerbsmarkt entwickelt, der allzu oft zu Lasten der Beschäftigten geht. Damit auch künftig ein
20 hohes Niveau an postalischer Grundversorgung zum Wohle der Verbraucher erhalten bleibt und
21 gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorherrschen,
22 müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

23 Im Zuge der Digitalisierung werden zunehmend personenbezogene Daten erhoben. Es ist notwendig,
24 durch klare Vorgaben zu regeln, welche Daten zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen im
25 Unternehmen verarbeitet werden dürfen. Zum Schutz vor Missbrauch persönlicher Daten werden
26 wir ein **Beschäftigtendatenschutzgesetz** schaffen. Die Ressourcen der Betriebsräte bei der
27 Einführung von IT-Systemen und Software müssen gestärkt werden, damit sie eine umfassende
28 Verhaltens- und Leistungskontrolle effektiv verhindern können.

29 **Mehr Demokratie im Betrieb:**

30 Mitbestimmung ist zentral für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Ausdruck unserer
31 Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel in
32 der Arbeitswelt erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen sie gesetzlich stärken.

33 Wir werden den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000**
34 **Beschäftigte senken**. Beschäftigung jenseits der Kernbelegschaften muss künftig systematisch bei
35 den Schwellenwerten für die Drittel- und die paritätische Mitbestimmung berücksichtigt werden.

36 Das deutsche **Mitbestimmungsrecht muss auch auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform** mit
37 Sitz in Deutschland erstreckt werden. Auf der deutschen und europäischen Ebene setzen wir uns für
38 die **Schließung von Schlupflöchern** ein, wie sie etwa bei der Gründung einer Europäischen
39 Aktiengesellschaft (SE) zur Vermeidung von Mitbestimmung genutzt werden können. Wir werden
40 uns dafür einsetzen, dass im SE-Beteiligungsgesetz klargestellt wird, dass die Mitbestimmung in
41 einer SE neu verhandelt werden muss, wenn die Zahl der Beschäftigten in Deutschland über die
42 Schwellenwerte der deutschen Mitbestimmungsgesetze steigt. Weiterhin gilt es, das
43 Drittelbeteiligungsgesetz an die Regelungen zur Konzernanrechnung im Mitbestimmungsgesetz und
44 hinsichtlich der Erfassung der Kapitalgesellschaft & Co KG im Mitbestimmungsgesetz anzupassen.

45 Weiterbildung und betriebliche Qualifizierung nehmen an Bedeutung zu. Deshalb brauchen
46 Betriebsräte hier mehr Mitwirkungsrechte – etwa durch Ausbau des bestehenden Vorschlags- und

1 Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein generelles
2 **Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.**
3 Noch immer gibt es zu viele Betriebe ohne betriebliche Mitbestimmung. Die systematische
4 Behinderung von Betriebsratswahlen und der Arbeit von Betriebsräten ist illegal und
5 demokratiefeindlich und muss als Officialdelikt konsequent verfolgt werden. Durch die Bildung von
6 entsprechenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften wird die Wirksamkeit der Strafverfolgung erhöht
7 – auch für sonstige Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Wir wollen die Reichweite der betrieblichen
8 Mitbestimmung durch eine weitere **Vereinfachung des Wahlverfahrens** erhöhen. Der **besondere**
9 **Kündigungsschutz** für die Initiatoren einer Betriebsratswahl muss verbessert werden. Die
10 Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Fremdbeschäftigung, etwa bei **Werkverträgen**, müssen
11 gestärkt werden.

12 Der Öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. Die Mitbestimmungs-
13 und Beteiligungsrechte der **Personalräte** müssen dementsprechend ausgebaut werden.

14 Gewerkschaftliche Vertrauensleute brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am
15 Arbeitsplatz. Wir werden Sicherheit für so genannte Whistleblower schaffen.

16 **Soziale Berufe aufwerten:**

17 Menschen, die in Gesundheits-, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen mehr
18 Anerkennung. Wir wollen deshalb eine Beschäftigungspolitik, durch die **soziale Dienstleistungen**
19 **gestärkt werden.** Die Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der Verantwortung wie Bund,
20 Länder und Kommunen. Denn die öffentliche Hand legt Rahmenbedingungen sowie die finanzielle
21 Ausstattung fest.

22 Aufgrund der vielfältigen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, werden die
23 sozialen Berufe weiter an Bedeutung gewinnen. Dieser Bedeutungszuwachs muss sich auch im
24 Einkommen widerspiegeln. Deshalb wollen wir die **sozialen Berufe aufwerten.** Künftig soll aus der
25 vollschulischen Ausbildung eine echte duale Ausbildung werden. Dadurch machen wir sie nicht nur
26 **gebührenfrei**, sondern schaffen zudem eine **Ausbildungsvergütung!** Ein Anreiz, der dazu führen wird,
27 dass auch Männer diese Berufe verstärkt ergreifen. Für die Gesundheitsfachberufe schaffen wir einen
28 bundeseinheitlichen Rahmen. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der
29 Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher **Branchentarifvertrag Soziales**
30 notwendig.

31 **Weiterbildung fördern:**

32 In der Arbeitswelt von morgen **kommt der Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu.** Wir brauchen
33 deshalb eine **Weiterbildungsoffensive.** Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut und
34 aufeinander abstimmt werden – auch in Verbindung mit tariflichen Strategien. Dabei geht es um
35 eine qualifizierte, unabhängige Beratung der Beschäftigten sowie das Recht, Weiterbildung in
36 Anspruch nehmen zu können und dafür auch freigestellt zu werden. Die Kosten der Maßnahmen
37 sowie die Sicherung des Lebensunterhaltes sollten – je nach Nutzen – fair zwischen Betrieb,
38 Gesellschaft und dem oder der Einzelnen aufgeteilt werden. Es muss darum gehen, allen
39 Beschäftigten die gleichen Chancen auf Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen: Frauen und
40 Männern, Jüngeren und Älteren, Teilzeitbeschäftigten und Beschäftigten mit Familienpflichten. Dazu
41 gehört im Bedarfsfall auch ein Kinderbetreuungsangebot. Wir streben eine in sich schlüssige
42 Weiterbildungsförderung des Bundes an, die wir gemeinsam mit den Tarifpartnern umsetzen wollen.
43 Im Rahmen einer Nationalen Weiterbildungskonferenz müssen die verschiedenen
44 Weiterbildungsinstrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Nötig ist auch ein regionales
45 Fachkräftemonitoring, sowie Innovations- und Beratungszentren für Unternehmen zum Thema
46 Arbeiten 4.0.

1 Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt besondere Anforderungen an die berufliche Aus-, Fort- und
 2 Weiterbildung. Durch den Einsatz digitaler Medien können moderne berufliche Aus- und
 3 Weiterbildungsgänge zeitgemäß gestaltet und dazu die digitalen Kompetenzen des pädagogischen
 4 Personals in den Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt werden. Elemente digitalen
 5 Lernens erleichtern durch ihre Flexibilität mit Blick auf Ort und Zeitdarüber hinaus die
 6 berufsbegleitende Weiterqualifizierung und öffnen Zugänge auch für nonformal Lernende. Hiervon
 7 können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärker profitieren.

8 **Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln:**

9 Die neue Arbeitswelt 4.0 eröffnet Chancen – stellt uns aber auch vor die Herausforderung, die
 10 Beschäftigten neu abzusichern. Sie sollen im Laufe ihres Erwerbslebens so unterstützt werden, dass
 11 sie gar nicht erst länger arbeitslos bleiben. Und in einer Phase der Arbeitslosigkeit sollen sie
 12 vorhandene Qualifikation ausbauen können. Wir werden ein **Recht auf Weiterbildung** einführen.
 13 Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der
 14 Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um so ihre
 15 Vermittlungschancen zu erhöhen. Das Recht auf Weiterbildung beinhaltet eine umfassende
 16 Kompetenzerfassung aller Fähigkeiten und Begabungen. Darauf baut eine gezielte
 17 Weiterbildungsberatung auf. Weiterbildungsmaßnahmen können auch darin bestehen, dass ein
 18 Berufsabschluss nachgeholt oder eine Umschulung begonnen wird. Hier werden wir eng mit den
 19 Gewerkschaften und Betrieben vor Ort zusammenarbeiten. Für die Dauer der Teilnahme an
 20 Qualifizierungsmaßnahmen soll es ein neues **Arbeitslosengeld Q (ALG Q)** geben. Das werden wir
 21 einführen. Der Bezug des ALG Q wird nicht auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Die Höhe des ALG
 22 Q entspricht dem Arbeitslosengeld. Nach Beendigung einer umfassenden Qualifizierungsmaßnahme
 23 oder Umschulung setzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld erneut nach den bisherigen Regeln ein.

24 Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und
 25 dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer **Bundesagentur für Arbeit und**
 26 **Qualifizierung** vorantreiben. Die Arbeitsversicherung darf nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagieren!
 27 Auch wer in Beschäftigung ist, soll bereits eine unabhängige Beratung in Anspruch nehmen können.
 28 Hier soll aufgezeigt werden, welche beruflichen Perspektiven die Beschäftigten mit ihren
 29 vorhandenen Qualifikationen haben und welche Optionen sich für eine berufliche Weiterbildung
 30 anbieten. Aufbauend auf der Beratung können im Bedarfsfall **berufsbegleitend**
 31 **Qualifizierungsmaßnahmen durch die Arbeitsversicherung gefördert werden**. Alle Bürgerinnen und
 32 Bürger sollen perspektivisch nach Eintritt ins Berufsleben über ein persönliches Entwicklungskonto
 33 verfügen, das sie für die Absicherung von Weiterbildungszeiten nutzen können. Es soll mit einem
 34 öffentlich finanzierten Startguthaben ausgestattet werden.

35 Ein großer Teil der Arbeitslosen befindet sich derzeit nicht mehr im System der
 36 Arbeitslosenversicherung, sondern in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Wir werden die
 37 **Arbeitslosenversicherung wieder stärken**. Viele Arbeitslose erhalten kein Arbeitslosengeld, da sie
 38 innerhalb der letzten zwei Jahre, der sogenannten Rahmenfrist, nicht mindestens zwölf Monate
 39 beitragspflichtig gearbeitet haben. Obwohl sie in der Regel Beiträge zur Arbeitslosenversicherung
 40 gezahlt haben, erhalten sie keine Leistungen mehr aus der Versicherung. Das werden wir ändern.
 41 Wer innerhalb von drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit mindestens zehn Monate
 42 sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, soll künftig bereits Arbeitslosengeld erhalten.
 43 Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen längeren
 44 Zeitraum arbeitslos sind. Wir wollen **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren** und werden deshalb
 45 öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ werden wir
 46 als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernehmen. Alle Angebote der Arbeitsförderung müssen
 47 so ausgestaltet werden, dass sie es auch Männern und Frauen mit Familienaufgaben ermöglichen,

- 1 erfolgreich daran teilzunehmen. Für Alleinerziehende machen wir gezielte Angebote. Um die
- 2 Chancen von langzeitarbeitslosen Frauen zu verbessern, wollen wir die bewährten Beauftragten für
- 3 Chancengleichheit auch im SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) verankern. Auch für
- 4 Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf
- 5 aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben, werden wir in Zukunft Weiterbildungsangebote
- 6 machen.
- 7 Die schärferen **Sanktionen** für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Die
- 8 Sanktionierung von Leistungen für Kosten der Unterkunft werden wir abschaffen. Niemand darf
- 9 aufgrund einer Sanktion wohnungslos werden.
- 10 Außerdem werden wir das **Schonvermögen im SGB II verdoppeln**.

1 **Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen**

2 Deutschland ist ein starkes Land. Mit starken Unternehmen und einem innovativen Mittelstand, der
3 viele Weltmarktführer hervorbringt. Mit modernen Handwerksbetrieben und Einzelhändlern sowie
4 immer mehr jungen und kreativen Start-ups. Trotz aller Krisen in den vergangenen Jahren zeigt sich:
5 Unsere soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Unternehmen sorgen bei der Beschäftigung für
6 ein historisches Rekordniveau. Die Arbeitslosenzahl ist auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten.
7 Die Reallöhne steigen wieder und es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.
8 Sie bilden das Rückgrat unserer Arbeitsgesellschaft. Das kommt nicht von selbst, sondern zeigt:
9 Unsere politische Maßnahmen wirken!

10 Für uns bedeutet starke Wirtschaft immer auch, dass alle gerecht an den Erfolgen beteiligt werden.

11 **Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Innovationen und Fortschritt.**

12 Wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen gefährdet hingegen unsere
13 Zukunftschancen. Das belegen zahlreiche Studien und wird mittlerweile auch von der OECD bis hin
14 zum Weltwirtschaftsforum bestätigt.

15 Unsere Wirtschaftspolitik ist sowohl der ökonomischen und fiskalischen als auch der sozialen und
16 ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet. Wachstum, solides Haushalten, soziale Gerechtigkeit und
17 der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bilden das Viereck unserer politischen Ziele. Wir wollen
18 die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung auf diese Ziele verpflichten. **Der Schlüssel für
19 den Erfolg unserer Wirtschaft sind höhere Investitionen.** Investitionen zahlen sich um ein Vielfaches
20 aus – für private Investoren, für den Staat und für die Gesellschaft insgesamt. Die SPD wird eine neue
21 **Investitionsoffensive** in Deutschland starten. Wir werden Unternehmen ermutigen und dabei
22 unterstützen, wieder mehr zu investieren. Das gilt auch für Bund, Länder und Kommunen. Wir
23 werden mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitstellen, um Arbeitsplätze und
24 wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern. Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung bieten
25 die Chance, technische, wirtschaftliche und soziale Erneuerungen zu entwickeln. So werden wir den
26 gesellschaftlichen Fortschritt voranbringen. Die Unternehmen in Deutschland sind innovativ! Die
27 **öffentliche Forschungsförderung** leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

28 Wir stärken die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und schaffen einen besseren Schutz
29 und mehr Transparenz. Unser Ziel: verbraucherfreundliche Märkte, auf denen sichere, nachhaltige
30 Produkte aus guter Arbeit angeboten werden.

31 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland sollen die Möglichkeiten von
32 Digitalisierung und weltweiter Vernetzung nutzen können. Wir investieren in schnelle
33 Glasfaserverbindungen, die überall in Deutschland schnelles Internet ermöglichen. Und wir wollen
34 ein offenes und freies Internet. Dabei sollen Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über ihre Daten
35 behalten.

36 **Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis stärken:**

37 Die Stärke unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der vielfältigen Wirtschaftsstruktur – vom
38 mittelständischen Familienbetrieb über das große Industrieunternehmen, über die regionale
39 Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede – sowie der breiten Wertschöpfungskette
40 von der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt und den damit verbundenen Dienstleistungen.
41 Während andere Staaten in den vergangenen Jahrzehnten einseitig auf Dienstleistungen und die
42 Finanzwirtschaft gesetzt haben, haben wir darauf geachtet, die ganze Bandbreite unserer Wirtschaft
43 zu erhalten. Im Gegensatz zu anderen Ländern haben wir in Deutschland deshalb nach wie vor eine
44 starke Industrie. Diese breite Basis wollen wir weiter ausbauen.

45 Wir wollen, dass Deutschland der Standort der führenden Automobilindustrie bleibt. Die Zukunft des
46 Automobils ist elektrisch. Deshalb ist der **Aufbau einer Batteriezellenfertigung in Deutschland von**

1 **zentraler strategischer Bedeutung.** Hiervon wird abhängen, ob wir auch in Zukunft die gesamte
2 Wertschöpfung des Automobils abdecken können.

3 Industrie 4.0 ist die vierte industrielle Revolution – nach Dampfmaschine, Elektrifizierung und
4 Automatisierung. Jeder dieser Veränderungsprozesse wurde von Sozialdemokratie und
5 Gewerkschaften sozial verträglich gestaltet. Wir werden auch den digitalen Wandel unserer
6 Wirtschaft aktiv begleiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden werden
7 wir daran arbeiten, dass **Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland** wird. Dafür ist es wichtig,
8 dass wir den Mittelstand und das Handwerk in ihrer ganzen Breite für die Digitalisierung gewinnen.
9 Die Vernetzung von Industrie und Mittelstand mit Startups wird über den Erfolg von Industrie 4.0
10 mitentscheiden. Darin stecken enorme Potenziale – sowohl für den wirtschaftlichen wie auch den
11 gesellschaftlichen Fortschritt. Diesen Wandel werden wir nach sozialen Prinzipien organisieren.

12 Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „**Innovationsmotor Mittelstand**“ werden wir unsere
13 mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen. Dabei stehen Maßnahmen im
14 **Mittelpunkt, die Fachkräfte für die Betriebe sichern, die Innovation fördern und die Mittelstand und**
15 **Handwerk gezielt entlasten.** Zugleich werden wir den exportorientierten Mittelstand mit einer
16 aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.

17 Die Fachkräftesicherung ist das drängendste Problem des Handwerks und vieler mittelständischer
18 Betriebe. In bestimmten Berufszweigen ist es mittlerweile schwierig, Auszubildende zu finden. Daher
19 werden wir unter anderem die Ausbildungs- und Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung
20 der Berufsschulen – auch als Lernwerkstätten für Industrie 4.0-Technologien – investieren, ein Recht
21 auf Weiterbildung einführen, Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen und ein
22 modernes Einwanderungsrecht schaffen.

23 Die Grenzen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen lösen sich weiter auf.
24 Unternehmen werden aus gewonnenen Daten neue Geschäftsmodelle mit neuen Dienstleistungen
25 („Smart Services“) entwickeln. Daher werden wir prüfen, inwieweit Förderprogramme für
26 technologische Innovationen auch auf datengetriebene Geschäftsmodelle ausgeweitet werden
27 können, wie zum Beispiel das erfolgreiche **Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)**.

28 Gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern wollen wir **regionale**
29 **Innovationsagenturen** gründen. Sie unterstützen den digitalen Wandel in der Fläche und vor allem
30 den Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Den Einsatz digitaler Technologie im
31 Mittelstand werden wir anschieben. Für digitale Ausrüstung sollen kleine und mittlere Unternehmen
32 einen Zuschuss erhalten, wenn sie sich zuvor beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept
33 vorlegen. Kleinere und mittelgroße Unternehmen wollen wir durch einen „**Forschungsbonus**“
34 finanziell unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. Gerade
35 mittelständische Unternehmen benötigen diese Förderung, um ihre Wachstumschancen nutzen zu
36 können. Darüber hinaus werden wir auch die bestehenden Forschungs- und Innovationsprogramme
37 weiter ausbauen. Und wir werden die Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und
38 Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern. Nach dem Vorbild von
39 Nordrhein-Westfalen wollen wir außerdem einen **Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze**
40 einführen. In diesem Zuge werden wir auch die Mittel für die Programme ZIM und industrielle
41 Gemeinschaftsforschung aufstocken.

42 Die Digitalisierung verändert auch im besonderen Maße den Einzelhandel. Wir wollen die Ergebnisse
43 aus der Dialogplattform Einzelhandel auswerten, um Strategien für lebendige Innenstädte und für
44 die Nahversorgung im ländlichen Raum zu erarbeiten. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung für den
45 Handel und die Verbraucherinnen und Verbraucher konsequent zu nutzen. Das schnelle Wachstum
46 des Internets ist auch der Verfügbarkeit von freier Software zu verdanken, die heute noch einen
47 großen Teil der Infrastruktur betreibt: Diese Idee wollen wir übertragen und den Anteil freier

- 1 Software in Verwaltung und Bildungseinrichtungen erhöhen, um innovative
2 Unternehmensgründungen im regionalen Markt zu unterstützen.
- 3 Deutschland profitiert von der weltweit **zunehmenden Nachfrage nach umweltfreundlichen**
4 **Produkten**, Technologien und Dienstleistungen. Hier finden inzwischen hunderttausende Menschen
5 Arbeit. Diese Erfolgsgeschichte der ökologischen Industriepolitik wollen wir fortsetzen. Mit ihrem
6 Energiewende-Know-how haben Unternehmen aus Deutschland beste Absatzchancen in der ganzen
7 Welt. Wir wollen insbesondere **kleine und mittlere Unternehmen auf dem Weg in die Weltmärkte**
8 **mit unserer Außenwirtschaftspolitik unterstützen**. Damit leisten wir auch einen Beitrag für eine
9 globale saubere Energieversorgung und eine intakte Umwelt.
- 10 Der **Strukturwandel in der Energiewirtschaft** wird sich fortsetzen. Ganz besondere
11 Herausforderungen sind in den bisher durch die Braunkohle geprägten Regionen in der Lausitz, im
12 Mitteldeutschen wie auch im Rheinischen Revier zu bewältigen. Hier müssen regionalwirtschaftliche
13 Strukturen auf- und ausgebaut werden, die **an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen**
14 **und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern**. Wir werden diese Herausforderung gemeinsam
15 mit den Ländern, den betroffenen Regionen, den Gewerkschaften, den Unternehmen und den
16 Bürgerinnen und Bürgern angehen. Dabei hilft uns die fortschreitende Energiewende. Es werden in
17 großem Umfang neue Technologien – Speicher und Batterien, Entwicklungszentren für Materialien
18 und Prozesstechnik – benötigt. Wir wollen mit Bundesmitteln die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten
19 in den betroffenen Regionen zusammenführen.
- 20 **Unnötige Bürokratie abbauen – Mittelstand entlasten:**
- 21 Unsere Gesellschaft braucht klare Regeln. **Unnötige Bürokratie hingegen werden wir abschaffen**.
22 Unternehmen sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können und nicht auf das Ausfüllen von
23 Formularen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige trifft unnötige
24 Bürokratie besonders hart.
- 25 Wir werden Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien. Ein
26 gutes Beispiel für Bürokratieentlastung und Investitionserleichterung ist die von uns durchgesetzte
27 Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter.
- 28 Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft online erledigen lassen. Daher wollen wir für eine
29 schnelle Umsetzung der **Digitalisierung in der Verwaltung** sorgen. Diese sorgt einerseits für mehr
30 Benutzerfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger als Nutzer. Andererseits kann die Verwaltung
31 selbst durch die Digitalisierung effizienter und fehlerfreier arbeiten. Eine moderne und effiziente
32 Verwaltung wird möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Wir wollen, dass
33 Nutzerinnen und Nutzer sich einfach und sicher mit einer Zugangsberechtigung für alle
34 Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können. Niemand soll seine Daten mehrfach übermitteln
35 müssen. Den jeweiligen Bearbeitungsstand der Verwaltung sollen Antragsteller jederzeit
36 nachvollziehbar können.
- 37 **Innovationen und Gründergeist:**
- 38 In Deutschland brauchen wir mehr Bereitschaft für Innovationen und einen noch stärkeren
39 Gründergeist. **Junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die Start-ups**, tragen dazu bei, dass
40 mutige Ideen zu neuen Geschäftsmodellen führen und attraktive Arbeitsplätze entstehen. In ihnen
41 steckt das Potenzial, den Mittelstand von morgen zu bilden.
- 42 Unser Ziel ist es, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können. Wir
43 wollen, dass **Firmengründer alle Fragen aus einer Hand beantwortet bekommen** – schnell und
44 unbürokratisch. Vor allem E-Government-Lösungen ermöglichen zielgenaue Beratung und
45 erleichtern den Einstieg ins neue Geschäft.

1 Oft scheitern kleine und mittlere Unternehmen an den bürokratischen Hürden für Förderprogramme.
2 Deshalb werden wir die Antragstellung vereinfachen, damit Unternehmensgründer einfach und
3 schnell Unterstützung bekommen und sich voll auf ihr Geschäftsmodell konzentrieren können.
4 Zudem werden wir die **Rahmenbedingungen für Wagniskapital** weiter verbessern.

5 Hochschulen sind seit jeher ein wichtiger Ort für Innovationen. Mit einer „**Kultur des Mutes**“ wollen
6 wir **junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dafür begeistern, Unternehmen zu gründen**.
7 Dazu muss das Thema Unternehmensgründungen stärker in der Lehre verankert und müssen
8 Gründungsfreisemester für Studierende ermöglicht werden. Auch Beschäftigte an Hochschulen
9 sollen ein **Recht auf ein „Gründer-Sabbatical“** bekommen.

10 Obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie nie zuvor, gründen sie nur knapp drei von zehn
11 Unternehmen. Unser Ziel ist es, Frauen dabei zu unterstützen, um öfter Unternehmen zu gründen.
12 Die Förderung von Existenzgründerinnen und selbstständigen Frauen bringt mehr wirtschaftliches
13 Wachstum, eine Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie mehr
14 Chancengleichheit und Gleichstellung im Erwerbsleben. Deshalb wollen wir mehr Frauen als
15 Gründerinnen fördern, u.a. durch einen besseren Zugang zu Gründungskapital und eine auf ihre
16 Bedürfnisse angepasste Beratung und Unterstützung.

17 Scheitern darf nicht das Ende für Gründerinnen und Gründer bedeuten. Wir wollen eine **Kultur der**
18 **„nächsten Chance“** etablieren und in diesem Sinne auch das Insolvenzrecht überprüfen.

19 **Wir stärken Genossenschaften!** Denn sie sind eine krisenfeste Unternehmensform in den
20 unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen. Dazu benötigen wir Förderprogramme, die eine starke
21 Mitgliederbeteiligung unterstützen und kleineren Genossenschaften Orientierungshilfen bieten.

22 Wir setzen uns auch weiterhin für eine Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge im
23 europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen ein.

24 Für Wachstum und Erfolg brauchen Unternehmen immer auch einen **handlungsfähigen Staat**. Einen
25 Staat, der Impulse für Innovationen setzt. Dabei wollen wir nicht nur technische
26 Produktinnovationen, sondern auch **soziale Innovationen** fördern. Soziale Innovationen sind neue
27 Wege, gesellschaftliche Probleme zu lösen, beispielsweise durch Telearbeit oder
28 Konsummöglichkeiten wie Car-Sharing. Wir wollen offen sein für neue Verfahren und
29 Lösungsstrategien für sämtliche Bereiche unseres Lebens, von der Wirtschaft über das Arbeitsleben
30 bis hin zum Umweltschutz.

31 **Forschung und Entwicklung:**

32 Wir brauchen exzellente Forschung und Entwicklung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
33 Herausforderungen bewältigen zu können. Mit unserer Forschungsförderung wollen wir **Vernetzung,**
34 **den interdisziplinären Austausch und Kooperationen stärker unterstützen**. Die Freiheit der
35 Forschung ist langfristig die wichtigste Voraussetzung für Innovation.

36 Die **Vielfalt der Forschungslandschaft in Deutschland** ist ein wichtiger Standortvorteil. Universitäten,
37 Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, forschende Unternehmen und
38 die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten hervorragende Arbeit.

39 Forschung braucht eine verlässliche Finanzierung. Bis 2025 wollen wir **3,5 Prozent des**
40 **Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung** aufwenden. Im Rahmen der neuen,
41 dauerhaften Finanzierungsarchitektur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir so
42 Innovationen fördern. Den erfolgreichen Pakt für Forschung und Innovation werden wir als wichtige
43 und verlässliche Säule dieser Architektur weiterentwickeln und dabei die Kooperation von
44 Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärken.

45 Wir wollen zusätzliche Möglichkeiten für den Bund schaffen, Forschungseinrichtungen an
46 Hochschulen direkt zu fördern. Die **Forschungsförderung des Bundes für Fachhochschulen werden**

- 1 **wir verdoppeln.** Für Projekte, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden,
2 wollen wir die Programmpauschale (Overhead) auch nach 2020 fortführen.
- 3 Wir brauchen **eine nationale Strategie für Hochleistungsrechner**, um die sprunghaft wachsende
4 Nachfrage an Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach Speicher- wie Rechenkapazität besser
5 erfüllen zu können.
- 6 Wir werden **zukunftsweisende Technologien fördern**, die große Wertschöpfung mit neuen
7 Arbeitsplätzen und Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden, beispielsweise in der
8 Gesundheitswirtschaft, der Bio- und Nanotechnologie, den Umwelt- und Klimaschutztechnologien,
9 in der Materialforschung oder Robotik. Wir wollen die Übertragung von wissenschaftlichen
10 Erkenntnissen auf die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen vorantreiben und für
11 bessere Arbeitsbedingungen nutzen. Dafür werden wir die Transferförderung, die
12 Validierungsforschung an der Schnittstelle zwischen Forschung und Anwendung sowie die Arbeits-,
13 Berufsbildungs- und Dienstleistungsforschung weiter ausbauen. Wir stärken wissenschaftsbasierte
14 Netzwerke von Wissenschaft, Industrie, Mittelstand und Startups, damit sie ihre zunehmenden
15 Aufgaben in Forschung und Transfer besser wahrnehmen können.
- 16 Für Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen brauchen wir die Kreativität von
17 Forscherinnen und Forschern. Sie benötigen für ihre Arbeit **wissenschaftliche Autonomie und
18 finanzielle Planungssicherheit**. Forscherinnen und Forscher sollen aber auch mehr Spielräume
19 erhalten, um ihre Forschungsthemen unabhängig von kurzfristigen Aussichten auf Nutzen und
20 Verwertungschancen wählen und verfolgen zu können. Wir werden dafür gemeinsam mit der
21 Wissenschaft einen neuen Förderansatz schaffen, in dem potenziell disruptive Innovationen direkt
22 und unbürokratisch ausprobiert werden können.
- 23 Wir wollen die Akzeptanz **bei Bürgerinnen und Bürgern für neue Technologien erhöhen**. Mit
24 Transparenz, Information und Beteiligung werden wir Befürchtungen abbauen und Ängsten
25 vorbeugen. Die Zivilgesellschaft wird in den Innovationsdialog der Bundesregierung eingebunden.
26 Die Ergebnisse des Dialogs werden veröffentlicht.
- 27 **Klare Regeln für die Finanzwirtschaft:**
- 28 Die Realwirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger und auch der Staat brauchen ein Finanz- und
29 Bankensystem, das sicher und verlässlich ist. Wir wollen international die treibende Kraft bei der
30 Kontrolle und Aufsicht der Finanzmärkte werden. Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt und kein
31 Finanzakteur darf zukünftig ohne Regulierung und ohne Kontrolle sein. Die Aktivitäten der
32 Finanzmärkte müssen auf die Erfordernisse der realen Wirtschaft ausgerichtet sein.
- 33 Regional tätige Finanzinstitute wie **Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken** sind
34 wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir sehen sie als
35 wichtige Säule für die Stabilität im Finanzsystem und kämpfen daher für ihren Erhalt. Wir werden bei
36 der Regulierung danach unterscheiden, ob es sich um Sparkassen, Genossenschaftsbanken und
37 Förderbanken handelt oder um systemrelevante Großbanken.
- 38 Auf internationaler und auf EU-Ebene gibt es Bestrebungen, eine klare und angemessene
39 **Verschuldungsquote für Banken** einzuführen. Das unterstützen wir. Wenn eine Bank in Schieflage
40 gerät, sollen vorrangig ihre Anteilseigentümer und deren vermögende Gläubiger haften (Bail-in-
41 Prinzip). Wir setzen uns für eine **klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanking** und eine
42 deutliche Einschränkung des Eigenhandels von Banken ein. Damit werden hochriskante
43 Spekulationen und die von ihnen ausgehende Gefahr für die Stabilität von Geschäftsbanken
44 eingedämmt.
- 45 Für Finanzinstitute außerhalb des Banken- und Versicherungssektors, zum Beispiel Hedgefonds und
46 andere Schattenbanken, fordern wir einen Kriterienkatalog zur Prüfung ihrer Bedeutung für das

1 Finanzsystem. Solche **systemrelevanten Finanzinstitute sollen verbindlichen**
2 **Eigenkapitalanforderungen und einer Aufsicht unterliegen.** Alle Geschäftsbeziehungen zwischen
3 Banken und Schattenbanken müssen transparent sein und „Ansteckungsrisiken“ minimiert werden.
4 Beim Derivatehandel wollen wir die Regulierung von unbesicherten „over the counter“-Geschäften
5 zügig vollenden und bank- und börseninterne Handelsplattformen für den anonymen Handel mit
6 Finanzprodukten („dark pools“) der Aufsicht unterstellen. **Mindesthaltefristen zur Begrenzung des**
7 **Hochfrequenzhandels** sind ein sinnvolles Instrument.

8 Wir wollen die Rolle von Rating-Agenturen bei der Prüfung und Einschätzung von Risiken und im
9 Beratungsgeschäft deutlich einschränken und besser regulieren. Dazu wollen wir das **Rating-**
10 **Geschäft klar von der Beratung trennen** und noch mehr als bisher dafür sorgen, dass sich
11 hoheitliches Handeln seltener auf private Ratings bezieht.

12 Wir wollen kleine, junge und innovative Finanzdienstleister (FinTechs) bei der
13 Gründungsfinanzierung unter eine vereinfachte Aufsicht stellen. Gute Beratung und der Schutz der
14 Kunden dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden.

15 Deutschland ist ein wichtiger Finanzstandort. Wir wollen ihn stärken und weitere Finanz- und
16 Regulierungsinstitutionen ansiedeln. Wir unterstützen das Ziel, einen einheitlichen europäischen
17 Kapitalmarkt zu schaffen. Außerdem setzen wir uns für die **Einführung der Finanztransaktionssteuer**
18 ein.

19 **Verbraucherrechte stärken:**

20 Wir benötigen im Verbraucherschutz gute Gesetze und ihre wirksame Durchsetzung, damit **Recht**
21 **bekommt, wer Recht hat.** Qualifizierte Verbände sollen rechtliche Streitigkeiten, die viele
22 Verbraucherinnen und Verbraucher betreffen, mit nur einer Klage vor Gericht
23 (**Musterfeststellungsklage**) klären lassen können. Verbraucherorganisationen können schon heute
24 bestimmte Verbraucherrechte auf dem Weg der **Verbandsklage** durchsetzen. Wir werden diese
25 Möglichkeit weiter ausbauen.

26 Der vorzeitige Verschleiß von Produkten ärgert Verbraucherinnen und Verbraucher und schadet der
27 Umwelt. Daher müssen **Gewährleistungs- und Garantieansprüche im Alltag besser durchsetzbar**
28 **sein.** Hierfür sollen Produkte und elektrische Geräte bezüglich ihrer Lebensdauer nachvollziehbar und
29 vergleichbar gekennzeichnet werden. Auch die Reparatur- und Updatefähigkeit von Produkten muss
30 erhöht und europaweit besser geregelt werden. Für die Vergabe von Nachhaltigkeitssiegeln werden
31 wir verbindliche Prüfkriterien einführen.

32 Auch in der digitalen Wirtschaft gilt der Verbraucherschutz. Bürgerinnen und Bürgern müssen
33 Produkte und Dienstleistungen aus dem Internet sicher nutzen können. Das persönliche Profil aus
34 Daten ermöglicht es im Internethandel, Waren und Dienstleistungen an die Wünsche und
35 Bedürfnisse einzelner Verbraucherinnen und Verbraucher anzupassen. Es lässt aber auch zu, dass
36 sich etwa die Höhe der aufgerufenen Preise an Zahlungsfähigkeit, Alter, Wohnort oder anderen
37 Faktoren ausrichtet. **Unfaire individuelle Preisbildung als Folge der Profilbildung aus Nutzerdaten**
38 **lehnen wir ab.** Gegen einen solchen Missbrauch werden wir wirksame Regelungen treffen.

39 Beim „Scoring“, also der individuellen Risikovorhersage für einzelne Verbraucherinnen und
40 Verbraucher, müssen die herangezogenen Daten und ihre Gewichtung der Aufsicht offengelegt
41 werden. Es soll klare Regeln für **Löschfristen und Löschpflichten für negative, falsche und veraltete**
42 **Einträge** geben.

43 **Wir stärken die Rechte von Finanzkunden,** denn sie sollen sich bei Bank-, Börsen- und
44 Versicherungsgeschäften sicher und auf Augenhöhe mit Finanzdienstleistern bewegen können.
45 Dafür wollen wir Auskunftssysteme regulieren und für umfassende Transparenz bei der Beratung
46 sorgen – unter anderem durch die Stärkung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung

1 auf Provisionsbasis. Die **Kontrolle der Finanzanlagenvermittler** über die Gewerbeordnung wollen wir
2 auflösen. Sie soll der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterstellt werden, um zu
3 einem einheitlichen Aufsichtsrecht zu gelangen.

4 Smartphone-Apps nehmen eine immer wichtigere Rolle in vielen Bereichen des Lebens ein. Wir
5 wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer vor einem Download umfassend, klar und verständlich
6 informiert werden. Sie sollen die **Funktionen einer App zuverlässig einschätzen** können.

7 Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Kontrolle über ihre Daten haben. Dazu gehört auch,
8 dass sie ihre Daten auf neue Geräte anderer Hersteller mitnehmen können. Es geht uns um
9 Wahlfreiheit in neuen digitalen Märkten. Dafür brauchen wir Wettbewerb. So dürfen hohe Kosten
10 bei einem Anbieterwechsel (Netzwerk- und Lock-In-Effekte) nicht dazu führen, dass Kundinnen und
11 Kunden beispielsweise nur schwer ihren Mobilfunkanbieter wechseln können.

12 Auch gegenüber **Vermittlungsplattformen (Sharing Economy)** werden wir Verbraucherrechte
13 stärken: mehr Informationen für Nutzerinnen und Nutzer und bessere Absicherung gegen
14 gravierende Risiken. Bei der kartellrechtlichen Bewertung der Plattformen sollen neben dem reinen
15 Umsatz auch der Wert von Nutzerzahlen und personenbezogene Daten eine Rolle spielen, um
16 Monopole zu verhindern und Pluralität der Anbieter sicherzustellen.

17 Die Produkt- und Herstellerhaftung werden wir so anpassen, dass auch Schäden aufgrund von
18 Programmierfehlern oder unzureichenden Verschlüsselungen oder mangelnder IT-Sicherheit so
19 geregelt sind, wie Schäden aufgrund von Produktionsfehlern.

20 Das Geldabheben an fremden Bankautomaten ist in Deutschland eine Kostenfalle. Wir wollen eine
21 **Begrenzung der Gebühren beim Abheben von Bargeld an fremden Bankautomaten**. Aktuelle
22 Überziehungszinsen von bis zu 14 Prozent treffen besonders Menschen, die überschuldet sind und
23 kein anderes Girokonto eröffnen können. Daher **werden wir einen „Dispo-Deckel“** einführen.

24 Wir wollen rechtswidrig erworbene Gewinne deutlich besser abschöpfen können und die
25 **abgeschöpften Gewinne zur Finanzierung der Verbraucherberatung und -information** verwenden.

26 Bei digitalen Finanztransaktionen brauchen wir die freie Wahl des Zahlungsdienstleisters und
27 höchstmögliche Sicherheit und Datenschutz. Wir setzen uns für ein Recht auf anonymes bargeldloses
28 Bezahlen unter Berücksichtigung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen bspw. zum
29 Jugendschutz und zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus ein.

30 Die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband werden wir weiter fördern und ihren Status als
31 **Marktwächter ausbauen**. Auch staatliche Aufsichtsbehörden wie das Kraftfahrzeugbundesamt sollen
32 sich verstärkt um Verbraucherinteressen kümmern. Das **Bundeskartellamt werden wir so** ausbauen
33 und mit Kompetenzen für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz ausstatten. Die unabhängige
34 Verbraucherforschung werden wir weiter fördern.

35 **Digitalisierung in der Stadt und auf dem Land:**

36 Im Jahr 2025 wollen wir in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen haben. Wir
37 schaffen „**Breitband für alle**“, auch um die digitale Spaltung zwischen städtischen Ballungszentren
38 und ländlichen Räumen zu überwinden. Wir werden eine flächendeckende digitale Infrastruktur auf
39 hohem Niveau sicherstellen.

40 Die Versorgung mit einer Datengeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, soll nur
41 ein erster Zwischenschritt bis 2018 sein. Unser Ziel sind Gigabitnetze. Bis 2025 sollen mehr als 90
42 Prozent aller Gebäude daran angeschlossen sein. Die hierfür notwendigen Investitionen werden wir
43 fördern.

44 Die Entwicklung der 5. Generation der mobilen Datenübertragung (5G-Standard) werden wir weiter
45 vorantreiben. Dafür müssen die Antennenstandorte mit Glasfaser erschlossen werden. Die
46 Mobilfunktechnologie schafft weitere notwendige Bandbreiten.

1 WLAN, also ein offenes drahtloses Internet, ist Teil einer modernen digitalen Infrastruktur. Wir
2 wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen **offene und kostenfreie WLAN-Hotspots** verfügbar
3 machen.

4 Wir wollen die Gleichbehandlung bei der Datenübertragung im Internet und den
5 diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen. Diese **Netzneutralität ist entscheidend für das**
6 **offene und freie Internet** sowie für fairen Wettbewerb. Die nach europarechtlichen Vorgaben
7 möglichen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität müssen eng begrenzt bleiben. In diesen
8 Fällen hat die Bundesnetzagentur streng darauf zu achten, dass sich die Internetqualität nicht
9 verschlechtert.

10 **Datensicherheit und digitale Grundrechte:**

11 Ziel unserer Datenpolitik ist es, das **Recht auf Privatsphäre** zu gewährleisten. Gleichzeitig wollen wir
12 das wirtschaftliche Potenzial von Daten nutzen, denn Datenschutz und Big Data schließen sich nicht
13 aus. Wir werden klare Regelungen schaffen, wie Daten verfügbar gemacht werden können und wer
14 welche Daten wann, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen verwenden darf. Bürgerinnen
15 und Bürger sollen zu jeder Zeit einen Überblick über die Verwendung ihrer Daten haben. Es dürfen
16 keine neuen Datenmonopole entstehen. Personenbezogene Daten sind dabei besonders
17 schützenswert. Nutzerinnen und Nutzer müssen grundsätzlich einwilligen, wenn personenbezogene
18 Daten über sie erhoben, genutzt oder verwendet werden. Datenspeicher und Netzwerke müssen
19 besser gegen illegale Zugriffe von außen gesichert sein.

20 Die Aufgabe von Datenpolitik ist auch, Antworten auf zukünftige Entwicklungen zu liefern und den
21 rechtlichen Rahmen vorzugeben. Aus der Verknüpfung von Daten, den zunehmenden Umgang mit
22 neuen Technologien – wie autonomem Fahren und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz – ergeben
23 sich viele **neuartige rechtliche und ethische Fragen**. Diese wollen wir in einem umfassenden Dialog
24 mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft im Rahmen einer Daten-
25 Ethikkommission klären.

26 Mit der wachsenden Bedeutung des Internets und der wachsenden Abhängigkeit von vernetzter
27 Technik wird die Frage nach Sicherheit im Netz zugleich zur Frage nach der Sicherheit vieler wichtiger
28 anderer Bereiche. Der NSA-Skandal und die Internetkriminalität verunsichern die Menschen. Wir
29 wollen das Freiheitsversprechen des Netzes zurückgewinnen. Der Erfolg des Netzes beruht gerade
30 auf seiner freiheitlichen und offenen Architektur, die wir erhalten und ausbauen wollen. Wir setzen
31 uns für Regelungen auf internationaler Ebene ein, mit denen wir Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft
32 und öffentliche Institutionen vor Ausspähung und Cyberangriffen schützen wollen. **Unser Ziel ist ein**
33 **„Völkerrecht des Netzes“**, das die digitalen Grundrechte definiert. Vor diesem Hintergrund wollen
34 wir Deutschland und Europa als führenden Standort für Datenschutz und IT-Sicherheit etablieren
35 und werden innerhalb der EU für eine digitale Grundrechtecharta werben.

36 Wir wollen Hürden in der Nutzung und beim Angebot von digitalen Dienstleistungen für
37 Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen in ganz Europa abbauen. Wer in Deutschland etwa
38 als Startup mit Dienstleistungen an den Markt geht, ist damit sogleich Teil des gesamten
39 europäischen Binnenmarktes. Hindernisse für das grenzüberschreitende digitale Wirtschaften
40 werden wir konsequent abbauen. Die Aufsicht über digitale Dienste in Europa wollen wir eindeutig
41 regeln.

1 **Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat**

2 Unser Sozialstaat ist eine Errungenschaft. Er sorgt für sozialen Ausgleich, stärkt unsere Wirtschaft
3 und gibt den Menschen die Sicherheit, die sie brauchen, um über ihr Leben selbst zu bestimmen.

4 Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, nach jahrzehntelanger Arbeit im Alter ein
5 auskömmliches Einkommen zu beziehen und bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit bestmöglich
6 versorgt zu sein. Und beim Verlust des Arbeitsplatzes erwarten sie eine gute Absicherung. Ein
7 Sozialstaat, der die Bürgerinnen und Bürger unterstützt, erhöht die Sicherheit und fördert
8 gesellschaftlichen Fortschritt und Wandel. Wir werden den Sozialstaat noch besser machen, damit
9 sich in Zukunft alle auf ihn verlassen können.

10 Der medizinische Fortschritt soll wieder gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert
11 werden. Und wir sorgen dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können,
12 unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste medizinische und pflegerische Versorgung zu
13 bekommen. Dafür schaffen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und durch die alle die
14 notwendigen medizinischen Leistungen bekommen. Eine Zwei-Klassen-Medizin soll es nicht länger
15 geben. In der Alterssicherung gilt für uns der Grundsatz: Nach jahrzehntelanger Arbeit ermöglicht die
16 Rente ein angemessenes Leben im Alter. Der Sozialstaat ist für alle da, deshalb werden wir auch neue
17 Beschäftigungsformen wie die Solo-Selbstständigkeit absichern und in die Sozialversicherungen
18 einbeziehen.

19 **Eine Bürgerversicherung für alle in Gesundheit und Pflege:**

20 Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die **paritätische**
21 **Bürgerversicherung**. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen
22 Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag
23 der Versicherten ab.

24 Alle erstmalig und bislang gesetzlich **Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung**
25 **aufnehmen**. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein
26 beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die öffentlichen Arbeitgeber können wählen, ob sie für
27 gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über
28 die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen. Bisher Privatversicherte können
29 wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Die Finanzierung der
30 Bürgerversicherung muss gerecht sein. Gesellschaftliche Aufgaben müssen auch solidarisch
31 finanziert werden. Darüber hinaus ist es unser Ziel, **Menschen mit chronischen Erkrankungen von**
32 **Zuzahlungen zu entlasten**. Auch in der **Pflege** soll es die **Bürgerversicherung** geben. Wir wollen
33 Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken absichern.

34 Mit der Bürgerversicherung schaffen wir eine **einheitliche Honorarordnung** für Ärztinnen und Ärzte.
35 Bislang werden Privatpatientinnen und -patienten oftmals bevorzugt, da ihre Behandlung höher
36 vergütet wird. Das werden wir beenden. Damit richtet sich die Vergütung medizinischer Leistungen
37 nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht danach, ob sie privat oder gesetzlich
38 versichert sind.

39 **Gesundheitsversorgung sicherstellen:**

40 Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-
41 Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie medizinischer Versorgung oft Standard. Wir
42 wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit
43 sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir **eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten**
44 **medizinischen Versorgung**. Die Vorbeugung von Krankheiten (Prävention) und die Rehabilitation
45 beispielsweise nach einer schweren Erkrankung müssen im Rahmen dieser Planung gestärkt und
46 auch die Pflege einbezogen werden. Wir brauchen darüber hinaus mehr Hausärztinnen und

1 Hausärzte als heute, denn sie sind die erste Anlaufstelle im Krankheitsfall. Die Kompetenz der
 2 Apothekerinnen und Apotheker muss in die Versorgungsstrukturen effizient mit eingebunden
 3 werden. Wir wollen die Notfallversorgung verändern, um den Zugang für alle sicherzustellen.
 4 Wir setzen uns für **mehr und besser bezahltes Pflegepersonal** in Krankenhäusern ein. Deshalb wollen
 5 wir verbindliche Personalstandards umsetzen. Wir brauchen außerdem bessere Arbeitsbedingungen
 6 in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist
 7 dazu ein wichtiger Beitrag. Gut ausgebildete Pflegekräfte sorgen für eine kultur- und
 8 geschlechtersensible Pflege. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es
 9 nur mit ausreichend Personal. Altenpflegerinnen und Altenpfleger Beschäftigte in der Pflege leisten
 10 eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden ein
 11 **Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege** umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die
 12 Beschäftigten zu schaffen.

13 Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterinnen beim Start ins Leben – vor,
 14 während und nach der Geburt. Wir müssen den Beruf attraktiver machen und die
 15 Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung
 16 widerspiegeln.

17 Wichtig ist auch, mehr Geld für notwendige Investitionen in Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen.
 18 Denn die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen
 19 werden.

20 Wir wollen, dass **medizinische Neuerungen schnell und zu fairen Preisen** vom ersten Tag an
 21 verfügbar sind. Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei den Arzneimittelpreisen in der
 22 Spitzengruppe. Sie dürfen in einem solidarisch finanzierten System aber nicht nur vom Markt
 23 bestimmt werden, sondern müssen auch ethisch vertretbar sein. Deshalb soll auch in Zukunft immer
 24 wieder neu bestimmt werden, ob neue Medikamente sicher und notwendig sind – und zu welchen
 25 Preisen sie solidarisch finanziert werden.

26 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen werden wir konsequent voranbringen. So kann etwa die
 27 Telemedizin Versorgungsstrukturen, gerade in weniger besiedelten Bereichen entscheidend
 28 verbessern oder erst ermöglichen und die elektronische Patientenakte die Partizipation und
 29 Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten, Versicherten und ihren Angehörigen und einen
 30 bruchfreien sektorübergreifenden Behandlungsprozess sichern. Wir beschleunigen den Ausbau in
 31 allen Bereichen und unterstützen Innovation. Grundlage bleibt für uns eine verlässliche einheitliche
 32 Telematikinfrastruktur, die ein beispielloses Schutzniveau der sensiblen Daten sichert. Wir sorgen für
 33 schnelle Bereitstellung und stetige Weiterentwicklung. Dabei steht für uns im Fokus, dass
 34 Patientinnen und Patienten die Hoheit über ihre Daten haben und freiwillig und eigenständig über
 35 Zugang und Weitergabe entscheiden können.

36 Wir werden Patientenrechte stärken und einen **Patientenentschädigungsfonds** als Stiftung des
 37 Bundes schaffen. Der Fonds unterstützt Patientinnen und Patienten bei Behandlungsfehlern, wenn
 38 haftungsrechtliche Systeme nicht greifen. Die Vertretung von Patientinnen und Patienten bzw.
 39 Versicherten in allen Gremien muss gestärkt werden.

40 **Gesund leben:**

41 Gesundheitliche Vorsorge und Vorbeugung soll von allen verantwortlichen Aufgabenträgern – von
 42 Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen – gemeinsam finanziert werden. Wir werden
 43 Maßnahmen zur Prävention in Kita, Schule, Betrieben und Pflegeeinrichtungen unterstützen und ein
 44 Programm „**Gesunde Stadt**“ auflegen. Es soll eng mit dem Programm „Soziale Stadt“ verknüpft
 45 werden und besonders Maßnahmen zu Bewältigung des demographischen Wandels und sozialer
 46 Ungleichheit fördern. Vorbeugende Maßnahmen für eine gesündere Ernährung und für mehr

1 Bewegung an Schulen und Tagesstätten werden ebenso unterstützt wie stadtplanerische
2 Maßnahmen zur Verringerung von Schadstoffbelastung. Denn es sind vor allem Menschen mit
3 geringem Einkommen, die unter Umweltbelastungen leiden und in den Städten besonders stark
4 Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt sind.

5 Wir setzen uns für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ein.

6 **Rente:**

7 Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Die Reformen der vergangenen Jahre
8 wirken, die Erwerbsbeteiligung ist so hoch wie nie zuvor. Der Beitragssatz der gesetzlichen
9 Rentenversicherung bleibt bis 2020 stabil. Gleichzeitig steigen die Renten spürbar – auch dank des
10 Mindestlohns. 2016 gab es die größten Rentenerhöhungen seit 23 Jahren.

11 Auf längere Sicht steht die Alterssicherung in Deutschland aber vor großen Herausforderungen.
12 Unser Ziel: das **Rentenniveau zu stabilisieren**. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, verdient eine
13 angemessene Rente, ohne auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Arbeitsleistung soll sich in
14 der Rente widerspiegeln! Unterschiedliche Erwerbsphasen, wie verringerte Arbeitszeit während der
15 Kindererziehung oder unterschiedliche Erwerbsformen wie Solo-Selbstständigkeit, werden wir
16 absichern. Auch bei Erwerbsminderung werden wir die Rente stärken.

17 Viele arbeiten heute vielfältiger und wechseln zwischen abhängiger Beschäftigung und
18 Selbstständigkeit. Das birgt Risiken für die soziale Absicherung. Und das wollen wir für das
19 Rentensystem berücksichtigen. Menschen sollen auch im Alter ein gutes Leben führen können und
20 vor Armut geschützt sein. **Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit auch zu einer Absicherung für das Alter
21 beitragen.**

22 Wir halten an dem Grundsatz „Prävention vor Reha vor Rente“ in der Rentenversicherung fest. Wir
23 brauchen eine **Reha-Offensive für das Wohl der Menschen und für das Wohl vieler Unternehmen**, die
24 ihre engagierten Fachkräfte im Betrieb benötigen. Gute Vorbeugung und Rehabilitation verringert
25 das Risiko von Frühverrentungen aufgrund einer Krankheit und erhöht die Chancen, nicht frühzeitig
26 auf Pflege angewiesen zu sein.

27 **Selbstständige besser absichern:**

28 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen auf den Wandel der Arbeit ausgerichtet werden. So
29 erfolgt zum Beispiel selbstständige Tätigkeit heute viel häufiger als früher im Wechsel mit
30 abhängiger Beschäftigung – teilweise sogar parallel dazu. Gleichzeitig arbeiten viele Selbstständige
31 „solo“, also ohne Angestellte. Zum Teil haben sie nur ein geringes Einkommen und verdienen den
32 gleichen Schutz wie Beschäftigte.

33 Die gesetzliche Krankenversicherung machen wir für Selbstständige mit geringem Einkommen
34 günstiger. Dazu werden wir die Bemessung der Beiträge für Selbstständige einkommensabhängig
35 ausgestalten und so die Beiträge bei geringen Einkommen senken. Wir wollen für Selbstständige in
36 Zukunft eine **Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung**. Ausnahmen gelten für
37 Selbstständige, die Mitglied in einem bestehenden Versorgungswerk sind. Für alle heute bereits
38 selbstständig Tätigen wollen wir eine großzügige Übergangsregelung, die sich an Altersgrenzen und
39 am Umfang der bereits geleisteten Vorsorge orientiert. Für Selbstständige, die sich in der
40 Arbeitslosenversicherung versichern, sollen künftig ebenfalls einkommensbezogene Beiträge
41 erhoben.

1 **Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben**

2 Unser Staat benötigt Einnahmen, um in die Zukunft investieren zu können: in unsere Kinder, in
3 leistungsfähige Infrastruktur und in den sozialen Zusammenhalt. Die notwendigen Ausgaben
4 müssen gerecht und solide finanziert werden.

5 Es ist gerecht, wenn diejenigen, die hart arbeiten, nicht schlechter dastehen als jene, die ihr Geld für
6 sich arbeiten lassen. Vor allem wollen wir die entlasten, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen,
7 obwohl sie mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass unser Gemeinwesens funktioniert.

8 Es ist wichtig, dass wir stärker in die Betreuung und Bildung unsere Kinder investieren – denn sie sind
9 unsere Zukunft. Familien mit Kindern brauchen unsere besondere Unterstützung.

10 Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Entwicklung
11 unseres Landes. Für mehr soziale Stabilität werden wir die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich
12 verringern. Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen sollen dazu einen angemessenen
13 Beitrag leisten. Das ist nicht nur gerecht, sondern im Interesse aller.

14 Die Bekämpfung von Steuerbetrug hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wer sein Geld am
15 Fiskus vorbeischleust, schadet den Ehrlichen. Das ist unanständig. Wir machen Politik für die
16 Anständigen.

17 **Familien sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten:**

18 Wir entlasten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Mehrheit der
19 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll mehr Netto vom Brutto haben. Das ist unser Ziel.

20 Wir werden auch Familien im Steuerrecht wirksam entlasten. Das heutige Ehegattensplitting geht an
21 fast jeder zweiten Familie mit Kind vorbei: Alleinerziehende, unverheiratete Paare, aber auch
22 Ehepartner mit in etwa gleich hohem Einkommen sind von diesen Vorteilen ausgeschlossen. Das ist
23 nicht mehr zeitgemäß.

24 Hinzu kommt: Vom derzeitigen System aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen profitieren vor allem
25 Familien mit höheren Einkommen. Das ist ungerecht.

26 Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen. Ein neues Familiensplitting soll das alte
27 Ehegattensplitting ersetzen und auf die Förderung von Kindern ausgerichtet sein. Das gilt für
28 Verheiratete wie unverheiratete Eltern mit Kindern. Partner in heute schon bestehenden Ehen sollen
29 wählen können, ob sie das alte Splittingsystem behalten oder in den neuen Familientarif wechseln
30 wollen. Alleinerziehende mit kleinem Einkommen werden damit gezielt gestärkt. Denn
31 Alleinerziehende haben in Deutschland das höchste Armutsrisiko.

32 Armut von Kindern werden wir bekämpfen. Besonders Familien mit drei und mehr Kindern stehen
33 vor finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Um sie besser zu unterstützen, wollen
34 wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das Kindergeld mit dem
35 Kinderzuschlag zusammenführen.

36 **Vermögende tragen Verantwortung:**

37 Besonders vermögende Bürgerinnen und Bürger sollen und können einen höheren Beitrag zur
38 Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen
39 leisten. Wir lehnen pauschale Steuersenkungen, in denen Spitzenverdienerinnen und -verdiener wie
40 auch Menschen mit großen Vermögen zusätzlich entlastet werden, ab.

41 Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir wieder gleich besteuern, indem wir die
42 Abgeltungsteuer abschaffen. Große Erbschaften werden wir stärker besteuern. Dafür wollen wir eine
43 umfassende Erbschaftsteuerreform mit hohen Freibeträgen, damit nicht das normale Haus der Eltern
44 oder Großeltern betroffen ist. Wir wollen eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte, die so genannte
45 **Finanztransaktionssteuer**, mit einer breiten Bemessungsgrundlage und mit einfachen Steuersätzen.

1 Auf alle Produkte des täglichen Bedarfs zahlen wir Mehrwertsteuer. Es ist nicht einzusehen, warum
2 das für Finanztransaktionen im großen Stil nicht gelten soll. Besondere steuerliche Privilegien für
3 einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und Mega-Erbschaften, werden wir zurücknehmen und
4 steuerliche Subventionen überprüfen.

5 Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft in
6 einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten befinden.
7 Tatsächlich verdienen viele Manager das 50 oder gar 100-fache ihrer Beschäftigten. Wir werden die
8 steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen. Maßlosigkeit darf
9 nicht auch noch zu Lasten der Allgemeinheit der Steuerzahler gehen.

10 **Steuerbetrug bekämpfen:**

11 **Steuerbetrug ist kriminell.** Es kann nicht sein, dass hart arbeitende Menschen und Unternehmen –
12 von der Bäckermeisterin bis zur Aktiengesellschaft – ehrlich ihre Steuern zahlen und andere ihre
13 Steuern kleinrechnen oder hinterziehen. Manche lassen sich sogar Steuern „zurückerstatten“, die nie
14 gezahlt wurden. Das verursacht Schäden in Milliardenhöhe für unsere Gesellschaft.

15 Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche werden wir daher hart bekämpfen. In Deutschland
16 wollen wir einen **gerechten Steuervollzug** – von der Steuererhebung bis zur Steuerprüfung. Wir
17 wollen, dass alle Bundesländer ihre Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig
18 aufstellen. Sämtliche aus einer Straftat erlangten Vermögenswerte und alle rechtswidrigen Gewinne
19 sollen konsequent eingezogen werden – so auch große Vermögen, deren Herkunft nicht geklärt ist.
20 Wir drehen die Beweislast um. Beim Umsatzsteuerbetrug spielen manipulierte Registrierkassen eine
21 wichtige Rolle. Das werden wir unterbinden.

22 Wir akzeptieren keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas. Deshalb wollen wir eine
23 europäische Angleichung der Unternehmensbesteuerung. Mit der Einführung einer gemeinsamen
24 Bemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen werden wir fairen Wettbewerb sichern.

25 Die Enthüllungen durch die „Panama-Papiere“ haben deutlich gemacht, dass wir ein lückenloses
26 Programm zur Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug auf internationaler Ebene brauchen.

27 **Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und international durchgesetzt werden.** Neben der
28 Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler Steuersysteme kommt es darauf an, die
29 Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -vermeidung zu stoppen. Die hohen Geldbeträge, die
30 auf diesem Weg am Fiskus vorbei ins Ausland fließen, fehlen uns für Investitionen in unsere Zukunft.
31 Seit 2017 gibt es durch den automatischen Informationsaustausch eine verbesserte Transparenz. Die
32 **Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb** (BEPS-Initiative) geht darüber hinaus. Wir
33 wollen sie vollständig umsetzen. Damit verhindern wir, dass Unternehmen ihre Gewinne durch
34 Gewinnverschiebungen künstlich kleinrechnen und sich ihrer Steuerverantwortung entziehen. Wir
35 wollen zudem ein **europäisches Unternehmensregister**, in dem alle Eigentümer, Begünstigte wie
36 auch die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden transparent
37 aufgeführt sind. Die „schwarze Liste“ der Steueroasen der OECD werden wir wieder einführen und
38 reine Vermögensanlagen in den Staaten auf dieser Liste einschränken. Bei Geschäftsbeziehungen
39 müssen die Beteiligten nachweisen, dass es keine Transaktionen mit Briekastenfirmen gibt. Wir
40 wollen ein **Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten** und harte Sanktionen für
41 Banken, die sich nicht an die Regeln halten – bis hin zum Entzug der Banklizenz.

1 **Es ist Zeit für ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land**

2 Unsere Städte und Gemeinden sind Heimat und Zuhause. Hier spielt sich das Leben ab. Hier
3 entscheiden sich Lebenschancen und ob der gesellschaftliche Zusammenhalt klappt. Wir wollen, dass
4 die Menschen sich dort zu Hause fühlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben – ob in der Stadt
5 oder auf dem Land. Das sind für uns keine Gegensätze: **Stadt und Land gehören zusammen!**

6 Die eigenen vier Wände sind entscheidend für ein gutes Leben. Deshalb müssen die Mieten auch in
7 den Metropolen bezahlbar bleiben. Viele haben auch den Traum von einer eigenen Wohnung oder
8 einem eigenen Haus. Wir wollen dabei helfen, diesen Traum zu verwirklichen und werden den
9 Erwerb von Wohneigentum in der Stadt und auf dem Land stärker fördern. Im ländlichen Raum
10 sorgen wir für eine starke öffentliche Infrastruktur, damit keine Region abgehängt wird.

11 Insgesamt brauchen wir auch weiterhin eine gute Finanzausstattung der Kommunen, die die
12 Daseinsvorsorge garantiert und lokale Handlungsspielräume erweitert. Das Ziel sind **gleichwertige**
13 **Lebensverhältnisse in allen Regionen**, in Stadt und Land, in Ost und West, in Nord und Süd.

14 **Bezahlbarer Wohnraum:**

15 Wir wollen, dass **Wohnen bezahlbar bleibt**, gerade auch mit mittlerem und niedrigem Einkommen.
16 Wenn Menschen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen, dann ist das
17 zu viel. Wir werden deshalb die **Mietpreisbremse** weiter verbessern: Durch eine größere Transparenz
18 der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die Stellung der Mieter. Stellt sich
19 heraus, dass der Vermieter für seine Wohnung mehr verlangt hat, als er darf, können die Mieterinnen
20 und Mieter künftig die gesamte zu viel gezahlte Miete zurückverlangen. Zudem setzen wir uns für
21 bessere und verbindlichere Mietspiegel ein. Falsche Angaben im Mietvertrag über die Wohnfläche
22 führen zu überhöhten Mieten. Wir wollen deshalb gesetzlich klarstellen, dass allein die tatsächliche
23 Wohnfläche über die Höhe der Miete und der Nebenkosten entscheidet.

24 Wenn der Vermieter das Haus modernisiert, holt er sich die Kosten in der Regel über die Miete
25 zurück. Wir werden die **zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen**.

26 Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen
27 und Mieter bezahlt werden.

28 Wer über ein geringes Einkommen verfügt, bekommt über das Wohngeld einen Zuschuss zur Miete.
29 Wir wollen die Höhe des **Wohngeldes** regelmäßig anpassen, um zu verhindern, dass Menschen aus
30 ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen.

31 Mit dem **Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen** haben wir einen neuen Weg beschritten.
32 Gemeinsam mit allen am Wohnungsbau Beteiligten steigern wir den Neubau von bezahlbaren
33 Wohnungen. Das werden wir fortsetzen. Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den
34 vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden sie weiterhin **an den steigenden Bedarf nach**
35 **Sozialwohnungen anpassen**. Wir werden den sozialen Wohnungsbau und die
36 Stadtentwicklungspolitik auch nach 2019 in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und
37 Gemeinden fortsetzen. Nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen können wir dafür sorgen,
38 dass ausreichend neue Wohnungen entstehen. Wir setzen uns für **mehr Wohnungen im öffentlichen**
39 **und betrieblichen Eigentum** ein.

40 Mit Investitionsanreizen und bundesweit einheitlichen Standards wollen wir gemeinsam mit den
41 Ländern **Bauen attraktiver machen** und so die Neubautätigkeit ankurbeln. Dazu gehört, dass
42 Kommunen schneller und besser planen können. Wir werden den nicht-profitorientierten Sektor auf
43 dem Wohnungsmarkt stärken. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen,
44 Baugruppen, private Investoren und Vermieterinnen und Vermieter, die sich für den sozialen
45 Zusammenhalt im Quartier engagieren und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen, werden wir
46 unterstützen und fördern. Bei all dem kommt es darauf an, nicht nur bezahlbaren, sondern auch

1 guten **Wohnraum für alle Generationen in lebenswerten Quartieren** zu schaffen. Deshalb wollen wir
2 u.a. den altersgerechten Umbau weiter fördern.

3 Neu zu bauen ist aufgrund hoher Baulandpreise für viele Menschen nicht bezahlbar. Wir wollen, dass
4 der Bund Vorbild ist und beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und Gebäude wohnungs- und
5 stadtentwicklungspolitische Ziele berücksichtigt. Hierfür werden wir das BImA-Gesetz anpassen. Wir
6 begrenzen die Spekulation mit baureifem Boden und erleichtern den Kommunen eine aktive
7 Bodenpolitik, die neuen Wohnraum schafft.

8 Mehr Menschen sollen sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können. Das dient auch
9 einer besseren Alterssicherung. Den **Erwerb von Wohneigentum** für Familien mit niedrigen und
10 mittleren Einkommen werden wir durch ein sozial gestaffeltes **Familienbaugeld** erleichtern.

11 Zusätzliche Belastungen beim Kauf werden wir reduzieren, indem wir das Prinzip „Wer bestellt
12 bezahlt“ auch für Maklerkosten beim Kauf von Wohneigentum einführen und weitere Nebenkosten
13 senken. Um zu verhindern, dass Wohnungen in den Ortskernen des ländlichen Raums leer stehen
14 und verfallen, wollen wir Familien beim **Erwerb von Bestandsbauten mit einem Programm „Jung
15 kauft Alt“** unterstützen.

16 **Lebenswerte Städte und Dörfer:**

17 Für uns gehören Stadt und Land zusammen. Gut entwickelte Städte brauchen gut funktionierende
18 ländliche Räume und umgekehrt. Dazu brauchen wir eine bessere Kooperation und Vernetzung.
19 **Stadt-Land-Partnerschaften** werden wir deshalb stärker fördern.

20 Die Entwicklung der ländlichen Gemeinden muss von allen staatlichen Ebenen unter Einbeziehung
21 der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Menschen, die in Kleinstädten und auf dem Land leben,
22 brauchen auch in Zukunft wohnortnahe Versorgungsangebote mit Einkaufsmöglichkeiten und
23 Dienstleistungen. Sie brauchen einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr, eine gute
24 Gesundheits- und Pflegeversorgung, eine gute Kinderbetreuung, generationengerechten Wohnraum,
25 ein vielfältiges Angebot an Bildung, Kultur, Freizeit und Sporteinrichtungen und schnelles Internet.
26 Wir schaffen **„Breitband für alle“**, um die digitale Spaltung zwischen den Städten und den ländlichen
27 Räumen zu beenden. Dabei wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der Frauen im
28 ländlichen Raum legen, vor allem in den Bereichen Mobilität, Vereinbarkeit von Beruf und Familie
29 sowie gesundheitliche Versorgung. Damit werden wir die Chancengleichheit verbessern
30 insbesondere auch für junge Frauen.

31 Wir wollen Regionen, die strukturschwach sind oder sich im Wandel befinden, zielgenau fördern. Die
32 bewährte Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe **„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**
33 werden wir für bessere wirtschaftliche Perspektiven in städtischen und ländlichen Regionen in ganz
34 Deutschland weiterentwickeln. Dazu wollen wir auch mit besseren Rahmenbedingungen die
35 touristische Entwicklung vor Ort nachhaltig stärken. Regionen mit besonderen demografischen
36 Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im
37 Bildungswesen, bei der Mobilität und beim Ehrenamt unterstützen. Forschung und Innovation,
38 Breitbandausbau und die Fachkräftesicherung sollen in Zukunft ebenfalls gefördert werden. Zudem
39 wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen.
40 Davon profitieren kleine Unternehmer wie beispielsweise ein Möbelschreiner oder eine Bäckerin. So
41 bleiben die Regionen lebendig und wir sorgen gleichzeitig für Zukunftsperspektiven junger
42 Menschen im ländlichen Raum.

43 Lebendige Ortszentren mit entsprechender Infrastruktur sind wichtig für die Attraktivität ländlicher
44 Räume. Aber auch funktionierende **nachbarschaftliche Netzwerke, das bürgerschaftliche
45 Engagement** und ein vitales Vereinsleben sowie eine aktive Bürgerbeteiligung tragen zur
46 Lebensqualität auf dem Land bei. Unter diesen Aspekten wollen wir **die Fördermittel des Bundes** in

1 Zukunft zielgenauer ausrichten. Selbstorganisierte Infrastrukturprojekte wie Bürgerbusse, Dorfläden
2 oder Kultur- und Sportzentren wollen wir unterstützen.

3 Quartiersmanagement, Bürgerbeteiligung und das zivilgesellschaftliche Engagement sind die
4 zentralen Erfolgsfaktoren des **Bundesprogramms „Soziale Stadt“**. Wir fördern lebendige
5 Nachbarschaften und den sozialen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir das Programm weiter
6 ausbauen und dabei mehr Mittel für qualifiziertes Personal aufwenden: Quartiersmanagerinnen und
7 -manager, Integrationsmanagerinnen und -manager und Nachbarschaftslotsen. Mehr
8 Aufmerksamkeit füreinander in den Nachbarschaften erhöht das Sicherheits- und
9 Verantwortungsgefühl. Deshalb müssen Orte wie Schulen oder Nachbarschaftszentren, Sportvereine
10 und auch das gesellschaftliche Engagement vor Ort gestärkt werden. Wir wollen lebenswerte und
11 sichere Quartiere für alle Generationen. Ältere Menschen unterstützen nicht nur ihre Kinder und
12 Enkel und engagieren sich in Vereinen, Verbänden und Nachbarschaften. Sie wollen darüber hinaus
13 selbstbestimmt und selbstständig leben und sollen sich darauf verlassen können, dass sie bei
14 zunehmendem Hilfe- oder gar Pflegebedarf die notwendige Unterstützung erhalten.

15 **Bezahlbare und nachhaltige Mobilität:**

16 Mobilität ist von zentraler Bedeutung für eine fortschrittliche Gesellschaft. Die Bürgerinnen und
17 Bürger sollen mobil sein können – ob privat oder um zu ihrer Arbeit zu kommen. Für die Wirtschaft
18 bedeutet Mobilität einen wichtigen Standortfaktor. Mobilität muss bezahlbar und umweltfreundlich
19 sein.

20 **Deutschland braucht eine Verkehrswende.** Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr dürfen
21 nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen ein „**Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität**“
22 gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um
23 Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei und sicher zu gestalten.

24 Den **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir noch attraktiver machen.** Für den Erhalt
25 und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und des ÖPNV werden wir die Finanzhilfen des
26 Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen. Gleichzeitig erwarten
27 wir von den Ländern, dass auch sie ab 2019 den ÖPNV mit zweckgebundenen Mitteln bedarfsgerecht
28 ausstatten. Zur Sicherung von Sozialstandards für die Beschäftigten im ÖPNV sind für uns Tariftreue
29 sowie die Anordnung eines Personalübergangs im Falle eines Betreiberwechsels unverzichtbare
30 Bausteine. Im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) werden wir klarstellen, dass soziale Standards
31 zum Schutz der Beschäftigten sowie qualitative und ökologische Standards auch für
32 eigenwirtschaftliche Verkehre gelten.

33 Wir werden **neue Mobilitätskonzepte** wie Carsharing weiter fördern und mit mehr Modellprojekten
34 das Verkehrsangebot im ländlichen Raum stärken. Gute Beispiele dafür sind Ruf- und Bürgerbusse.

35 Das Auto behält seine wichtige Rolle für die individuelle Mobilität, allerdings muss es zu einem
36 emissionsfreien Verkehrsmittel weiterentwickelt werden. Wir wollen die **Elektromobilität** sowohl
37 aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen voranbringen. Auf europäischer Ebene setzen
38 wir uns für ambitionierte Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von PKWs ein.

39 Wir wollen, dass in Deutschland **modernste Elektroautos entwickelt und produziert werden.** Den
40 Ausbau der Ladeinfrastruktur in Stadt und Land werden wir fördern. Auch Brennstoffzellenantriebe
41 und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland
42 weiter bei Forschung und Entwicklung stärken.

43 Wir wollen, dass Pendlerinnen und Pendler nicht permanent im Stau stehen. Wir werden daher mehr
44 investieren, um die Verkehrswege zu erhalten und auszubauen. Wir haben beschlossen, die LKW-
45 Maut für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen auf alle Bundesstraßen auszudehnen. **Wir lehnen jedoch eine**
46 **Mautpflicht für Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen ab, weil sie vor allem Handwerksbetriebe belasten**

1 **würde.** Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden wir einsetzen, um in Straßen und Brücken zu
2 investieren. Wir wollen durch frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weniger
3 Bürokratie und gezielten Personaleinsatz unsere öffentlichen Verkehrswege schneller planen und
4 bauen.

5 **Eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr bleibt**
6 **ausgeschlossen.** Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau werden wir nur realisieren, wenn
7 deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent nachgewiesen
8 worden ist.

9 Die **Infrastruktur für den Fahrradverkehr** wollen wir verbessern. Dazu gehören mehr innerörtliche
10 Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und regionale Radschnellwege. Für E-Bikes müssen
11 außerdem mehr Ladestationen unter anderem an öffentlichen Gebäuden zur Verfügung gestellt
12 werden.

13 Pünktlichkeit, guter Service und hohe Qualität müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen sein. Die
14 **Deutsche Bahn** muss im Interesse der Kundinnen und Kunden geführt werden. Für uns steht dabei
15 nicht die Maximierung des Gewinns, sondern die Maximierung des Schienenverkehrs in Deutschland
16 im Vordergrund. Mit den Regionalisierungsmitteln werden wir weiterhin einen attraktiven
17 Schienenpersonennahverkehr sicherstellen. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft
18 wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass **doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie heute die Bahn**
19 **nutzen.** Dafür werden wir die Schienenmaut für den Personen- und Güterverkehr absenken. Die
20 Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und mehr Innovationen
21 investieren. Wir werden in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im Stundentakt optimale
22 Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen „Deutschlandtakt“-Fahrplan
23 werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir modernisieren. Wir werden die
24 Attraktivität von Bahnhöfen fördern und die Sicherheit der Reisenden im Schienenverkehr durch
25 mehr Bundespolizei und Videoüberwachung an Bahnhöfen verbessern.

26 Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische
27 Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Uns ist wichtig, dass in der Fernbusbranche
28 gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.

29 Um in der Stadt und auf dem Land die eigenen Wege über alle Verkehrsträger hinweg einfach und
30 unkompliziert planen, buchen und bezahlen zu können, wollen wir eine **digitale Mobilitätsplattform**
31 einführen. Neue Technologien wie Fahrerassistenzsysteme sorgen dafür, dass weniger Menschen im
32 Straßenverkehr ums Leben kommen. Wir wollen automatisiertes Fahren in Deutschland
33 ermöglichen. Dazu werden wir schnelles mobiles Internet an den Hauptverkehrsachsen ausbauen.
34 Datenschutz und Datensicherheit müssen dabei ebenso gewährleistet bleiben wie ein Höchstmaß an
35 Sicherheit.

36 Wir wollen, dass **mehr Güter über die Schiene und über das Wasser** transportiert werden, um die
37 Straßen und die Umwelt zu entlasten. Deshalb werden wir die **Wettbewerbsfähigkeit des**
38 **Schienenverkehrs** verbessern und **die Binnenschifffahrt als umweltfreundlichere Alternative zum**
39 **LKW fördern.** Wir setzen uns für eine funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ein. Wir
40 bauen auf eine starke maritime Wirtschaft und wollen die Innovationskraft unserer Häfen,
41 Reedereien und Schiffbauer im internationalen Wettbewerb stärken.

42 Der Luftverkehr sichert die Anbindung Deutschlands an die internationalen Verkehrsströme. Somit
43 sind moderne Luft- und Logistikkreuzer mit bedarfsgerechter Kapazität von großer Bedeutung.
44 Die **Vernetzung der Flughäfen** miteinander und mit anderen Verkehrsträgern wollen wir verbessern.
45 Der Staat muss zukünftig eine stärkere Verantwortung dafür übernehmen, dass die Sicherheit an
46 Flughäfen garantiert ist. Bei allen Planungen an Flughafenstandorten müssen Bürgerinnen und

1 Bürger frühzeitig einbezogen werden. Dazu werden wir unter anderem die Fluglärmkommissionen
2 stärken. Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und Antriebe für Flugzeuge wollen wir fördern
3 Verkehr erzeugt Emissionen. Zu viele Menschen in Deutschland leben in Gebieten mit hoher
4 **Lärmbelastung und schlechter Luftqualität**. Wir wollen die Menschen spürbar vor Lärm, Schadstoffen
5 und Umweltgiften schützen. Um die Umweltbelastung in den Innenstädten zu reduzieren, werden
6 wir die Anschaffung von Bussen und Taxis mit alternativen Antrieben sowie die Nutzung von
7 Lastenrädern und die Umrüstung von innerstädtischen Lieferfahrzeugen fördern.
8 Den Lärmschutz an Autobahnen, Schienentrassen und in der Umgebung von Flughäfen werden wir
9 weiter verbessern. Wir halten an dem Ziel fest, den **Lärm im Schienenverkehr in Deutschland bis**
10 **2020 zu halbieren**. Wichtig ist hierfür die schnelle Umrüstung von lauten Güterwagen. Im
11 Luftverkehr wollen wir die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren fördern und Anreize für den
12 Einsatz leiserer Flugzeuge setzen.

1 **Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft**

2 **Umweltgerechtigkeit** ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die
3 Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen allen Menschen den
4 Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer, eine
5 vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und
6 saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkinder zu bewahren.

7 Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und
8 Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. **Klimaschutzpolitik ist daher immer
9 auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität.** Die Vereinten Nationen haben sich
10 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft verständigt. Es
11 dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur im gleichen Zeitraum
12 wieder aufgenommen werden. In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO₂ im
13 Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 wollen wir weitestgehend
14 Treibhausgasneutralität erreichen.

15 In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den
16 Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Dort gelang unter sozialdemokratischer Federführung
17 erstmalig der Entwurf einer Konkretisierung der Treibhausgasminderung in Deutschland bis 2030
18 und 2050, der es erlaubt, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit
19 funktionierenden Innovationen und geschlossenen Wertschöpfungsketten mit den Klimazielen zu
20 verbinden. Eine SPD geführte Bundesregierung wird im Dialog mit den Unternehmen, den
21 Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen Sektoren führen. Denn wir wissen, dass
22 sich soziale, ökonomische und ökologische Fragen nicht einzeln, sondern nur unter Berücksichtigung
23 der wechselseitigen Abhängigkeiten erfolgreich beantworten lassen. Im Rahmen dessen setzen wir
24 auf Technologieneutralität und Innovationsoffenheit. Die Ergebnisse dieses Dialoges werden wir im
25 Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung
26 umweltschädlicher und wettbewerbsverzerrender Subventionen. Wir werden Deutschland zur
27 **energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen.** Das ist eine Aufgabe für die gesamte
28 Gesellschaft.

29 **Energiewende vollenden:**

30 Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung
31 gesichert bleiben. **Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende.**

32 Damit die Energiewende erfolgreich fortgeführt werden kann, müssen die **verschiedenen**
33 **Energiesektoren** stärker verbunden werden. Bisher findet die Energiewende hauptsächlich im
34 Stromsektor statt. Durch Sektorenkopplung soll die Energiewende noch stärker in den Wärme- und
35 Verkehrssektor getragen werden. Speicher und andere Technologien für die Sektorenkopplung sowie
36 die Flexibilisierung und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch
37 technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch Forschungs- und
38 Entwicklungsprogramme voranbringen. Der zügige Netzausbau auf Verteil- und
39 Übertragungsebene ist für das Gelingen der Energiewende von entscheidender Bedeutung.
40 Bestehende Stromleitungen sollen mit Hilfe neuer Technologien besser ausgelastet werden.

41 Maßnahmen zur **Energieeffizienz werden wir ausbauen.** Dabei haben rentable
42 Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Erzeugen zusätzlicher Energie. Wir wollen
43 insbesondere den öffentlichen Gebäudebestand und den öffentlichen Nahverkehr zu **Vorbildern des**
44 **nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs** entwickeln. Energieeffizienzstandards von
45 Produkten und Dienstleistungen werden wir weiter verbessern.

1 Spätestens **2050 müssen wir Energie** weitestgehend **treibhausgasneutral erzeugen**. Wir stellen dabei
2 sicher, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Den europäischen
3 Emissionshandel werden wir so weiterentwickeln, dass er seine Funktion als zentrales
4 Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies nicht zu erreichen sein, werden wir Verhandlungen
5 für die Vereinbarung von CO₂-Mindestpreisen auf europäischer Ebene aufnehmen. Dabei werden wir
6 unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“
7 verhindern.

8 Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger
9 den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Erdgas, „grünes Gas“ und die bestehende
10 Gasnetzinfrastruktur werden im **Energiemix für eine flexible, sichere und CO₂-arme**
11 **Energieerzeugung** immer bedeutender. Moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung werden eine
12 wichtige Rolle im Energiesystem übernehmen. Wir werden sie deshalb entsprechend fördern.

13 Der Schutz unseres Trinkwassers und der Gesundheit haben für uns oberste Priorität. Daher haben
14 wir ein **unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking** durchgesetzt. Die hier bestehenden
15 Risiken für Mensch und Umwelt sind größer als die wirtschaftlichen Chancen. Deshalb stehen wir
16 dafür, dass es bei einem Verbot bleibt. Zudem werden wir die Schutzstandards in der
17 konventionellen Erdgasförderung überprüfen und beständig anpassen.

18 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Mit dem hinterlassenen Atom Müll
19 müssen wir gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen. Das gilt nicht zuletzt für die
20 Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben. Die **Endlagerung des**
21 **Atom Mülls muss nach menschlichen Maßstäben auf ewig sicher** sein.

22 Wir werden bei anderen Staaten aktiv dafür werben, aus der Atomenergie auszusteigen. In der EU
23 werden wir uns dafür einsetzen, die **Fördermöglichkeiten zum Bau neuer Atomkraftwerke**
24 **abzuschaffen**. In Deutschland werden wir die Hermes-Kreditbürgschaften für Exporte so regeln, dass
25 Atomenergie-Projekte davon ausgeschlossen werden.

26 Wir wollen, dass alle Menschen an der **Rendite der Energiewende** teilhaben. Deswegen sind
27 Mieterstrommodelle für uns so wichtig. Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin
28 dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und
29 mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass **Wohnen für**
30 **Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt**.

31 Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den Verbraucherinnen
32 und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende
33 prüfen. Wir werden **Bürger-Energiegenossenschaften fördern**. Den Stadtwerken kommt bei der
34 Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle zu.

35 **Schutz der biologischen Vielfalt:**

36 Eine intakte Umwelt ist unverzichtbar für ein gesundes und gutes Leben. Wir werden **bedrohte Tier-**
37 **und Pflanzenarten und ihre Lebensräume besser schützen**. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist
38 zu hoch. Langfristig müssen sich Versiegelung und Entsiegelung von Flächen die Waage halten.
39 Bereits genutzte Flächen sollen umgewandelt und wiederverwertet werden, anstatt immer neue
40 Flächen zu beanspruchen.

41 Wir brauchen außerdem **mehr Natur in der Stadt** – in Wohngebieten, in den Parks und auf den
42 Dächern. Wir werden planerische, konzeptionelle und finanzielle Voraussetzungen dafür schaffen.
43 Grünflächen haben auch eine wichtige soziale Funktion. Sie sind Orte des Austausches und der
44 Begegnung.

45 Die Maßnahmen aus der Naturschutz-Offensive 2020 müssen umgesetzt werden. Gemeinsam mit
46 den Bundesländern werden wir das nationale **Ziel von zwei Prozent großflächiger Wildnisgebiete** in

1 Deutschland vorantreiben. Außerdem werden wir das Bundesprogramm Blaues Band zur
2 Renaturierung von Flüssen und Auen umsetzen. Weitere naturschutzrelevante und ehemals
3 militärisch genutzte Liegenschaften werden wir für den Naturschutz und künftige Generationen
4 sichern. Wir werden zudem eine Moorschutzstrategie erarbeiten und umsetzen.

5 Den Anteil der Flächen mit **natürlicher Waldentwicklung** wollen wir auf fünf Prozent der
6 Gesamtwaldfläche bzw. zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche erhöhen. Die Jagd soll zeitgemäß
7 und naturnah sein. In unseren nationalen Gewässern werden wir Fischerei und andere Nutzungen
8 naturschutzgerecht regeln. Gleichzeitig unterstützen wir die Fischerei dabei, nur noch
9 umweltgerechte Fangmethoden einzusetzen. Der Überfischung unserer Meere werden wir durch
10 eine Umsetzung der wissenschaftlichen Fangmengenvorgaben entgegenwirken.

11 **Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee** durch Plastik, Fischereimüll und
12 Nährstoffeinträge sowie durch Lärm. Beim internationalen Meeresschutz setzen wir uns bei den
13 Vereinten Nationen für großflächige Schutzgebiete auf hoher See ein. Dies betrifft auch die
14 internationalen Gewässer der Arktis. Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung eines Arktis-
15 Schutzgebietes bei der internationalen Meeresschutzorganisation „OSPAR“ einsetzen.

16 **Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz:**

17 Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen führt zu Problemen, die vor
18 allem unsere Kinder und Enkelkinder belasten. Wir werden **Haushalte und Unternehmen stärker über**
19 **ressourcenschonende Alternativen informieren**. Ziel muss sein, Abfall zu vermeiden, Produkte
20 langlebiger zu machen und mehr zu recyceln. Der verminderte Einsatz von Ressourcen führt zu
21 geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen
22 Wirtschaft. Wir werden die öffentliche Beschaffung stärker auf ressourcenschonende Produkte und
23 Dienstleistungen ausrichten und das Thema stärker in der Aus- und Weiterbildung verankern.

24 **Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung:**

25 Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucher
26 und dem Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Sie soll den Beschäftigten gerechte Arbeitsbedingungen
27 und eine faire Entlohnung sichern. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht
28 und brauchen eine neue wirtschaftliche Perspektive. Denn immer mehr bäuerliche Betriebe verlieren
29 den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen.

30 Wir wollen die **Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und**
31 **Vermarktungskette ihrer Produkte stärken**. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung
32 erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Dadurch verbleibt ein
33 größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein **fairer Preis für Lebensmittel** trägt dazu bei, die
34 Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern.

35 Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der
36 **Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen** ausrichten. Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit
37 die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind
38 die **konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig**. Die SPD bekennt sich
39 deshalb zu beiden Produktionsformen.

40 Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger werden wir auf das unbedingt notwendige Maß
41 reduzieren und das Bundesbodenschutzgesetz novellieren. Weiterhin setzen wir uns für eine
42 gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Wir werden sicherstellen, dass mit sogenannten neuen
43 Züchtungstechnologien erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

44 **Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben** und wollen eine
45 Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein **staatliches**
46 **Tierschutzlabel** auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen. Der Gedanke

1 des Tierschutzes soll fest in Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden. Prüf- und
2 Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme, Tierschutzindikatoren sowie bessere Haltungs- und
3 Transportbedingungen sollen zu mehr Tierschutz beitragen.

4 Wir wollen eine nationale Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen,
5 das die **Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt**. Eingriffe an Tieren aus rein wirtschaftlichen
6 Gründen wie das Schnabelkürzen, das Kupieren von Schwänzen oder den Schenkelbrand bei Pferden
7 werden wir verbieten. Der Arzneimitteleinsatz in der Tierhaltung muss auf das notwendige Maß
8 reduziert werden.

9 Wir wollen auch für Haustiere fachkundige Halterinnen und Halter. Für Qualzuchten muss es eine
10 klare Definition und ein Haltungsverbot geben. Den Schutz von Wildtieren wollen wir vorantreiben.
11 Wir wollen eine **Ombudsstelle für einen besseren Tierschutz**. Mit einem Verbandsklagerecht werden
12 wir anerkannten Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen
13 Tierschutzverstöße vorzugehen. Auch Tierversuche müssen weiter reduziert werden.

14 Im Umwelt- und im Bauplanungsrecht nimmt die Landwirtschaft eine Sonderposition ein.
15 Fehlsteuerungen werden wir beseitigen. Baurechtlich sollen beispielsweise große
16 Tierhaltungsanlagen im Außenbereich nur noch zugelassen werden, wenn die Gemeinde einen
17 entsprechenden Bebauungsplan erlässt und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführt. Das
18 hilft dem Umweltschutz und stärkt die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Bevölkerung.

19 Die Landwirtschaft erhält mehr als jeder andere Wirtschaftsbereich Unterstützung aus
20 Steuermitteln. Wir wollen, dass der Grundsatz „**öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen**“ gilt.
21 Zu den öffentlichen Leistungen gehört die Ernährungssicherheit genauso wie der Schutz der Natur,
22 der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Bis zum Jahr 2020 werden die europäischen
23 Agrarfördermittel auf zwei Wegen ausgezahlt: Einerseits pauschale Zahlungen, deren Höhe sich nur
24 an der bewirtschafteten Fläche orientiert. Und andererseits Gelder, die gezielt in die Entwicklung
25 ländlicher Räume fließen, also unter anderem auch in Klimaschutz, Naturschutz, Tierschutz und
26 Stallbauten. Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen Subventionen bis
27 2026 einsetzen.

28 Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in
29 Deutschland und den Exportmärkten stehen. **Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die
30 sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet**. Eine subventionierte Produktion von
31 landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Deutschland darf nicht länger die Märkte in den
32 Entwicklungsländern beeinträchtigen. Wir werden eine nationale **Strategie gegen
33 Lebensmittelverschwendung** umsetzen, damit landwirtschaftliche Produkte wieder mehr
34 Wertschätzung erfahren. Zielmarken für die unterschiedlichen Branchen sowie verstärkte
35 Informationskampagnen sollen ein Umdenken bewirken.

36 Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren. Dabei setzen wir auf
37 Qualitätsstandards, Transparenz, leicht **verständliche Kennzeichnungen wie die Nährwert-Ampel**
38 und eine klare Herkunftskennzeichnung. Alle Kinder und Jugendliche brauchen eine gesunde
39 Ernährung. Wir wollen ihnen **in Kitas und Schulen ausgewogene Mahlzeiten** ermöglichen. Dazu
40 wollen wir die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung verbindlich machen. Wir werden
41 die Vernetzungsstellen Schulverpflegung dauerhaft unterstützen und das Nationale
42 Qualitätszentrum für gesunde Ernährung und Schule weiter ausbauen.

43 **Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab**. An
44 der Saatgutreinheit halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch
45 veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden. Wir
46 werden die **Lebensmittelkontrolle bundesweit vernetzen**, einen einheitlichen Kontrollkatalog
47 einführen und die Kontrolle effektiv und vergleichbar gestalten. Eine Schlüsselfunktion nimmt dabei

- 1 die staatliche Überwachung am Schlachthof ein, deren Rolle gestärkt werden muss. Ergebnisse von
- 2 amtlichen Lebensmittelüberwachungen sollen grundsätzlich veröffentlicht werden. Zudem wollen
- 3 wir Verbraucherinnen und Verbraucher mit leicht verständlichen Symbolen wie dem Smiley oder der
- 4 Hygieneampel informieren.
- 5 Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur **Bekämpfung**
- 6 **der organisierten Kriminalität in der Lebensmittelbranche** ist notwendig.
- 7 Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Stoffen in Lebensmitteln und
- 8 Verpackungen schützen. Daher werden wir uns für eine effektive Umsetzung des EU-
- 9 Chemikalienrechts einsetzen.

1 **Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag**

2 Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Es ist die Aufgabe des Staates für diese
3 Sicherheit zu sorgen. Gefahren müssen erkannt, Verbrechen bekämpft, Straftäterinnen und
4 Straftäter verfolgt werden. Dafür brauchen wir einen starken und handlungsfähigen Rechtsstaat.
5 Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und sich etwa private Sicherheitsdienste
6 kaufen. Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem **Wohnungseinbrüche**
7 **beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl** der Menschen. Wir wollen, dass sich unsere
8 Behörden konsequent der Alltagskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und effektive
9 Strafverfolgung.

10 Die Gegner unserer offenen Gesellschaft haben sich neu formiert – in unterschiedlichen
11 terroristischen und extremistischen Bewegungen. Wir benennen diese als das, was sie sind: eine
12 Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie. Deshalb werden wir mit
13 aller rechtsstaatlichen Härte **gegen Terror und extremistische Gewalt** vorgehen. Wo es notwendig
14 ist, verschärfen wir die Gesetze zur Bekämpfung von Terror und Gewalt. Allein mit
15 Gesetzesverschärfungen werden wir aber nicht erfolgreich sein. Erst im Zusammenspiel von
16 Kriminalitätsvorbeugung, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei,
17 Justiz und Nachrichtendiensten entsteht mehr Sicherheit.

18 **Schutz und Sicherheit durch eine leistungsfähige Polizei und Justiz:**

19 Wir wollen mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf unseren Straßen haben. Für eine bessere
20 und schnellere Aufklärung sogenannter Alltagskriminalität wie Wohnungseinbrüche und Diebstahl
21 brauchen wir mehr Ermittlerinnen und Ermittler. Dafür wollen wir die Polizei besser ausstatten: Mit
22 mehr und gut ausgebildetem Personal. Das betrifft auch andere Kriminalitätsfelder wie das
23 **organisierte Verbrechen**, wo spezialisierte Ermittlerinnen und Ermittler zeitintensive polizeiliche
24 Untersuchungen durchführen müssen.

25 Wir wollen **15.000 neuen Stellen bei der Polizei** in Bund und Ländern schaffen. Wo Videotechnik hilft,
26 Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie eingesetzt werden. Die rechtlichen
27 Grundlagen dafür sind vorhanden. Die Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger zum Schutz
28 vor Kriminalität, die die Polizei bereits vielerorts anbietet, werden wir ausbauen. Für mehr Sicherheit
29 soll eine bessere Zusammenarbeit der Behörden sorgen. Das **Bundeskriminalamt wollen wir weiter in**
30 **seiner zentralen Koordinierungsfunktion stärken**. Außerdem setzen wir uns für einen Abbau der
31 Überstunden bei der Bundespolizei ein.

32 Unsere Ermittlungsbehörden sollen für ihre Arbeit dem technischen Fortschritt entsprechend mit
33 moderner IT- und Kommunikationstechnologie ausgerüstet werden.

34 Unsere **Polizei verdient Anerkennung und Respekt** für ihre wichtige Arbeit. Angriffe auf Polizistinnen
35 und Polizisten oder auch auf Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste werden hart
36 sanktioniert.

37 Ein handlungsfähiger Staat setzt eine handlungsfähige Polizei und Justiz voraus. Daher sollen auch
38 Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und technisch besser ausgestattet werden. Wir wollen,
39 dass Straftaten schnell aufgeklärt und konsequent geahndet werden. Wer durch Straftaten zu
40 Schaden gekommen ist, soll auch zivilrechtlichen Ansprüche zügig durchsetzen können. Zudem
41 setzen wir uns für eine bürgerfreundliche, vielfältige und noch transparentere Justiz ein, damit Recht
42 bekommt, wer Recht hat. So erhöhen wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren
43 Rechtsstaat. Wir werden die Arbeiten an einer gemeinsamen Verlaufsstatistik von angezeigten
44 Straftaten und tatsächlichen Verurteilungen weiter fortführen.

45 Auch der **Zoll leistet wertvolle Arbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität**. Das gilt für die
46 erfolgreichen Ermittlungen von kriminellem Waffenhandel genauso wie für die Bereiche Finanz- und

1 Steuerbetrug und die Mindestlohnkontrolle. Der Zoll muss – besonders im Interesse des Handwerks –
2 in die Lage versetzt werden, noch besser als bisher gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung
3 vorzugehen. Deshalb werden wir den Zoll stärken und zu einer effektiven Finanzpolizei des Bundes
4 weiterentwickeln.

5 Eine **Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab**. Mit uns wird es, über das bereits
6 zulässige Maß hinaus, keinen Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Inland geben. Schutz vor
7 Kriminalität wie auch vor Strafverfolgung sind Aufgaben der dafür ausgebildeten Profis der Polizei.

8 **Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention:**

9 Mit einem Dreiklang aus **Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe** haben wir die Basis geschaffen,
10 um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Der nächste Schritt muss eine stärkere Koordinierung
11 in Deutschland und in Europa sein.

12 Die **Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern werden wir unter**
13 **Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben vereinheitlichen**. Auch die Zusammenarbeit
14 von Polizei und Verfassungsschutz werden wir zur Gefahrenabwehr verbessern. Kriminelle und
15 Terroristen dürfen nicht in die Europäische Union gelangen. Das heißt: die **Kontrollen an den**
16 **Außengrenzen des Schengenraums verstärken** und das Grenzkontrollsystem der Schengen-
17 Mitgliedstaaten effektiv umsetzen. Das europäische Polizeiamt (Europol) und die europäische
18 Grenzschutzagentur (Frontex) wollen wir stärker bei der Terrorismusbekämpfung einbeziehen.

19 Mit der Initiative zum **Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft** werden wir dafür sorgen, dass
20 in der EU künftig Straftaten über Staatsgrenzen hinweg effektiver verfolgt werden können. Eine
21 engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene ist dringend notwendig. Wir
22 fordern nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Deutschland ein **Anti-**
23 **Terrorzentrum auf europäischer Ebene**, in dem ein Austausch aller Sicherheitsbehörden stattfindet.

24 Ausländerinnen und Ausländer, die schwere Straftaten begehen, sollen nach Verbüßung ihrer Strafe
25 unverzüglich abgeschoben werden. Die Möglichkeit zur Abschiebung straffälliger Ausländerinnen
26 und Ausländer haben wir bereits erleichtert.

27 Wir wollen eine **Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und Islamisten**
28 durchsetzen. Ein Großteil fundamentaler Islamisten in Deutschland radikalisiert sich hier, in unserem
29 Land. Wir werden extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung
30 unterbinden.

31 Mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir
32 zusammenarbeiten. Wir stärken die **gute Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort** und sorgen
33 frühzeitig dafür, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalisieren. Hasspropaganda im
34 Netz werden wir durch alternative Botschaften entgegentreten.

35 **Kampf gegen Rechtsextremismus:**

36 Angriffe auf unsere freie Gesellschaft drohen auch von Nationalisten: Rechtsextremistische
37 Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen.
38 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und gegen
39 Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Wir setzen uns dafür
40 ein, dass **Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch**
41 **ausgewertet** werden. Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die
42 **Präventionsarbeit ausweiten**. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im
43 Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg der Vorbeugung führen
44 wir fort. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört
45 Deradikalisierung. Darum werden wir mit einem Gesetz zur **Demokratieförderung und**
46 **Extremismusprävention** die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern. Darüber hinaus

1 werden wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und in
2 der Präventionsarbeit umsetzen.

3 **Reform der Nachrichtendienste:**

4 Wir benötigen **rechtsstaatlich legitimierte, leistungsfähige Nachrichtendienste mit umfassender**
5 **parlamentarischer Kontrolle**. Dabei soll das Bundesamt für Verfassungsschutz als Frühwarnsystem
6 für unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft funktionieren. Den Reformprozess des
7 Bundeamtes werden wir fortsetzen. Die aktuellen Gefährdungslagen werden wir berücksichtigen.
8 Wir haben den **Bundesnachrichtendienst reformiert** und durch mehr Transparenz und Kontrolle
9 endlich aus der rechtlichen Grauzone herausgeholt. Die Auslandsaufklärung haben wir auf eine
10 eindeutige Rechtsgrundlage gestellt und das Parlamentarische Kontrollgremium erheblich gestärkt.
11 An unserer Linie halten wir fest und legen hierfür den Abschlussbericht des NSA-
12 Untersuchungsausschusses zugrunde.

13 **Moderner Katastrophenschutz:**

14 Wir haben in Deutschland ein funktionierendes Hilfesystem für Katastrophen. Bund, Länder und
15 Kommunen arbeiten hier Hand in Hand. Herzstück ist das Engagement der vielen Ehren- und
16 Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen. Wir
17 wollen das breite **ehrenamtliche Engagement erhalten**.

18 Deshalb stärken wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und das
19 Technische Hilfswerk. Der Bund soll seine bestehende Verantwortung für den Katastrophenschutz
20 verstärkt wahrnehmen, in Ergänzung zu den Aufgaben der Länder.

21 **Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen:**

22 Die Kriminalität im Internet steigt rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren über
23 Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im „Darknet“ reicht das Spektrum
24 der Cyberkriminalität.

25 **Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum**. Wir wollen das IT-Sicherheitsgesetz
26 fortschreiben und weiterentwickeln, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Die
27 Sicherheitsbehörden werden wir personell und technisch besser ausstatten und mehr fachliche
28 Expertise hinzuziehen. Es ist notwendig, Forschung und Entwicklung von IT-Sicherheitstechnik zu
29 fördern und die Ausbildung von Fachkräften für IT-Sicherheit zu verstärken, um technologische
30 Kompetenz und digitale Souveränität zu erhalten.

31 Die **Spionageabwehr unserer Nachrichtendienste** wollen wir technisch und rechtlich in die Lage
32 versetzen, effektiver gegen Cyberangriffe und Spionage fremder Nachrichtendienste vorzugehen.

33 Wir werden das **Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen** und in
34 seiner neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken: Das BSI soll für Bürgerinnen und Bürger,
35 Unternehmen und Behörden zum Dienstleister werden, indem es sichere Hard- und Software
36 zertifiziert sowie über Cyberangriffe, digitale Sicherheitsrisiken und entsprechende
37 Schutzmöglichkeiten informiert. Die Hersteller und Anbieter digitaler Produkte und Dienstleistungen
38 müssen Sicherheitslücken bekanntgeben und diese schnellstmöglich beheben. Wir werden eine
39 eindeutige und faire Haftungskette auch für digitale Produkte und Dienstleistungen sowie ein
40 Gütesiegel für IT-Sicherheit schaffen. Ein sogenannter Algorithmen-TÜV soll dafür sorgen, dass
41 niemand durch softwaregestützte Entscheidungen diskriminiert wird oder zu Schaden kommt.
42 Einfache und sichere Lösungen für die elektronische Identifizierung und Verschlüsselung wollen wir
43 für jedermann verfügbar machen. Sensible Daten müssen grundsätzlich verschlüsselt versendet
44 werden, gerade in der öffentlichen Verwaltung. Wir wollen durch Zertifizierung, Zulassungsregeln,
45 Meldepflichten und bessere Produkthaftung eine sichere IT-Infrastruktur erreichen.

1 Darüber hinaus wollen wir der **Verbreitung von Hasskriminalität und so genannten Fake News**
2 **entgegenwirken**. Sie sind eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für die freie und
3 demokratische Gesellschaft. Am Anfang stehen die Worte, dann folgen die Taten. Wer im Internet
4 kriminelle Parolen veröffentlicht und zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, Ausländer und
5 Ausländerinnen oder andere aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die
6 Verbreitung rechtswidriger Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung in den
7 sozialen Netzwerken soll besser und schneller verfolgt werden. Dabei müssen die Anbieter von
8 sozialen Netzwerken in die Verantwortung genommen werden. Deshalb führen wir eine
9 Berichtspflicht für Anbieter zum Umgang mit Hinweisen über rechtswidrige Inhalte sowie
10 einheitliche Standards des Beschwerdemanagements ein. Wer sich nicht an die Vorgaben hält, soll
11 mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden.

12 **Kampf gegen Wirtschaftskriminalität:**

13 **Unternehmen müssen gesetzestreu handeln**. In der Praxis besteht zunehmend Unsicherheit darüber,
14 welches Verhalten im Wirtschaftsleben den Straftatbestand der Untreue erfüllt. Hier werden wir für
15 mehr Rechtsklarheit sorgen. Zudem stellen wir die Sanktionen für kriminelle Verfehlungen von
16 Unternehmen auf eine neue gesetzliche Grundlage. Dafür schaffen wir Kriterien, um den
17 Strafverfolgungsbehörden und Gerichten ausreichend scharfe und zugleich flexible
18 Sanktionsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Die geltende Bußgeldobergrenze von 10 Millionen
19 Euro ist für kleinere Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig. Wir werden daher eine
20 flexible Bußgeldobergrenze einführen.

21 Finanzskandale wie die „Panama-Papiere“, Gammelfleischskandale und Bestechungsvorwürfe bei
22 Großunternehmen werden zumeist nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte „Whistleblower“,
23 bekannt. Ein solch **couragiertes Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss rechtlich besser**
24 **abgesichert** werden. Wir wollen sie vor arbeitsrechtlichen Nachteilen schützen. Zudem soll der
25 Schutz von Hinweisgebern in die Führungsleitlinien („Code of Conduct“) von Wirtschaft und
26 Verwaltung integriert werden.

1 **Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik**

2 Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. **Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft**
3 **unangetastet bleiben.** Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter viele
4 Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling weltweit ist ein Kind! Mit einem Gesamtkonzept
5 Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung.

6 Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas
7 sichern und **die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.** Die anerkannten Flüchtlinge
8 werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer
9 zurückführen. Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt,
10 wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.

11 **Fluchtursachen bekämpfen:**

12 Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen
13 bekämpfen. Es ist unser Ziel, **zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege**
14 **einzudämmen.** Wir setzen uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der
15 Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen und für die weltweite
16 Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten Menschen wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie
17 sich zunächst in Sicherheit gebracht haben. **Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen**
18 (UNHCR) benötigt dafür eine angemessene **Ausstattung** und kontinuierliche Finanzierung.

19 In der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen. Wir wollen
20 eine **solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe** und eine einheitliche
21 Entscheidungspraxis in der Europäischen Union. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich einzelne
22 Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern. Staaten, die
23 Flüchtlinge aufnehmen, sollen daher Unterstützung erhalten, zum Beispiel für den Ausbau von
24 Gemeindeeinrichtungen, Schulen oder für die medizinische Versorgung. Staaten, die sich verweigern,
25 sollen deutliche Nachteile erfahren. Solidarität ist die Basis der europäischen Zusammenarbeit.

26 Um darüber hinaus Anreize für eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen, wollen wir
27 **finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt** für die Länder, die eine Hauptlast bei der
28 Flüchtlingsaufnahme tragen. Wenn nicht nur die entstandenen Integrations- und
29 Unterbringungskosten erstattet, sondern darüber hinaus Infrastrukturgelder zur Verfügung gestellt
30 werden, die auch der Bevölkerung im Land zugutekommen, kann die Bereitschaft zur Aufnahme von
31 Flüchtlingen gesteigert werden.

32 Die **Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden.** Dieser Schutz ist
33 die Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im Inneren der EU. Wir wollen daher das
34 Mandat und die Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache,
35 stärken. Zusätzlich brauchen wir ein europäisches Seenotrettungsprogramm. Wir müssen das
36 Sterben im Mittelmeer beenden.

37 Kooperationen und Abkommen mit Drittstaaten eröffnen uns Chancen, die illegale Migration nach
38 Europa und Deutschland einzudämmen. Grundvoraussetzung für uns: **Menschenrechte werden**
39 **geachtet und die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten.** Asylverfahren werden grundsätzlich
40 weiterhin auf europäischem Boden durchgeführt. Entlang der Fluchtrouten wollen wir außerdem
41 Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern
42 auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur
43 Flucht gibt.

44 Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen.
45 Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir verstärkt über feste
46 Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen. Sie sollen nach einem **fairen**

1 **Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten** verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle Schlepper,
2 ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen, Kinder und Familien.
3 Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im
4 Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu
5 uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten,
6 steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land.

7 **Schnellere Asylverfahren, bessere Integration, konsequentere Rückführung:**

8 **Wir wollen gründliche und sorgfältige Asylverfahren.** Zudem dauern die Verfahren immer noch viel
9 zu lange. Unser Ziel bleibt, dass das zuständige Bundesamt besser und schneller entscheidet. Die
10 Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll bereits in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der
11 Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Das ungebrochen große
12 Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfüllt uns mit Stolz. Wir wollen die Arbeit der
13 **Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen.**

14 Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der
15 Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig.
16 **Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir schützen.** Das gilt auch für
17 schutzsuchende queere Menschen. Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir
18 spezielle Hilfseinrichtungen. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu
19 einer guten Integration bei.

20 Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter sexualisierter Gewalt,
21 Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische Asylgründe
22 besser anerkennen.

23 Anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden
24 die verpflichtenden und berufsqualifizierenden **Sprachkurseangebote ausbauen**, genauso wie
25 Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch
26 wahrgenommen werden. Wir wollen sicherstellen, dass insbesondere Frauen nicht durch fehlende
27 Kinderbetreuung daran gehindert werden.

28 Wir wollen verhindern, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der
29 Kommunen geht. Wir werden unsere Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser wichtigen
30 Arbeit weiterhin unterstützen.

31 Wir wollen die Zahl der **freiwilligen Rückkehrer** unter den abgelehnten Asylbewerbern erhöhen. Um
32 die freiwillige Ausreise weiter zu unterstützen, werden wir die Förderprogramme ausbauen. Staaten,
33 die sich weigern, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, müssen mit Konsequenzen rechnen – etwa
34 im Bereich der Visaerteilung.

35 **Einwanderung als Chance nutzen – Einwanderung von Fachkräften steuern:**

36 Wir stehen zum Recht auf Asyl. Richtlinie für die Aufnahme von Schutzsuchenden ist und bleibt
37 allein die **humanitäre und rechtliche Verantwortung Deutschlands**. Der Schutz vor Verfolgung und
38 Menschenrechtsverletzungen darf niemals eine Frage des wirtschaftlichen Vorteils sein.

39 Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit
40 einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen
41 Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich
42 nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft,
43 unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. **Wir wollen**
44 **deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach**
45 **Deutschland besser steuern können.** Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und
46 innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen.

1 Wir wollen ein **flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem** nach
2 kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung,
3 Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche
4 Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern. Wie viele qualifizierte
5 Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine
6 Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie
7 wird **jedes Jahr von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt**. Sowohl für potenzielle
8 Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparent dargestellt, wie
9 Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.

10 Zudem wollen wir künftig die Vielzahl bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln, um
11 **mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht** zu schaffen. Wir wollen
12 mehr über den Einfluss von Einwanderung auf den gesellschaftlichen Wandel erfahren. Dafür sind
13 wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Deshalb werden wir uns weiter für eine nachhaltige,
14 institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der
15 Forschenden einsetzen.

1 **Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft**

2 Abschottung oder Weltoffenheit? Fortschritt und Gerechtigkeit oder Rückschritt und Ausgrenzung?
3 Darum geht es in den nächsten Jahren. Wir wollen ein **modernes und weltoffenes Deutschland** – mit
4 einer Gesellschaft, die zusammenhält, und in der wir in Frieden und Freiheit zusammenleben – über
5 kulturelle und religiöse Grenzen hinweg.

6 Es hat viel Kraft gekostet, Deutschland zu dem demokratischen Land zu machen, das es heute ist.
7 Und es wird auch weiter Kraft kosten, das zu erhalten, auszubauen und zu verbessern. In der
8 Gesellschaft, in der Politik, in der Kultur und In der Wirtschaft. Fortschritt heißt für uns: die offene
9 Gesellschaft festigen. Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht, Religion,
10 Hautfarbe, Herkunft und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung. Menschen mit und
11 ohne Behinderung sollen die gleichen Chancen haben. Wir schreiben keine Lebensmodelle vor,
12 sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet Toleranz
13 und Vielfalt. Wir wollen Neuankömmlingen ermöglichen, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Die
14 ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind für uns die Basis unseres gemeinsamen
15 Zusammenlebens. Gegen die Feinde der offenen Gesellschaft werden wir uns mit aller
16 Entschlossenheit behaupten.

17 **Demokratie und Engagement:**

18 **Wir machen die repräsentative Demokratie wieder attraktiver** und verteidigen sie mit Leidenschaft
19 gegen rechte Antidemokratinnen und Antidemokraten. Deren pauschale Kritik an politischen
20 Repräsentantinnen und Repräsentanten wird immer aggressiver und ihre Verschwörungstheorien
21 immer gefährlicher. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

22 **Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie.** Dieses demokratische Grundverständnis
23 wollen wir erneuern. Wählen gehen gehört zurück ins Alltagsleben. Dazu brauchen wir öffentliche
24 Wahlaufrufe, Aktionstage für die Demokratie genauso wie die Verbesserung der Briefwahl, die
25 Erleichterung der Stimmabgabe für Deutsche im Ausland, verlängerte Öffnungszeiten von
26 Wahllokalen („Wahlwochenenden“) und mobile Wahlstationen.

27 Wir setzen uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise für dauerhaft ansässige
28 Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene. Auch eine **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre**
29 stärkt unsere Demokratie.

30 Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Auch an
31 zivilgesellschaftlichen Engagementmöglichkeiten und an politischen Entscheidungsprozessen! Das
32 schließt insbesondere das Recht ein, uneingeschränkt an demokratischen Wahlen teilnehmen zu
33 können.

34 Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte Demokratiebeteiligung auf
35 Bundesebene stärken. Das **Petitionsrecht** beim Deutschen Bundestag werden wir weiterentwickeln:
36 durch barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen, durch bessere Einbindung von
37 Kindern und Jugendlichen, durch mehr öffentliche Ausschusssitzungen. Wir wollen auch eine
38 Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen.

39 Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Die
40 Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger Helferinnen und
41 Helfer in der Flüchtlingshilfe. Wir würdigen das große Engagement vieler Freiwilliger, aber auch von
42 Menschen in Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Initiativen
43 und Vereinen, die sich für neu Hinzugezogene einsetzen und die gegen Rassismus aufstehen. Wir
44 danken ihnen und erkennen ihre Arbeit an.

45 Für viele Menschen ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und bürgerschaftlichem Engagement
46 jedoch schwierig. **Wir wollen für alle Menschen Zeit schaffen, damit sie sich auch einbringen können.**

1 Es ist wichtig, dass Frauen im bürgerschaftlichen Engagement in allen Bereichen und auf allen
2 Ebenen gleichberechtigt vertreten sind.

3 Wir werden gesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub in allen Bundesländern auf den Weg
4 bringen und mit einem Bundesgesetz zur Freiwilligenförderung verbinden. Auch die Angebote für
5 zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen müssen ausgebaut werden. Die Altersgrenzen
6 beim bürgerschaftlichen Engagement, beispielsweise als Schöffe oder Schöffin, werden wir gezielt
7 überprüfen und abbauen. Die wertvolle Arbeit der ehrenamtlich tätigen Streitschlichter und
8 Schiedsleute werden wir weiter fördern.

9 Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die
10 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell
11 absichern. Wir wollen, dass dafür eine **Deutsche Engagementstiftung** gegründet wird. Über die
12 Stiftung kann die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen,
13 über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden. Wir
14 wollen ein Gemeinnützigkeitsrecht, das den Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen
15 Rechnung trägt. Daher werden wir gesellschaftspolitisch bedeutsame Bereiche in den Katalog
16 gemeinnütziger Zwecke aufnehmen. Die Jugendfreiwilligendienste und den
17 Bundesfreiwilligendienst werden wir finanziell weiter aufstocken.

18 Die Selbstverwaltung ist ein bewährtes Grundprinzip der Sozialversicherungen, das sich auf das
19 Engagement von Ehrenamtlichen stützt. Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und gemeinsam
20 mit den Sozialpartnern die Verfahren der Sozialwahlen modernisieren.

21 Die Wohlfahrtspflege ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und für uns ein wichtiger Partner.
22 In den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtspflege sind rund 1,6 Millionen Menschen
23 hauptamtlich beschäftigt; schätzungsweise 2,5 bis 3 Millionen Menschen leisten ehrenamtlich
24 engagierte Hilfe in Initiativen, Hilfswerken und Selbsthilfegruppen. Kirchen,
25 Religionsgemeinschaften und Verbände leisten hier unverzichtbare Arbeit.

26 **Für Offenheit und Transparenz politischer Prozesse:**

27 Wir brauchen **mehr Offenheit bei** politischen Entscheidungen. Die **Transparenz des staatlichen**
28 **Handelns** muss verbessert werden. Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen der Bevölkerung
29 grundsätzlich zur Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegensprechen. Wir wollen
30 die Informationsfreiheit stärken und das Informationsfreiheitsrecht zu einem Informationsfreiheits-
31 und Transparenzrecht weiterentwickeln. Offene Daten (Open Data) sollen kostenfrei bereitgestellt
32 werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung innovativer Technologien und neuer
33 Geschäftsmodelle geleistet werden.

34 Wir wollen eine „**exekutive Fußspur**“ einführen. Hierdurch wollen wir für alle offenlegen, welchen
35 Beitrag externe Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter bei der Ausarbeitung eines
36 Gesetzentwurfs geleistet haben. Damit werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbar. Auch ein
37 **verpflichtendes Lobbyregister** beim Deutschen Bundestag kann dazu beitragen. Wir werden es auf
38 gesetzlicher Grundlage einrichten. Die Öffentlichkeit erhält darüber Auskunft, welche
39 Interessenvertretung mit welchem Budget für wen tätig ist.

40 Mehr Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus
41 Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen sollen. Für Parteispenderinnen wollen wir
42 künftig eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spenderin oder Spender einführen. Zudem
43 wollen wir Sponsoring im Parteiengesetz regeln. Die Einnahmen daraus sollen im
44 Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden.

1 **Gleichberechtigung und Gleichstellung:**

2 Seit mehr als 150 Jahren ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel unserer
 3 Politik. Sie ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, moderne und gerechte Gesellschaft. Wir
 4 wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und ihnen
 5 ermöglichen, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen.

6 Eine moderne Gleichstellungspolitik ist eng mit guter Politik für Familien verbunden. Denn solange
 7 Familienaufgaben nach wie vor überwiegend von Frauen übernommen werden, sind es Frauen, die
 8 aufgrund ihres familiären Engagements berufliche Nachteile erfahren. Die Gleichstellung von Frauen
 9 und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle
 10 Bereichen durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und
 11 Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte
 12 Haushaltssteuerung mit ein.

13 **Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind. Dazu gehört, dass die**
 14 **Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beendet wird.** Frauen erhalten im Durchschnitt 21
 15 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir haben in einem ersten Schritt mit einem Transparenzgesetz
 16 dieser **Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt.** Daneben werden wir gemeinsam mit den
 17 Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen die
 18 Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die verschulden
 19 Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit bzw. in
 20 duale Studiengänge überführen.

21 In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem **Entgeltgleichheitsgesetz**
 22 weiterentwickeln. Wir werden dabei Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen.
 23 Denn hier sind die meisten Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender
 24 Auskunftsansprüche verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der
 25 Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten
 26 einführen.

27 Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten
 28 Geschlechterklischees entsprechen. Es ist für alle ein Gewinn, wenn sich **mehr Frauen für MINT-**
 29 **Berufe** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) oder einen Handwerksberuf
 30 entscheiden und mehr Männer in den Sozial- und Erziehungsberufen arbeiten. Dazu fördern wir
 31 frühzeitige Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und
 32 Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.

33 Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst
 34 haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. **Führungsgremien sollen jeweils zu 50**
 35 **Prozent mit Frauen und Männern besetzt** sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen wir eine
 36 **Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen** – und zwar für alle Bereiche: Wirtschaft und
 37 Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft. Dem Öffentlichen Dienst kommt hierbei eine
 38 Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und ihren Geltungsbereich
 39 auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Sozialversicherungen und
 40 auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen. Darüber hinaus wollen wir mit einem
 41 Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft
 42 verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die auf Kompetenz und Vielfalt in den
 43 Führungsebenen angewiesen sind.

44 Wir wollen, dass Frauen und Männer auch in Parlamenten auf allen Ebenen gleichberechtigt beteiligt
 45 sind. Wir werden verstärkt Frauen ansprechen und für politische Beteiligung gewinnen.

1 Wir wollen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Frauenbewegung unter Einbeziehung der
2 Frauenarchive weiter vorantreiben, ihre Bestände digital sichern und sie der Öffentlichkeit
3 zugänglich machen.

4 **Leben frei von Gewalt und Diskriminierung:**

5 Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die Rechte von
6 Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Ratifizierung der „Istanbul-
7 Konvention“ (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen
8 und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als weiteren Schritt fordern wir einen **dritten Aktionsplan
9 der Bundesregierung** zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007). Wir brauchen
10 einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer. Das gilt auch für geflüchtete
11 Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus
12 Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen soll ausgebaut und
13 weiterentwickelt werden.

14 Mit einem Bundesförderprogramm setzen wir die erforderlichen Maßnahmen im Hilfesystem in
15 Gang. Um Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Ansätzen zu bekämpfen, brauchen wir zudem
16 ein Präventionsprogramm. Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der
17 Istanbul-Konvention überwachen.

18 Wir nehmen auch Gewalt gegen Männer sehr ernst. Auch Männer, die Opfer von häuslicher und
19 sexualisierter Gewalt geworden sind, benötigen Hilfsangebote. Wir werden daher entsprechende
20 Maßnahmen in den Aktionsplan aufnehmen.

21 Damit Opfer von Kriminalität nicht erneut traumatisiert werden, haben wir den Schutz und die
22 Rechte von Opfern in den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und dafür gesorgt, dass der
23 Opferschutz seinen festen Platz in der Strafprozessordnung hat. Mit der Neuregelung der
24 psychosozialen Prozessbegleitung haben wir einen weiteren Meilenstein im Opferschutz gesetzt, um
25 den Opfern schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten die emotionale und psychologische
26 Unterstützung zu geben, die sie benötigen. Dies wollen wir weiter verstetigen.

27 Berichte über Gewalt gegen ältere oder behinderte Menschen schrecken uns auf. Wir werden
28 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden Konzepte gegen Gewalt an Pflegebedürftigen entwickeln.

29 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist vor zehn Jahren in Kraft getreten. Wir werden es
30 weiterentwickeln. Hierfür stärken wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und weiten den
31 Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln aus. Zudem wollen wir ein
32 Verbandsklagerecht im AGG verankern.

33 Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien und
34 Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir
35 sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen
36 Instrumente evaluieren. Wenn notwendig, werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.

37 **Vielfältige Lebensrealitäten anerkennen:**

38 Menschen sollen **unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit
39 gleichen Rechten und Pflichten**. Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz müssen um die
40 sexuelle Identität erweitert werden. Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie werden wir
41 verstärken. Wir werden die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und
42 gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft medizinische,
43 gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Wir werden daher das Transsexuellengesetz und
44 weitere Gesetze reformieren.

45 Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt. Das Verständnis von Familie in Deutschland wird breiter:
46 Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Wir werden

1 daher die **Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen** und wollen die Ehe für alle. Das schließt das
2 Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt von
3 Familien widerspiegelt. Familien mit verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen
4 Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien, Regenbogenfamilien,
5 Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all diesen Konstellationen, indem
6 Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. **Das Wohl der Kinder muss dabei immer im**
7 **Mittelpunkt stehen.**

8 Wir setzen uns für mehr Partnerschaftlichkeit in der Betreuung von Kindern ein. Wir wollen es
9 deshalb Eltern erleichtern, sich auch nach einer Trennung oder Scheidung gemeinsam um ihre Kinder
10 zu kümmern. Deshalb werden wir das Unterhaltsrecht modernisieren. Wir wollen auch für Kinder aus
11 Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, die Möglichkeit verbessern, mit beiden Eltern
12 Umgang zu haben. Dazu werden wir einen Umgangsmehrbedarf einführen, wenn beide Eltern das
13 Kind betreuen.

14 Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der
15 Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen
16 Eltern sind. Deshalb setzen wir uns **für ein modernes Abstammungsrecht** ein, das diesen neuen
17 Konstellationen Rechnung trägt.

18 Auch das Vormundschaftsrecht muss reformiert werden. Das Wohl des Kindes muss im Vordergrund
19 stehen. Wo in der Vergangenheit die Vermögenssorge überbetont wurde, soll – im Interesse der
20 betroffenen Kinder – die Verantwortung des Vormunds für die Erziehung, Fürsorge und Entwicklung
21 des Kindes stärker hervorgehoben werden. Wir werden die **Rechte von Pflegekindern** stärken. Denn
22 für Kinder, die in einer Pflegefamilie leben, sind Kontinuität und Sicherheit besonders wichtig.

23 Menschen können durch Krankheit, Unfall oder Behinderung handlungs- und entscheidungsunfähig
24 werden. Eine moderne Gesellschaft braucht für diesen Fall verlässliche Regelungen. Dazu wollen wir
25 die **Vorsorgevollmacht** stärker ins Bewusstsein bringen. Denn mit ihr können Bürgerinnen und
26 Bürger selbst bestimmen, wer im Notfall stellvertretend für sie ihre Angelegenheiten regeln darf. Die
27 Anordnung einer Betreuung muss immer das letzte Mittel bleiben. Deshalb werden wir den
28 Grundsatz der Erforderlichkeit im Betreuungsrecht stärken. Betreute müssen sich darauf verlassen
29 können, dass für sie ein guter Betreuer bestellt wird, der ihr Selbstbestimmungsrecht respektiert.

30 **Inklusive Gesellschaft:**

31 Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne
32 Behinderungen selbstverständlich sein. **Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive**
33 **Gesellschaft sein.** Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir darum weiter
34 voranbringen.

35 Die gesetzliche Grundlage für die **Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft** hat sich mit dem
36 Bundesteilhabegesetz bereits deutlich verbessert. Die Person und ihre Selbstbestimmung stehen im
37 Mittelpunkt. Daran wollen wir anknüpfen und die Teilhabeleistungen stetig weiterentwickeln. Wir
38 wollen, dass Betroffene ohne Diskriminierung und ohne großen Aufwand Zugang zu diesen
39 Leistungen bekommen. Wir treten dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen alle Leistungen der
40 Pflegeversicherung erhalten – unabhängig davon, wie sie wohnen.

41 Wir streben **einen inklusiven Arbeitsmarkt** an, der allen Menschen eine Beschäftigung entsprechend
42 ihren Fähigkeiten ermöglicht und ihnen die dafür notwendige Unterstützung bietet. Alle Menschen
43 sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Der Übergang von der Schule zur
44 Ausbildung und zum Beruf soll ebenso verbessert werden wie der Weg von Werkstätten hin zum
45 allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu zählen auch generelle Regelungen zur **Barrierefreiheit** am
46 Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber. Das Angebot der Inklusionsbetriebe und Werkstätten werden wir

1 im Hinblick auf einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Eine wichtige Funktion bei der
2 Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes nehmen dabei die Schwerbehindertenvertretungen
3 ein, deren Rechte wir weiter stärken wollen. Dies betrifft insbesondere die Anhörungs- und
4 Beteiligungsverpflichtung bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung, bei Abmahnungen
5 und Aufhebungsverträgen.

6 Wir treten dafür ein, dass die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderungen im
7 Einkommenssteuergesetz angepasst werden.

8 Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet
9 werden. Dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen
10 bessere gesetzliche Bestimmungen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive
11 Sozialräume zu schaffen. Die Kinder- und Jugendhilfe soll für alle da sein – für Kinder und
12 Jugendliche mit und ohne Behinderung. Sie muss entsprechend ausgestattet werden. Wir wollen in
13 der Kinder- und Jugendhilfe alle Leistungen zusammenführen, um die Betreuung von Familien aus
14 einer Hand zu gewährleisten

15 **Integration und Teilhabe – die deutsche Einwanderungsgesellschaft gestalten:**

16 Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende
17 Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der
18 Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den
19 Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die
20 auf **gemeinsamen Werten und Normen** beruht. **Grundlage für alle ist das Grundgesetz.** Gleiche
21 Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild.

22 Niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen
23 Hintergrundes schlechtere Chancen haben. Das heißt auch: Allen Kindern soll der Besuch einer Kita
24 ermöglicht werden. Kinder, die in der Kita waren, haben von vornherein bessere Startchancen in der
25 Schule. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen für alle Kinder. Bei
26 denjenigen, die als Jugendliche zu uns kommen, allein oder mit ihren Eltern, darf das Ende der
27 (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu
28 besuchen. Die Berufsschulen haben eine Brückenfunktion bei Spracherwerb und ersten praktischen
29 Erfahrungen. Darin werden wir sie stärken. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft
30 mit guten Chancen auf Integration. Deshalb darf das Ende der (Berufs-)Schulpflicht nicht dazu
31 führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule zu besuchen. Gleichzeitig werden wir die
32 Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verbessern.

33 Wir wollen den Anteil von Auszubildenden **mit familiären Einwanderungsgeschichten steigern. Und**
34 **wir wollen mehr Studierende mit familiären Einwanderungsgeschichten an Universitäten und**
35 **Fachhochschulen.** Dazu werden wir sichere Zukunftsperspektiven für ausländische Studierende in
36 Deutschland schaffen. Wer hier erfolgreich ein Studium abgeschlossen hat, soll ein dauerhaftes
37 Aufenthaltsrecht erhalten.

38 **Integrationskurse** sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem
39 grundsätzlich allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern
40 nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben. Wir wollen die Integrationskurse
41 und die berufsbezogene Sprachförderung besser mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der
42 Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben verbinden. Damit wollen wir
43 **besonders auch Frauen und Mütter** aus Einwanderungsfamilien erreichen. Denn sie sind
44 entscheidend für die gelingende Integration der ganzen Familie.

45 Ein zentrales Element bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen und
46 Nachqualifizierung ist die Verzahnung von **Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration.**

1 Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden. Die Kosten für
2 Anerkennungsverfahren werden wir sozialverträglich gestalten und einen Rechtsanspruch auf
3 Beratung zu Anerkennungsverfahren festschreiben.

4 In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Wir wollen,
5 dass sich der Anteil von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten auch in der
6 Zusammensetzung des **Öffentlichen Dienstes** niederschlägt. Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen
7 und faire Bewerbungsverfahren unterstützen diesen Prozess. Dazu gehört auch die Offenheit
8 gegenüber unterschiedlichen Kulturen, die wir in allen gesellschaftlichen Bereichen umsetzen
9 wollen, insbesondere in der Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe.

10 Ein **modernes Staatsangehörigkeitsrecht** ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir
11 setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder
12 ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Für in Deutschland geborene Kinder
13 ausländischer Eltern wollen wir den Doppelpass ermöglichen und die Optionspflicht komplett
14 abschaffen.

15 **Sport und Kultur sind ein starker Integrationsmotor.** Hier kommen Menschen zusammen, lernen sich
16 kennen und bauen Vorurteile ab. Solche Angebote werden wir weiterhin unterstützen. Wir sind stolz
17 auf alle Vereine und die vielen Ehrenamtlichen, die sich für das Miteinander einsetzen. Dieses
18 Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Das gilt auch für alle Einrichtungen und Orte die
19 Begegnung ermöglichen – Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften oder
20 Bürgerinitiativen.

21 Sport ist auch eine gute Gelegenheit, in vielfältiger Weise **Vielfalt** zu fördern. Wir wollen gute
22 Rahmenbedingungen schaffen: für ehrenamtliche Projekte im Sport, die ethnische Barrieren
23 überwinden helfen, die Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie etwas entgegensetzen oder die in anderer
24 Form den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern.

25 Der **interreligiöse Dialog** und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein
26 friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt.

27 Wer ein aufgeklärtes Wissen über die eigene und andere Religionen hat, ist oft weniger anfällig für
28 Extremismus. Wir wollen daher allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen. Wir
29 unterstützen den **islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache**
30 auch aus präventiven Gründen. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen
31 und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden.

32 Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes. Wir unterstützen die organisatorische Entwicklung
33 von muslimischen Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland nach deutschem
34 Recht gründen und wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung achten. Erfüllen sie die
35 Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten
36 Religionsverfassungsrechts offen.

37 **Kulturpolitik:**

38 Eine offene und moderne Gesellschaft braucht gelebte Kunst und Kultur, die sie spiegelt, kritisiert
39 und voranbringt. Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. Kultur regt Diskurse an
40 und trägt zur Identitätsbildung und Entwicklung jedes Einzelnen bei. Kunst und Kultur sind frei. In
41 Zeiten des wachsenden Populismus ist eine **offene Kultur der Schlüssel zum Dialog.** Kultur macht
42 Neues erfahrbar, baut Brücken zu Unbekanntem und kann für mehr Verständigung sorgen. Die
43 Ausdrucksformen sind vielfältig – wie unser Kulturverständnis. Klassische Orchester gehören dazu,
44 genauso wie Laienchöre, Rock- und Popmusik, die elektronische Musik, Museen, soziokulturelle
45 Zentren, Theater, Kinos und Literatur und die Spielebranche.

1 **Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle“:** Wir ermöglichen Kultur unabhängig von
2 Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht oder Herkunft. Migrantische Communities haben einen
3 positiven kulturellen Einfluss – das schätzen wir. Kultur soll auch weiterhin „von allen“ getragen
4 werden, hier hat die öffentliche Hand den Auftrag, eine Grundversorgung sicherzustellen.
5 Bürgerinnen und Bürger wie auch die Kulturwirtschaft sind wesentliche Akteure. Wir wollen mit
6 öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen
7 ermöglichen. Darüber hinaus sollen alle Einrichtungen, die vom Bund gefördert werden, einmal im
8 Monat einen kostenlosen Eintritt anbieten. Die Kreativwirtschaft wollen wir stärken und umfassend
9 fördern.

10 Wir bekennen uns zum kooperativen Kulturföderalismus. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre
11 Förderaktivitäten noch stärker als bisher miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer
12 konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten setzen.

13 Wir stehen an der Seite der Künstlerinnen und Künstler: **Wir werden ihre Rechte stärken und sie**
14 **sozial besser absichern.** Sie müssen von ihrer Arbeit leben können. Dabei verlieren wir jedoch die
15 anderen Akteure des Kunst- und Kulturbereichs nicht aus dem Blick. Wir setzen uns für gerechte
16 Aushandlungsprozesse ein, um kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit voranzubringen. Bei
17 Bundeskulturförderungen werden wir für gerechte Vergütungsregeln sorgen. Der Bund und die
18 Kultureinrichtungen des Bundes müssen dabei mit gutem Beispiel zur fairen Bezahlung von
19 Angestellten und Honorarkräften vorangehen. Wir machen uns für Mindestvergütungen und
20 Ausstellungsvergütungen stark und prüfen die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts. Die
21 solidarische Finanzierung der Künstlersozialkasse durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und
22 durch den Staat ist für die SPD nicht verhandelbar. Flexiblere Beschäftigungsstrukturen, veränderte
23 Erwerbsbiografien und die schwierigen Einkommensverhältnisse machen es freiberuflichen
24 Kulturschaffenden zunehmend schwer, Risiken von Krankheit, Pflegebedürftigkeit und
25 Arbeitslosigkeit abzufedern und für das Alter vorzusorgen. Deshalb wollen wir Solo-Selbstständige
26 möglichst umfassend in die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden.
27 Spezifische Versorgungssysteme, die einen der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbaren
28 Leistungsumfang bieten, wie die Künstlersozialkasse, sollen davon ausgenommen werden.

29 Kunst- und Kulturförderung sind für die gesamte Gesellschaft da. Wir wollen Kunst um ihrer selbst
30 willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt.
31 Bei **Projektförderungen soll stärker auf Expertenjurys** zurückgegriffen werden. Die Entscheidung,
32 was und wie gefördert wird, muss auch nach Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Nachhaltigkeit,
33 Integration und Aspekten kultureller Bildung getroffen werden.

34 Die Kulturförderung im digitalen Bereich soll den Zugang zu künstlerischen Werken verbessern –
35 insbesondere für diejenigen, die bisher von Kunst und Kultur ausgeschlossen sind. Wir wollen die
36 **Dynamik der freien Kulturszene** verstärkt nutzen und ihre Impulse für unsere Gesellschaft
37 aufgreifen. Die noch immer gebräuchliche Unterscheidung zwischen Hoch- und Subkultur ist für uns
38 veraltet und irreführend. Für uns gibt es nur Kultur! Das erfolgreiche Instrument der
39 Kulturentwicklungsplanung (Blaubuch der kulturellen Leuchttürme) für Deutschland werden wir neu
40 auflegen.

41 Im Bereich der wirtschaftlichen **Filmförderung wollen wir den Filmförderfonds (DFFF)**
42 **weiterentwickeln.** Unsere vielfältige Kinolandschaft wollen wir erhalten und die
43 Rahmenbedingungen für künstlerisch herausragende Filme stärken. Auch die Entwicklung
44 innovativer und kulturell wertvoller Computer- und Videospiele wollen wir fördern, denn
45 Computerspiele haben sich zu einem Kulturgut entwickelt.

46 Wir wollen unser kulturelles Erbe bewahren und erlebbar machen. Jubiläen von bundesweiter
47 Bedeutung müssen auch vorrangig durch die Bundesebene gefördert werden. Zudem wollen wir die

1 **Denkmalschutzprogramme des Bundes stärken.** Wir wollen moderne Technik stärker einsetzen, um
2 unser kulturelles Erbes durch Digitalisierung zu sichern. Dafür müssen Bund und Länder zum Beispiel
3 stärker in die Deutsche Digitale Bibliothek investieren. Die **Digitalisierung des nationalen Filmerbes**
4 durch ein abgestimmtes Konzept von Bund, Ländern und der Filmbranche unterstützen wir. Die
5 Einrichtungen für das Filmerbe des Kinemathekverbundes wollen wir personell und finanziell
6 stärken.

7 Vielfalt gehört zum Einwanderungsland Deutschland und muss sich **auch in den Führungsetagen der**
8 **Kultureinrichtungen und in der kulturellen Bildung** widerspiegeln. Die Zusammenarbeit von
9 Künstlerinnen und Künstlern mit Bildungsinstitutionen – nicht zuletzt im Ganztags schulbereich –
10 soll intensiviert werden. Bundesweit erfolgreiche Projekte wie „Kultur macht stark“ unterstützen wir.
11 Bibliotheken und soziokulturelle Zentren wollen wir verstärkt fördern.

12 Wir wollen die Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen: mehr Frauen sollen
13 Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen und künstlerische Leistungen
14 geschlechterunabhängig honoriert werden. Die Besetzung von Jurys, Gremien, etc. muss quotiert
15 erfolgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen einbezogen werden kann.

16 **Erinnerungskultur – Gedenken und Erinnern:**

17 Erinnern und Gedenken sind zentrale Aufgaben einer offenen und modernen Gesellschaft. Für uns ist
18 Zukunft an das Bewusstsein für unsere Geschichte und unsere Verantwortung geknüpft. Das
19 Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die jeweils andere zu einer
20 Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen noch zu einer Bagatellisierung des SED-Unrechts.

21 Die **Erinnerung an den systematischen Völkermord an den europäischen Juden** bleibt für die
22 Sozialdemokratie von außerordentlicher Bedeutung. Wir wollen die Verbrechen an bisher wenig
23 erforschten Opfergruppen besser aufarbeiten. Darüber hinaus wollen wir historisch-politische
24 Bildungskonzepte unterstützen, die verstärkt auf neue Medien setzen und die Digitalisierung der
25 Gedenkstättenarbeit ausbauen.

26 Die **internationale Zusammenarbeit in der Gedenkstättenförderung** dient der Versöhnung und dem
27 Frieden. Die Erinnerungsarbeit bietet eine besondere Chance, die Verbindung mit den
28 osteuropäischen Ländern und ihrer Geschichte gemeinsam erfahrbar zu machen. Eine besondere
29 Bedeutung kommt hier dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität und der Stiftung
30 Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu. Deren Austausch mit internationalen Stiftungen,
31 Forschungseinrichtungen und Universitäten soll stärker als bisher gefördert werden.

32 Wir unterstützen die Rückgabe der während der NS-Zeit entzogenen Kulturgüter an die früheren
33 Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger. Die **Forschung zur Herkunft von Kulturgütern**
34 **(Provenienzforschung) soll dafür intensiviert** werden. Wir brauchen Anreize, damit auch private
35 Sammlungsbestände berücksichtigt werden können. Um eine Rückgabe fair und gerecht zu
36 gestalten, werden wir ein Gesetz auf den Weg bringen. Dazu wollen wir auch das Verfahren der
37 „Beratenden Kommission“ reformieren.

38 Wir wollen zügig die gesetzgeberische Grundlage für eine **Reform der Stasi-Unterlagen-Behörde**
39 schaffen. Die vorliegende Empfehlung der Expertenkommission aus 2016 bietet hierfür eine gute
40 Grundlage. Die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung soll finanziell und personell gestärkt werden.

41 Wir werden die **Gedenkstättenkonzeption des Bundes** so überarbeiten, dass sie auch die
42 herausragenden Orte der Demokratiegeschichte Deutschlands berücksichtigt und den Umgang mit
43 bestehenden und künftigen nationalen Denkmälern beschreibt. Wir wollen die Bewahrung des
44 kulturellen Erbes der Frauen in die Kulturförderung des Bundes aufnehmen und diese an mehr
45 Geschlechtergerechtigkeit ausrichten.

46

1 **Medienordnung und Medienfreiheit:**

2 Die Medienwelt verändert sich durch Digitalisierung. Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
3 sind neu. **Vielfalt, Informationsfreiheit und eine freie private Presse sind und bleiben entscheidend**
4 **für das Gelingen unserer Demokratie.** Nur wenn alle Bürgerinnen und Bürger ohne großen Aufwand
5 Zugang zu Medien und Informationen erhalten, können sie gleichberechtigt an demokratischen
6 Prozessen teilhaben. In manchen ländlichen Regionen kann die Zustellung von Zeitungen nur noch
7 schwer aufrechterhalten werden. Deshalb prüfen wir Maßnahmen, wie der Vertrieb im ländlichen
8 Raum gesichert werden kann.

9 Eine freie Presse braucht einen **wirksamen Informantenschutz:** Es muss in allen Prozessordnungen
10 und in allen Ermittlungsstadien denselben Schutz geben – das gilt beispielsweise für
11 selbstrecherchiertes Material und den Schutz vor Beschlagnahmung. Wir wollen ein
12 Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene einführen.

13 Zeitungen und Zeitschriften sollen sich auch im digitalen Umfeld frei entfalten können. Sie brauchen
14 Rahmenbedingungen, dass es sich auch künftig für sie lohnt, mediale und insbesondere
15 journalistisch-redaktionelle Angebote zu erstellen. Gesellschaftlich relevante Inhalte müssen auch in
16 Zukunft im Netz auffindbar sein. Deshalb ist es richtig, in ein zeitgemäßes Medienrecht „**Must-be-**
17 **found“-Regelungen** zu integrieren. Wird die Netzneutralität und damit das offene und freie Internet
18 gefährdet, werden wir eingreifen.

19 Für die Gestaltung der Medienordnung hat die europäische Ebene eine immer stärkere Bedeutung.
20 Bund und Länder sollen sich deshalb gemeinsam für moderne Regeln einsetzen, die die
21 Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gewährleisten und Meinungsmonopole verhindern. Die
22 Vielfalt von Zeitungen, Medienanstalten und Verlagen ist ein hohes Gut, das wir schützen wollen.

23 Wir benötigen nach wie vor die **Balance zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk.**
24 Diese duale Medienordnung hat nur Bestand, wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten so finanziert
25 sind, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können und qualitativ hochwertige Angebote entwickeln
26 und, wenn der private Rundfunk entsprechende Einnahmeperspektiven hat. Auch der öffentlich-
27 rechtliche Rundfunk muss den Anforderungen der digitalen Gesellschaft gerecht werden. Die 7-Tage-
28 Bereitstellungsregelung der öffentlich-rechtlichen Mediatheken ist nicht mehr zeitgemäß und soll
29 entfallen. Die SPD tritt für eine erhöhte finanzielle Ausstattung unseres Auslandssenders, der
30 Deutschen Welle ein.

31 Unsere Kinder sollen Medien sicher nutzen können. Die Anbieter sind dazu angehalten, für den
32 Schutz von Kindern und Jugendlichen zu sorgen.

33 **Urheberrecht im Zeitalter der Digitalisierung:**

34 Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Fast alles, was wir im
35 Internet tun, ist mit urheberrechtlichen Handlungen verbunden – kopieren, wiedergeben,
36 veröffentlichen. Wir werden die **Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern** und einen
37 gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern suchen. Wir wollen Vergütung, keine Verbote.
38 Dazu soll auch das Prinzip der pauschalen Vergütung auf diejenigen ausgeweitet werden, die mit der
39 Vermarktung von kreativen Leistungen im Internet Geld verdienen – beispielsweise Online-
40 Plattformen. Viele Nutzerinnen und Nutzer im Internet produzieren selbst Inhalte und werden damit
41 ebenfalls zu Urhebern. Daher müssen wir die berechtigten Interessen der Nutzerinnen und Nutzer
42 verstärkt berücksichtigen. Wir stehen für ein wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht.
43 Dafür müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Zudem brauchen wir auch eine klare
44 gesetzliche Regelung für den Verleih von e-Books, damit die Bibliotheken ihren wichtigen
45 Informations- und Bildungsauftrag auch in Zukunft erfüllen können.

1 Wir unterstützen die Bemühungen der EU-Kommission, ein modernes und zukunftsfähiges
2 Urheberrecht in Europa zu schaffen. Hierbei sind eine stärkere Harmonisierung im Bereich
3 urheberrechtlicher Schranken- und Ausnahmeregelungen– insbesondere bei Bildung, Wissenschaft
4 und Forschung – sowie ein Abbau nationaler Begrenzungen entscheidend. Der Anspruch der
5 Urheberinnen und Urheber und der Verlegerinnen und Verleger auf eine angemessene Vergütung
6 muss stärker berücksichtigt werden. Digitale Kulturgüter sollen, wo dies europarechtlich möglich ist,
7 prinzipiell auf dieselbe Mehrwertsteuerstufe gestellt werden wie analoge Kulturgüter.

8 **Sport:**

9 **Sport ist für Millionen Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags.** Er stärkt den
10 Zusammenhalt, ist gut für die Gesundheit und zugleich ein wichtiger Wegbereiter für Inklusion und
11 Integration. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie Fairness und Respekt und bieten die
12 Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen auszuloten und das Selbstbewusstsein zu
13 stärken.

14 In den ländlichen Gebieten aber auch in den Städten sind viele Sportanlagen marode. Hier brauchen
15 die Kommunen Unterstützung des Bundes. Wir werden uns **für ein mehrjähriges Förderprogramm**
16 **für Sportstätten in den Kommunen einsetzen, um die Bedingungen für die Vereine und den**
17 **Breitensport zu verbessern.**

18 **Der Sport lebt von Millionen ehrenamtlich geleisteten Stunden.** Wer sich bürgerschaftlich engagiert,
19 muss sich häufig mit sehr viel bürokratischen Anforderungen auseinandersetzen. Hier werden wir
20 die Anregungen von Vereinsmitgliedern aufgreifen und bestehende Regelungen auf den Prüfstand
21 stellen.

22 Wir erkennen die wachsende Bedeutung der **e-Sports**-Landschaft in Deutschland an. Wir werden
23 prüfen, ob und wie wir die Rahmenbedingungen für e-Sports verbessern können.

24 Die SPD steht als Partner des Spitzensports an der Seite von Athletinnen und Athleten. Olympischer
25 und paralympischer Sport stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Wir wollen die
26 Bedingungen, unter denen Hochleistungssport in Deutschland betrieben wird, weiter verbessern.

27 Dazu gehört eine **angemessene finanzielle Förderung und gute Trainingsbedingungen der**
28 **Athletinnen und Athleten.** Die Unterstützung der dualen Karriere aus Sport und Beruf ist uns
29 besonders wichtig. Nur wenige Athletinnen und Athleten können während der aktiven Zeit vom
30 Sport leben. Wir wollen Spitzenathletinnen und -athleten in enger Kooperation mit der Stiftung
31 Deutsche Sporthilfe zu einem frühzeitigen Aufbau einer Alterssicherung verhelfen.

32 Für die SPD ist klar: **Sport muss sauber und fair** bleiben. Der Kampf gegen Doping und
33 Spielmanipulation ist wesentlich für einen fairen Wettbewerb und bleibt ein zentraler Bestandteil
34 sozialdemokratischer Sportpolitik.

1 **Es ist Zeit für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer**

2 Die europäische Einigung ist ein einzigartiger historischer Erfolg. Sie beruht auf der Idee des freien,
3 friedlichen und solidarischen Zusammenlebens der Menschen und Völker Europas. Auch wenn
4 manches zu verbessern ist, eines stimmt auf jeden Fall: In keiner Region auf der Welt leben
5 Menschen **so frei und demokratisch und so friedlich und sicher** wie in Europa! Deshalb kämpfen wir
6 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Europa – gerade jetzt, da das Einigungswerk von
7 innen wie von außen bedroht ist wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Wir wollen ein
8 europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!

9 Deutschland ist ein stabiles Land. Wir sind zugleich Stabilitätsanker für Europa. Das wollen wir auch
10 in Zukunft sein. Allerdings wissen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass nur alle
11 gemeinsam Europa führen können und niemand den Anspruch erheben kann, dass alle anderen ihm
12 folgen. Europa besteht aus vielen Mitgliedsstaaten. Unabhängig von ihrer Größe gilt: Alle sind
13 gleichberechtigt. Dabei kommt **Deutschland mit Frankreich eine besondere gemeinsame**
14 **Verantwortung** für den Zusammenhalt Europas zu. Aber nur in der gleichberechtigten
15 Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten schaffen wir für die Bürgerinnen und Bürger der
16 Europäischen Union das, was wir allein als einzelne Nationalstaaten in einer sich ändernden Welt
17 nicht mehr erreichen können. In dieser Welt, in der Asien, Lateinamerika und Afrika wachsen, werden
18 unsere Kinder und Enkel nur dann eine Stimme haben, wenn es eine gemeinsame europäische
19 Stimme ist. Europa ist deshalb kein Verlust, sondern ein Gewinn an Souveränität, die wir als einzelne
20 Nationalstaaten nicht mehr hätten.

21 Das europäische Gesellschaftsmodell verbindet Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlichen Erfolg
22 und soziale Sicherheit. Diese **gemeinsame europäische Idee werden wir stärken**. Im Zuge der Finanz-
23 und Wirtschaftskrise sowie infolge der Flüchtlingsbewegungen hat das Vertrauen in die EU gelitten.
24 Nationale Gegensätze und Egoismen sind zurückgekehrt, populistische, anti-europäische Parteien
25 sind auf dem Vormarsch. Wir stellen uns diesen autoritären und nationalistischen Kräften in Europa
26 entschieden entgegen und **kämpfen für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität**.

27 Wir wollen einen mutigen Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa. Ein Europa, das die Menschen
28 und ihre Alltagsorgen in den Blick nimmt. Ein Europa, das massiv in Ausbildung, Arbeit,
29 wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert. Ein Europa, in dem große Konzerne ihre
30 Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, solidarisch handelt und den
31 Menschen Sicherheit gibt.

32 **Investitionen in Arbeit und Ausbildung:**

33 Wir wollen **das europäische Wohlstandsversprechen erneuern**. Daher fordern wir mehr Investitionen
34 in Europas Zukunft. Deutschland ist zwar „Nettozahler“, aber nicht Lastesel der Europäischen Union,
35 sondern Nettogewinner. Millionen von Arbeitsplätzen in unserem Land hängen davon ab, dass es
36 anderen in Europa auch gut geht. So gut, dass sie sich unsere hochwertigen Waren und
37 Dienstleistungen leisten können. Rund 60 Prozent unserer Exporte gehen in die Europäische Union.
38 Jede Investition in die Stärkung unserer Nachbarländer und in eine erfolgreiche europäische
39 Entwicklung ist deshalb zugleich eine Investition in unsere eigene Zukunft.

40 Wir wollen **Europa aus der Wachstumsschwäche herausführen**, indem wir die wirtschaftliche
41 Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents verbessern und die viel zu hohe **Arbeitslosigkeit vor allem**
42 **in Süd- und Westeuropa bekämpfen**. Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen. Das
43 umfasst vor allem die Investitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und
44 Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet
45 (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung und die
46 Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

1 Um innovative Unternehmensgründungen zu fördern, wollen wir die **Bedingungen für Risikokapital**
2 **verbessern**. Die EU muss durch eine aktive Innovations- und Industriepolitik ihre
3 Wettbewerbsfähigkeit steigern. Dazu werden wir mehr Mittel für Innovationen bereitstellen. Mit
4 neuen Maßnahmen wollen wir eine zielgenauere Förderung erreichen und dafür sorgen, dass aus
5 guten Ideen schneller neue Produkte werden.

6 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss seinem Namen gerecht werden. Die Regeln müssen so
7 weiterentwickelt werden, dass sie übermäßige **Verschuldung verringern, aber ausreichende**
8 **Freiräume für langfristig wirkende Reformen und konjunkturstützende Investitionen** geben. Die im
9 Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte Flexibilität erlaubt es, dass Mitgliedstaaten in guten
10 Zeiten solide Haushalte, um in Krisen mit einer antizyklischen Politik erfolgreich gegensteuern zu
11 können.

12 Die junge Generation ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen deshalb die EU-Mittel im Kampf
13 gegen Jugendarbeitslosigkeit deutlich aufstocken und in einem **permanenten**
14 **Jugendbeschäftigungsfonds** bündeln. Wir wollen den europäischen Freiwilligendienst und die
15 Austauschprogramme der EU wie Erasmus+ ausbauen. Und wir brauchen ein **Europäisches**
16 **Mobilitätsprogramm**, aus dem junge Menschen unterstützt werden können, wenn sie in einem
17 anderen Mitgliedstaat eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz aufnehmen möchten.

18 **Soziales Europa:**

19 **Wir wollen eine europäische Sozialunion**, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen
20 ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet.
21 Auch auf europäischer Ebene wollen wir den Grundsatz verankern, dass es in allen Mitgliedstaaten
22 der Europäischen Union wirksame soziale Grundversicherungssysteme geben muss.

23 Es muss in Europa das Prinzip gelten: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für
24 gleichwertige Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen! **Keine Toleranz gegenüber**
25 **Sozialdumping**.

26 Unser übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der sozialen Grundrechte: Durch ein **soziales**
27 **Fortschrittsprotokoll** wollen wir festschreiben, dass soziale Rechte gleichrangig sind gegenüber den
28 wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes. Zudem wollen wir **wirksame EU-Regeln gegen**
29 **Sozialdumping**, insbesondere bei der Vergabe von Unteraufträgen, bei Briefkastenfirmen, bei
30 vorgetäuschter Entsendung von Arbeitskräften und bei Scheinselbstständigkeit. Wir werden
31 Unternehmen nicht gestatten, nur auf dem Papier ins Ausland zu gehen, während sie gleichzeitig
32 ihre Aktivitäten im eigenen Land fortsetzen. Was sie hiermit bezwecken, sind lediglich geringere
33 Lohnkosten und geringerer Arbeitnehmerschutz. Verstöße gegen das Arbeitsrecht sollen wie
34 Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene geahndet werden können.

35 Starke Gewerkschaften und Tarifverträge gewährleisten eine angemessene Bezahlung von
36 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir müssen die **Mitbestimmungsrechte in ganz Europa**
37 **stärken**. Die soziale Marktwirtschaft, die in Deutschland erfolgreich Arbeitgeber und Gewerkschaften
38 zu Sozialpartnern gemacht hat, ist auch unsere Leitlinie für Europa. Wo Gewerkschaftsrechte oder
39 die Tarifautonomie im Zuge der Hilfen für in der Krise befindliche Staaten ausgesetzt wurden, sind
40 diese wiederherzustellen.

41 Ein starker sozialer Dialog ist ein wesentlicher Pfeiler eines sozialeren Europas. Deshalb gilt:
42 **Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden müssen als Sozialpartner** mit der Zivilgesellschaft direkt
43 und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik einbezogen
44 und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Es muss zudem sichergestellt sein, dass Vereinbarungen der
45 Sozialpartner auf EU-Ebene respektiert werden.

1 Die EU war in den letzten 30 Jahren immer ein wichtiger Motor für die Gleichstellung von Frauen und
 2 Männern. Die europäische Gleichstellungspolitik hat mit ihren vielfältigen Aktivitäten,
 3 Maßnahmenplänen und Vorgaben den gleichstellungspolitischen Fortschritt in den Mitgliedstaaten
 4 mitbestimmt und angetrieben. Deshalb werden wir uns für die Fortsetzung der EU-
 5 Gleichstellungsstrategie einsetzen.

6 **Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:**

7 Wir sind nicht einzeln stark, sondern nur gemeinsam. Daher brauchen wir eine **koordinierte**
 8 **Wirtschaftspolitik in Europa**. Unser Ziel ist es, die konjunkturellen Entwicklungen der
 9 Mitgliedstaaten Europas besser aufeinander abzustimmen. Exzessive Ungleichgewichte wollen wir
 10 überwinden. Dafür brauchen wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik –
 11 perspektivisch mit der **Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum**. Die europäische
 12 Wirtschaftsregierung soll sich zusammensetzen aus den Mitgliedern der Kommission mit
 13 entsprechendem Zuständigkeitsbereich – unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts-
 14 und Finanzministers. Die Wirtschaftsregierung und ihre Mitglieder müssen insbesondere über das
 15 Europäische Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Hierzu sollte im Rahmen des
 16 Europäischen Parlamentes eine Struktur geschaffen werden, die die Aufgabe eines „Eurozonen-
 17 Parlamentes“ übernimmt.

18 Wir wollen insbesondere dort, wo wir mit dem Euro eine gemeinsame Währung haben, ein
 19 **gemeinsames Finanzbudget schaffen**. Es ermöglicht Investitionsimpulse und wirkt zugleich
 20 stabilisierend als Ausgleichsmechanismus bei Krisen. Die Finanzierung erfolgt dabei nicht über neue
 21 Schulden, sondern über eine **wirksame Besteuerung der Finanzmärkte**. Sie haben durch ihre Gier und
 22 verantwortungslosen Spekulationen Europa an den Rand des Abgrunds geführt. Nur durch staatliche
 23 Hilfen konnte Europa stabilisiert werden. Aber bis heute leisten die Finanzmärkte keine finanziellen
 24 Beiträge aus ihren Finanzmarktgeschäften zum Gemeinwohl, um wenigstens einen Teil dieser
 25 öffentlichen Kosten der Finanzkrise zurückzuzahlen.

26 Wir unterstützen die wachstumsschwachen und hoch verschuldeten EU-Länder und **arbeiten**
 27 **gemeinsam mit ihnen an ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung, so dass sie die Krise aus**
 28 **eigener Kraft meistern**. Außerdem sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus ins
 29 Gemeinschaftsrecht überführt und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt
 30 werden. Wir wollen die Integrität des gemeinsamen Währungsraums erhalten, kein Mitglied der
 31 Eurozone soll zum Ausstieg gedrängt werden. Europa braucht insgesamt klarere, demokratischere
 32 Strukturen und Verantwortlichkeiten als bisher, um Staaten in Krisenlagen zu helfen und die
 33 gemeinsame Währung zu sichern.

34 Mehr Wachstum und Investitionen in Europa setzen solide Einnahmen voraus. Deshalb muss Europa
 35 endlich Schritte zur **Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in**
 36 **Europa** auf den Weg bringen. Europa braucht Instrumente, um Steuervermeidung und Steuerbetrug
 37 effektiv zu bekämpfen. Wir wollen durchsetzen, dass Unternehmen dort ihre **Steuern bezahlen, wo**
 38 **sie ihre Gewinne erwirtschaften**.

39 **Friedensprojekt Europa:**

40 Die europäische Idee vom Leben in Freiheit und Verantwortung sichert den Frieden in Europa. Die
 41 europäische Einigung und Erweiterung ist ein einzigartiges und erfolgreiches Projekt der
 42 Friedenspolitik, nach innen wie nach außen. Deutsche und europäische Außenpolitik müssen Hand in
 43 Hand gehen.

44 Wir machen eine präventive, umfassende **Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen**
 45 **Schwerpunkt der europäischen Politik**. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit
 46 innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik,

1 der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik. Zugleich muss die europäische
2 Außenpolitik stärker auf den Einsatz für Menschenrechte, starke internationale Institutionen und für
3 soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Zivile Maßnahmen und Mittel der
4 Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang. Wir wollen daher
5 besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa
6 auch durch den **Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps**.

7 Auch in der Verteidigungspolitik wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von
8 Streitkräften der Mitgliedsstaaten voranbringen – als Teil einer umfassenden, präventiven und in das
9 internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. 27 Mitgliedsstaaten
10 der Europäischen Union bieten die große Chance, durch **mehr Zusammenarbeit auch bei den**
11 **Verteidigungsausgaben** effizienter, leistungsfähiger und kostengünstiger zu werden. Gemeinsam
12 mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die **Gründung einer**
13 **Europäischen Verteidigungsunion** verständigen. Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ständige
14 Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der
15 engeren **Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee**. Ein solcher
16 Zusammenschluss versteht sich als ergänzende Anstrengung zur NATO, nicht als deren Konkurrenz.
17 Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft. Sie ist für Frieden
18 und Sicherheit in einer Zeit neuer internationaler Unsicherheiten und Herausforderungen
19 unverzichtbar.

20 Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern.
21 Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen. Alle Länder des
22 westlichen Balkan haben eine Beitrittsperspektive. Wir unterstützen ihre Annäherung an die EU und
23 schenken der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit.

24 Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der Türkei. Die Türkei ist in
25 vielen Bereichen ein wichtiger, wenngleich mittlerweile sehr schwieriger Partner. Die gegenwärtigen
26 Entwicklungen in der Türkei sehen wir mit größter Sorge und **verurteilen die massenhaften**
27 **Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten und Oppositionellen sowie die Einschränkungen**
28 **fundamentaler Grundrechte** wie der Freiheit von Medien und Wissenschaft in aller Schärfe. Das
29 Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und
30 Rechtsstaatlichkeit, die grundlegend für die europäische Wertegemeinschaft sind.

31 Seit mehr als 50 Jahren wird über den Beitritt der Türkei in die Europäische Union verhandelt. Die
32 Wahrheit ist: Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt
33 bereit. Gleichzeitig sind die Beitrittsverhandlungen das einzige kontinuierliche Gesprächsformat der
34 Europäischen Union mit der Türkei. Ein **Abbruch regelmäßiger Gespräche und eine Isolierung der**
35 **Türkei sind nicht im Interesse Europas**. Die SPD wird sich deshalb in der Bundesregierung und
36 gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten der EU und gegenüber der Türkei dafür einsetzen, auch
37 neue Gesprächsformate zu eröffnen – zum Beispiel über eine weitere Entwicklung der Zollunion.

38 Ob und in welcher Weise die Türkei Teil des europäischen Einigungsprozesses sein wird und wie weit
39 ihre Integration gehen wird, bleibt auch in den kommenden Jahren eine offene und nicht endgültig
40 beantwortete Frage.

41 Die **Stärkung der demokratischen Kräfte der Türkei** ist in unserem besonderen Interesse. Wir setzen
42 uns deshalb für Unterstützung und Reiseerleichterungen für Vertreterinnen und Vertreter der
43 Zivilgesellschaft, türkisch-deutscher Unternehmen, der Wissenschaften und der Künste sowie für
44 Journalistinnen und Journalisten ein.

45 Es ist jetzt an der türkischen Regierung zu entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Klar ist: **Sollte**
46 **die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der**
47 **Europäischen Union!** Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Wahlkampf und

1 eine Abstimmung über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei wird es auf deutschem Boden
2 nicht geben.

3 **Demokratisches und handlungsfähiges Europa:**

4 Die EU braucht starke Institutionen, allen voran ein starkes Europäisches Parlament und eine
5 handlungsfähige Europäische Kommission. Statt nationaler Egoismen setzen wir auf die
6 Gemeinschaftsmethode. Zugleich erkennen wir an, dass innerhalb der Europäischen Union
7 unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft und die Arbeitsweise der Europäischen Union
8 bestehen. **Deshalb muss die EU flexibler werden. Gruppen von Mitgliedstaaten sollen bei
9 gemeinsamen Projekten vorangehen können.** Die europäischen Verträge lassen dies ausdrücklich zu.

10 Das Vereinigte Königreich will die Europäische Union verlassen. Diese Entscheidung gilt es zu
11 respektieren. Klar ist zugleich aber: Ein Land, das nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sein
12 will, kann auch nicht dessen Vorteile genießen. Die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren,
13 Personen, Dienstleistungen und Kapital) und der Binnenmarkt sind untrennbar miteinander
14 verbunden. **Bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt es kein „Europa à la carte“.**
15 Natürlich ist eine enge Partnerschaft mit Großbritannien auch künftig in beiderseitigem Interesse,
16 vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Für uns ist aber in den Verhandlungen das wichtigste
17 deutsche Interesse der Erhalt der europäischen Einigung.

18 **Für eine Europäische Verfassung für Wachstum, sozialen Fortschritt und mehr Demokratie:**

19 Die EU ist eine Gemeinschaft unteilbarer und universeller Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
20 und Wahrung der Grundrechte. Die Mitgliedstaaten müssen nicht nur vor, sondern **auch nach dem
21 Beitritt zur EU die Einhaltung dieser Werte gewährleisten.** Die bestehenden Mechanismen hierfür
22 wollen wir ausbauen. Nur dann ist die EU als eine Wertegemeinschaft auch glaubwürdig.

23 Die **Kompetenzen des Europäischen Parlamentes müssen ausgeweitet werden**, um das
24 demokratische Defizit der EU zu beseitigen und die neue Wirtschaftsregierung demokratisch
25 kontrollieren zu können. Dazu wollen wir dem Europäischen Parlament die vollständige Mitwirkung
26 an der Wirtschafts- und Währungspolitik, das vollständige Budgetrecht, das Recht zur Wahl der
27 einzelnen Kommissionsmitglieder und das Recht zur Gesetzesinitiative übertragen. Die Aufstellung
28 von gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten – wie zum ersten Mal bei der
29 Europawahl 2014 geschehen – wollen wir dauerhaft verankern. Wir wollen insgesamt die
30 europäischen Parteien weiter stärken und die Möglichkeiten, sich in ihnen zu engagieren, erweitern.
31 Die europäischen Parteien sind Träger einer transnationalen politischen Willensbildung. Um diesen
32 wichtigen Aspekt europäischer Demokratie zusätzlich zu stärken, setzen wir uns auch dafür ein, dass
33 die durch das Ausscheiden Großbritanniens freiwerdenden Sitze im Europäischen Parlament künftig
34 durch Abgeordnete besetzt werden, die anhand transnationaler Listen gewählt worden sind.

35 Mittelfristig bedarf eine erneuerte Europäische Union einer Überarbeitung des Lissaboner Vertrages.
36 Ziel ist eine **europäische Verfassung**, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem
37 Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird.

1 **Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt**

2 Sozialdemokratische **Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet**. Wir setzen auf Dialog statt auf
 3 Konfrontation, auf fairen Interessenausgleich und Verhandlungslösungen. Wir wollen Konflikte an
 4 ihren Ursachen bekämpfen und an einer gerechten und stabilen internationalen Ordnung mitwirken.
 5 Unsere Politik gründet sich auf der Überzeugung, dass die großen globalen Zukunftsaufgaben – vom
 6 Kampf gegen Hunger und Armut über den Klimawandel bis hin zu bewaffneten Konflikten und
 7 weltweiten Migrationsbewegungen – nur partnerschaftlich zu bewältigen sind. Internationale Politik
 8 ist ganz im Sinne Willy Brandts „der illusionslose Versuch zur friedlichen Lösung von Problemen“.
 9 Beides prägt sozialdemokratische Außen- und Friedenspolitik auch heute: die **Zielvorstellung einer**
 10 **friedlichen, gerechten und regelbasierten internationalen Ordnung** und die Bereitschaft, den
 11 praktisch möglichen Schritt zu gehen, selbst wenn er nur klein und mit Risiken behaftet ist.

12 **Deutschlands Verantwortung in der Welt:**

13 Unser Land ist zu einem stärker gefragten und geforderten Partner bei der Gestaltung der
 14 internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam
 15 mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und einen **stärkeren Beitrag zur**
 16 **Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme** zu leisten. Eine moderne Friedensdiplomatie,
 17 die auf Dialog setzt, Verantwortung übernimmt und den fairen Interessenausgleich in den
 18 Mittelpunkt stellt, muss personell und finanziell gestärkt werden. Den Anteil für Auswärtiges am
 19 Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern. Deutschland soll seiner gestiegenen
 20 internationalen Verantwortung damit gerecht werden können.

21 Für die SPD ist klar: Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und
 22 Krisenmanagement bleiben Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik. Die SPD hat die
 23 Instrumente ziviler Krisenpolitik maßgeblich geprägt, unter anderem durch das Zentrum für
 24 Internationale Friedenseinsätze (ZIF), den Personalpool ziviler Fachkräfte und den Zivilen
 25 Friedensdienst. Wir wollen **zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und substanzieller**
 26 **ausstatten** – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Dazu gehört auch, freiwillige
 27 Friedensdienste erheblich auszubauen.

28 Humanitäre Hilfe dient dazu, notleidenden Menschen zu helfen und ihre Existenz und Würde zu
 29 sichern. Angesichts zahlreicher Konflikte weltweit und der dramatischen Flüchtlingslage hat
 30 Deutschland seine humanitäre Hilfe stark erhöht. Wir setzen uns dafür ein, dass wir unser
 31 **humanitäres Engagement ausbauen** und dass auch die internationale Gemeinschaft ihren
 32 Verpflichtungen gerecht wird. Internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich
 33 auf eine angemessene finanzielle Ausstattung für humanitäre Hilfe verlassen können.

34 Nirgends wird der Zusammenhang von Menschenrechten und Friedens- und Entwicklungspolitik so
 35 deutlich wie in fragilen Staaten, in denen Gewalt und extreme Unterentwicklung oft Hand in Hand
 36 gehen. **Zivile Krisenprävention, Mediation, Konfliktnachsorge und Stabilisierung müssen daher**
 37 **dauerhaft gestärkt** werden. Dies betrifft in erster Linie den Umgang mit strukturell schwachen oder
 38 von Bürgerkrieg gezeichneten Staaten. Gerade hier können der Dialog mit zivilgesellschaftlichen und
 39 politischen Akteuren sowie gezielte Stabilisierungsmaßnahmen dazu beizutragen, Menschenrechte
 40 zu fördern, Armut zu lindern und Bedingungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenleben und
 41 dauerhafte Versöhnung ermöglichen.

42 Berichte über Völkerrechtsverletzungen, Übergriffe auf die zivile Bevölkerung wie auch auf
 43 Hilfsorganisationen nehmen drastisch zu. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des
 44 Völkerrechts ein. **Wer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten**
 45 **hat, wird verfolgt und bestraft.**

1 Die SPD setzt sich für eine **Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** ein und wird die
2 Mittel in der nächsten Legislaturperiode deutlich erhöhen. Mehr deutsche Schulen, die Stärkung der
3 deutschen Stiftungsarbeit im Ausland, die Ausweitung der Arbeit des Goetheinstituts, des Deutschen
4 Akademischen Austauschdienstes und anderer Institutionen sind ein wichtiger Beitrag für Frieden
5 und Verständigung. Die soziale Kraft der Kultur schafft Freiheits- und Emanzipationsräume in Kultur,
6 Bildung, Wissenschaft und Forschung, ermöglicht Verständigung und Zusammenarbeit und prägt ein
7 modernes Deutschlandbild.

8 **Eine neue Abrüstungsinitiative:**

9 Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen,
10 chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein. Den
11 drohenden Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung wollen wir
12 verhindern. **Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel.** Wir
13 unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite
14 Abschaffung dieser Waffen einsetzen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns **gegen**
15 **verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder**
16 **gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands.** Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden,
17 sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit! Deutschland hat
18 sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum
19 ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit
20 weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im
21 nichtnuklearen Bereich.

22 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind **immer für die Wehrhaftigkeit und**
23 **Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des transatlantischen Bündnisses eingetreten.** Dabei
24 bleibt es.

25 Aber wir haben zugleich auch immer Angebote für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung
26 entwickelt und durchgesetzt. Genau daran fehlt es zurzeit in Europa, in der Nato und weltweit.
27 Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie die Bereitschaft und der ernsthafte Wille zur
28 Rüstungskontrolle und zur umfassenden Abrüstung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. **Deshalb**
29 **werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen.** Die erreichte
30 Übereinkunft über das iranische Atomprogramm ist ein wichtiger Erfolg für die weltweite Abrüstung.
31 Neue Initiativen zur Belebung von Abrüstung sind jedoch dringend erforderlich, gerade auch in und
32 für Europa. Dazu wollen wir einen Dialog mit allen Verbündeten und Partnern starten, die für die
33 Sicherheit unseres Kontinents Verantwortung tragen. Ein wichtiges Dialogforum dafür ist die OSZE.

34 Um diese Ansätze glaubhaft umsetzen zu können, ist die **Eindämmung der Rüstungsexporte**
35 **zwingend.** Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste
36 Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat.
37 Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die
38 gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen
39 Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu
40 entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren.

41 Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik
42 Deutschlands einbringen. Sie wird ein **grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in**
43 **Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern** enthalten. Zugleich treten wir für
44 eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine
45 stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene der EU ein.

46 Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große
47 Herausforderungen. Wir **fordern eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen.**

1 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme international erfasst und in ein
2 internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch
3 bedeutender werdenden Bereich der unbemannten bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen).

4 **Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab.**

5 **Moderne Streitkräfte zur Sicherung des Friedens:**

6 Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von
7 Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt.
8 Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten
9 Auslandseinsätzen erfolgt im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der Grundlage des Völkerrechts
10 sowie im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes.
11 Voraussetzung ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts.
12 Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet
13 sein.

14 Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. Das zentrale
15 Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürgers in Uniform ist Maßstab für den
16 Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit. **Wir**
17 **bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften**, die über angemessene Fähigkeiten
18 zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen
19 müssen. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen die
20 bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung und ausreichend qualifiziertes Personal zur Seite gestellt
21 wird. Sie selbst müssen bestens ausgebildet werden. Dafür notwendige Maßnahmen der
22 Nachwuchsgewinnung und der dienstlichen Rahmenbedingungen sollen entsprechend umgesetzt
23 werden. Dazu gehören die Schaffung einer eigenen Besoldungsordnung im Rahmen des
24 Bundesbesoldungsgesetzes für Soldatinnen und Soldaten sowie die Weiterentwicklung des Status-
25 und Laufbahnrechts.

26 Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die
27 notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern. Wir wenden uns allerdings
28 entschieden **gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen**
29 **Verteidigungshaushaltes**. Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für
30 die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer Verdoppelung unserer
31 derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche
32 Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD nicht geben. Nicht nur, weil
33 dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit
34 und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können.

35 Im Gegenteil: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den
36 Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig
37 wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des
38 weltweiten Terrorismus. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die
39 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre
40 Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden.

41 Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem **umfassenden Sicherheitsbegriff, der**
42 **soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte** bei
43 Konfliktprävention und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im
44 Vordergrund, die gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt
45 werden können.

46 Minderjährige Bewerber und Bewerberinnen bei der Bundeswehr werden wir künftig bis zum
47 Erreichen der Volljährigkeit in der zivilen Wehrverwaltung beschäftigen und qualifizieren. **Erst nach**

1 ihrem **18. Geburtstag dürfen sie Soldat beziehungsweise Soldatin werden**, um das Zusatzprotokoll
2 der UN-Kinderrechtskonvention eindeutig zu erfüllen,

3 **Internationale Ordnung und Multilateralismus stärken, Partnerschaften festigen:**

4 Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir belastbare, globale
5 Ordnungsstrukturen. Wir setzen dabei auf die Stärke des Rechts, nicht auf das Recht des Stärkeren.
6 Und wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN-
7 Generalversammlung, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer
8 sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen. Wir brauchen daher **starke und handlungsfähige**
9 **Vereinte Nationen**. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund angekündigter Mittelkürzungen für
10 Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen durch die neue US-Administration.
11 Wir unterstützen die deutsche Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden,
12 Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft“.

13 Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. **So wollen wir**
14 **den Europarat stärken**, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit leistet.
15 Zudem haben wir mit dem erfolgreichen deutschen Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und
16 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2016 wichtige Impulse für eine aktivere Rolle dieses
17 Forums gesetzt. Die OSZE ist und bleibt ein wichtiger Ort der Verständigung zwischen Ost und West.

18 **Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas** – dies gilt unabhängig
19 davon, wer in den USA regiert. Europa und die USA sind auf engste Weise in einer Interessen- und
20 Wertegemeinschaft verbunden, deren Fundament das Eintreten für Freiheit und Demokratie ist. In
21 einer Zeit, in der diese Werte vielerorts unter Druck stehen und gefährdet sind, ist es umso wichtiger,
22 diese Partnerschaft weiter zu stärken. Hinzu kommt: Die aktuellen Herausforderungen und die
23 Unsicherheit in der Welt sind zu groß, als dass es sich die USA und Europa leisten könnten, nicht
24 gemeinsam zu handeln. Syrien, Irak, Libyen, Ukraine, das Verhältnis zu Russland, der Kampf gegen
25 den internationalen Terrorismus, die Gestaltung der künftigen globalen Wirtschafts- und
26 Handelsordnung sind einige der Herausforderungen, bei denen es auf eine handlungsfähige
27 transatlantische Partnerschaft ankommt. Trotzdem schauen wir als Europäer zugleich selbstbewusst
28 nach vorn: **Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen.**

29 **Entspannungspolitik, Dialog und klare Prinzipien als Zeichen der Stärke:**

30 Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und
31 den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet. Fundamentale Prinzipien der
32 europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass
33 **Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich** sind. Dafür
34 bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der differenzierten Anwendung
35 von Sanktionsmechanismen. Der politische Prozess für die Ostukraine, der den Ausbruch eines
36 offenen Krieges erfolgreich verhindern konnte, ist ins Stocken geraten. Wir halten dennoch an ihm
37 fest. Substanzielle Fortschritte bei der **Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine**
38 **schrittweise Aufhebung der Sanktionen** gegen Russland nach sich ziehen.

39 Die Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika zeigen, wie dringend eine
40 starke internationale Ordnung mit durchsetzungsfähigen regionalen Organisationen ist. In Syrien
41 und Jemen leiden die Menschen unter den schrecklichen Folgen von Krieg, Terror und Not. Die
42 Verwerfungen in Europas direkter Nachbarschaft haben für uns unmittelbare Auswirkungen, nicht
43 zuletzt durch die Migration Richtung Europa. **Es ist in unserem Interesse, dass die Spirale der Gewalt**
44 **und des Staatszerfalls in der Region durchbrochen wird.** Es geht darum, langfristig Strukturen der
45 Machtteilung, religiöser Toleranz und stabiler, guter Regierungsführung zu etablieren.

1 Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft gerade im Nahen und
 2 Mittleren Osten an Fortschritten beim **Friedensprozess zwischen Israel und Palästina** gemessen.
 3 Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie
 4 angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region, muss Deutschland zusammen mit seinen
 5 europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-
 6 Friedensprozesses unterstützen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft wird gerade
 7 im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim Friedensprozess zwischen Israel und Palästina
 8 gemessen. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das Ziel die Schaffung
 9 zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Wir fordern,
 10 dass einseitige Schritte, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung
 11 entgegenstehen – wie der illegale Siedlungsbau –, sofort beendet werden. In den palästinensischen
 12 Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte nötig.

13 **Gerechte Globalisierung, fairer Handel, Entwicklungspolitik und Agenda 2030:**

14 Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab ein. 40
 15 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die nachhaltigen
 16 Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 **Armutsbekämpfung und**
 17 **menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und**
 18 **internationaler Zusammenarbeit**. Für die SPD umfasst Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale
 19 und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben
 20 eine besondere Verantwortung, um eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen – in
 21 ihren eigenen Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftssystemen, in der internationalen Politik und
 22 zusammen mit den Ländern des globalen Südens. Daher setzen wir uns für eine **ambitionierte**
 23 **Verwirklichung der Agenda 2030** ein.

24 Die Globalisierung lässt sich nur mit starken Partnern gestalten. Dazu gehören handlungsstarke
 25 Regierungen und eine aktive Zivilgesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, den
 26 Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unser **Engagement in**
 27 **der Entwicklungszusammenarbeit steigern**. Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armuts-
 28 und Hungerregionen ausrichten. Über 800 Millionen Menschen sind davon weltweit betroffen. Wir
 29 wollen dazu beitragen, den Menschen im globalen Süden Lebensperspektiven aufzubauen und zu
 30 sichern. Damit leisten wir einen Beitrag zur Konfliktprevention und helfen, dass **Menschen in ihrer**
 31 **Heimat Perspektiven finden**. Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt bleibt ein
 32 wesentliches Ziel unserer Entwicklungspolitik. Dabei sehen wir die ländliche Entwicklung und
 33 insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern als einen zentralen Baustein
 34 an. So leben drei von vier hungernden Menschen in den Entwicklungsländern im ländlichen Raum.
 35 Diesen gilt es durch Investitionen in die Infrastruktur strukturell zu stärken, einschließlich sozialer
 36 Sicherungssysteme, guter und leicht erreichbarer Bildungs- und Gesundheitsangebote, der Schaffung
 37 von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft, der Förderung von Wertschöpfung vor Ort
 38 und des Schutzes lokaler Märkte vor Dumpingimporten. Es geht dabei darum, Menschen eine
 39 Perspektive zu geben und so nicht zuletzt auch Fluchtursachen einzudämmen. Wir setzen uns zudem
 40 für einen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölkerung ein und
 41 werden „landgrabbing“ sowie die zunehmende Monopolisierung des Saatguthandels durch einige
 42 wenige Agro-Business-Konzerne nicht akzeptieren.

43 Eine **verlässliche und ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit** ist dringend
 44 geboten. Deshalb stehen wir zum Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
 45 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen – und das unabhängig von Ausgaben für in
 46 Deutschland aufgenommene Flüchtlinge. Gleichzeitig wollen wir durch ein **fares und internationales**
 47 **Steuersystem** den Ländern des globalen Südens auch die Erschließung eigener finanzieller

1 Ressourcen ermöglichen. Nicht zuletzt setzen wir uns für innovative Finanzierungsmöglichkeiten ein.
2 Deshalb werden wir beispielsweise an Mechanismen arbeiten, durch die Teile der wirtschaftlichen
3 Vorteile von Freihandelsabkommen **für die Finanzierung internationaler Hilfe und**
4 **Entwicklungszusammenarbeit** gesichert werden. Die Finanzierung von Maßnahmen zur
5 Klimaanpassung und zum Klimaschutz müssen zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche
6 Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden.

7 Die SPD setzt sich für fairen Handel ein. Handelspolitik ist nicht nur ein Instrument der
8 Wirtschaftsförderung. Im Kern geht es um die Frage, nach welchen Regeln wir in einer globalisierten
9 Welt leben wollen. Nationale Alleingänge und Protektionismus versprechen keinen Erfolg. Offene
10 Märkte sind gut, dort muss aber auch frei von Wettbewerbsverzerrungen gehandelt werden. Falls
11 dies nicht gewährleistet ist, müssen gerade auf europäischer Ebene effektive Schutzmaßnahmen
12 greifen. Der beste Rahmen für diese Verhandlungen ist die Welthandelsorganisation (WTO).
13 Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit wollen wir die **aktuelle Blockade der WTO**
14 **überwinden**. Bilaterale Handelsabkommen der EU mit wichtigen Partnern sind zu einer immer
15 stärker genutzten Alternative geworden. Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und
16 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung
17 menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards wie der ILO-
18 Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu
19 vereinbaren.

20 Wir wollen perspektivisch einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren, um
21 das Primat der Politik durchsetzen. Die Verhandlungen mit den USA über ein Transatlantisches
22 Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zeigen, dass ein Abschluss nach diesen Maßgaben
23 derzeit nicht erreichbar ist. Hingegen ist es in intensiven Verhandlungen mit der neuen kanadischen
24 Regierung gelungen, im Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA) zukunftsweisende **Regeln für**
25 **den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen**
26 **Investitionsgerichtshof** zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies
27 muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten. CETA muss als gemischtes
28 Abkommen sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente
29 ratifiziert werden. Im Zuge dieser parlamentarischen Kontrolle werden wir alle Aspekte einer
30 sorgfältigen Prüfung unterziehen. Wir werden auch die **Partnerschaftsabkommen der EU mit den**
31 **afrikanischen Staaten** (Economic Partnership Agreements) daraufhin prüfen, ob sie der
32 wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder
33 Abhängigkeiten weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen
34 Freihandelszone unterstützen.

35 Um schrittweise die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, braucht es einen neuen
36 **umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit**. Damit werden die Länder auch dabei
37 unterstützt, ausreichend einheimische Ressourcen etwa für den Ausbau der Bildungs- und
38 Sozialsysteme zu mobilisieren. Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie Finanzverkehr zu
39 illegalen Zwecken müssen international bekämpft werden. Wir wollen mehr Transparenz in Form
40 einer öffentlichen und länderbezogenen Berichtspflicht über Gewinne und darauf gezahlte Steuern
41 für multinational agierende Unternehmen. Wir setzen uns für weitreichende internationale Regeln
42 und eine verstärkte Zusammenarbeit auch in internationalen Organisationen wie den Vereinten
43 Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und den G20 ein.

1 **Für eine nachhaltige Klimapolitik:**

2 Die Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris 2015 ist ein historischer Meilenstein in der
3 internationalen Klimapolitik. Wir setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik im nationalen und
4 europäischen Rahmen ein. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz
5 unterstützen wir nachdrücklich. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die **Entwicklung einer**
6 **integrierten europäischen Klimadiplomatie**. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und
7 steigender Nachfrage nach Energie wird die ökologische und klimapolitische Wende ohne eine
8 grundlegende globale Transformation der Energiesysteme nicht zu schaffen sein. Die SPD setzt sich
9 dafür ein, die Entwicklungszusammenarbeit konsequent auf die **Förderung von erneuerbaren**
10 **Energien und den Aufbau einer dezentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung**
11 umzustellen. Hierzu unterstützen wir auch weitere Klima- und Energiepartnerschaften mit
12 Entwicklungs- und Schwellenländern.

13 Weltweit sind Städte bereits heute für 70 Prozent des Energieverbrauchs sowie für 70 Prozent der
14 CO₂-Emissionen verantwortlich. Hier braucht es ein starkes Engagement, sonst können die
15 Klimaziele nicht erreicht werden. Wir wollen daher die schnell wachsenden **Städte in den**
16 **Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen von Urbanisierungspartnerschaften stärker**
17 **beraten und unterstützen**: bei der Stadtplanung, bei Maßnahmen zur Energieeffizienz und beim
18 Aufbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir stehen zu dem Versprechen der Industrieländer,
19 die finanzielle Unterstützung für die armen Länder beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die
20 klimatischen Veränderungen bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu steigern. Außerdem
21 wollen wir gerade die besonders vom Klimawandel bedrohten ärmeren Länder auch im Umgang mit
22 den Folgen des Klimawandels stärker unterstützen.

23 **Menschenrechte schützen:**

24 Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der
25 Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind deshalb Kernelemente sozialdemokratischer
26 Außenpolitik. In Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit setzen wir uns dafür ein, dass die
27 **Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden**. Dazu gehören insbesondere die
28 Ächtung der Todesstrafe und Folter weltweit, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in
29 gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, die Unterstützung des
30 Internationalen Strafgerichtshofes, des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des
31 Europarats wie auch die Weiterentwicklung und entschlossene Umsetzung des internationalen
32 Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die **Handlungsspielräume von**
33 **Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen**. In Deutschland wollen wir die
34 Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch,
35 dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtlichen Menschen überall frei von Gewalt
36 und Diskriminierung leben können. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die
37 geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte,
38 an die wir erinnern und bei deren Einforderung wir unsere Partner in der
39 Entwicklungszusammenarbeit unterstützen.

40 Wir werden das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) weiterentwickeln. Vor 15 Jahren haben die
41 Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die **volle Einbeziehung von Frauen in**
42 **alle Bestrebungen nach Frieden und Sicherheit** festgelegt. Kein Land kann sich wirtschaftlich,
43 politisch oder gesellschaftlich entwickeln, wenn die Hälfte der Bevölkerung kein Mitspracherecht hat.
44 Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen,
45 Entwicklungsprogrammen und entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden.
46 **Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind**.
47 Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist auch ein zentrales Ziel der Agenda 2030 für

1 nachhaltige Entwicklung und zentrale Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und
2 zukunftsfähige Gesellschaften. Wir werden dies zu einer Grundlage unserer
3 Entwicklungszusammenarbeit machen.

4 Wir wollen, dass **Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt**
5 **werden** und der zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches
6 Kriegsführungsinstrument deutlich geächtet und bestraft wird – auch international. Damit
7 unterstützen wir auch in **Konfliktregionen lebende Kinder**. Auf ihr Wohl, ihren Schutz und ihre
8 Rechte werden wir gemäß der VN-Kinderrechtskonvention besonders achten.

9 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, dass alle Menschen – unabhängig von
10 ihrer finanziellen Lage, aber auch unabhängig davon wo sie leben – Zugang zu einer angemessenen
11 Gesundheitsversorgung haben müssen. **Gesundheit ist ein Menschenrecht, das endlich für alle**
12 **gelten muss**. Um insbesondere vernachlässigte und armutsbedingte Krankheiten zu bekämpfen, sind
13 Investitionen in die Forschung – unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen – dringend
14 notwendig. Der Globale Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria ist daher mit ausreichenden
15 Haushaltsmitteln auszustatten. Weiterhin wichtig sind ein Basiskrankenversicherungsschutz als
16 soziale Absicherung, bezahlbare Medikamente sowie ein diskriminierungsfreier Zugang, gerade auch
17 für Frauen und Mütter, zu erreichbaren Gesundheitsdienstleistungen.

18 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen auch dafür, dass alle Menschen –
19 unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und sozialer Herkunft Zugang zu Bildung erhalten.
20 Bildung ist die Grundlage für eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung
21 von Gesellschaften. Wir setzen uns deshalb weiter für die Umsetzung des Menschenrechts auf
22 Bildung ein. Eine angemessene frühkindliche, schulische, berufliche bzw. hochschulische Bildung
23 sowie Weiterbildung sollen jedem Menschen gewährleistet werden.

24 Viele Millionen Menschen leiden trotz Arbeit unter Hunger und extremer Armut. Drei Viertel der
25 Menschheit leben ohne sozialen Schutz und unter massenhafter Verletzung von Arbeitnehmer- und
26 Gewerkschaftsrechten. Deshalb setzt sich die SPD weiter weltweit für menschenwürdige Arbeit ein.
27 Dazu gehört – auch im Rahmen einer konsequenten **Umsetzung des Nationalen Aktionsplans**
28 **„Wirtschaft und Menschenrechte“ – eine Ausweitung der Unternehmensverantwortung**. Dies
29 umfasst verbindliche Rechenschafts- und Transparenzpflichten für Unternehmen entlang der
30 Lieferketten, den Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen und die Einführung von
31 lebenssichernden Löhnen, um soziale Menschenrechte flächendeckend zu sichern. Im öffentlichen
32 Beschaffungswesen setzen wir uns für gesetzliche Grundlagen ein, um die Einhaltung ökologischer,
33 sozialer und menschenrechtlicher Kriterien zu gewährleisten.

34 Weiterhin wollen wir eine **Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler Ebene**,
35 beispielsweise im Rahmen der Initiative des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für ein
36 Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten. Die internationale
37 Gewerkschaftsbewegung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) werden wir bei ihrem
38 Kampf zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen unterstützen. Wir werden das Zusatzprotokoll zum
39 Sozialpakt der Vereinten Nationen und die ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen
40 Bevölkerung ratifizieren.